



37. Sitzung

Mittwoch, 7. Oktober 2009

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder und Erste Vizepräsidentin Barbara Duden

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Ergänzung der Tagesordnung

2295

Kersten Artus DIE LINKE
Dietrich Wersich, Senator

2304, 2306
2305

Aktuelle Stunde

2295

Fraktion der SPD:

**HAMBURG ENERGIE – Wie
ernst ist dem Senat der Aufbau
eines unabhängigen eigenen
Energieversorgers?**

Dr. Monika Schaal SPD 2295
Rüdiger Kruse CDU 2296
Jenny Weggen GAL 2297
Dora Heyenn DIE LINKE 2298
Anja Hajduk, Senatorin 2299
Ole Thorben Buschhüter SPD 2300

Fraktion DIE LINKE

**60 Jahre Landesfrauenrat
– Wann wird Hamburg wieder
Gleichstellungshauptstadt?**

Kersten Artus DIE LINKE 2307, 2313
Karen Koop CDU 2308
Gabi Dobusch SPD 2309, 2314
Linda Heitmann GAL 2310
Dr. Till Steffen, Senator 2311
Dora Heyenn DIE LINKE 2313

Fraktion der GAL:

**Obdachlosigkeit in Hamburg
rückläufig – umfassende Unter-
stützung weiter notwendig**

mit

Bericht des Schulausschusses über
die Drucksache 19/3195:

**Entwurf eines Gesetzes zur Än-
derung des Hamburgischen
Schulgesetzes (Senatsantrag)**
– Drs 19/3195 –

2314

dazu

Fraktion der CDU:

**Bessere Hilfeangebote – weni-
ger Obdachlose**

Martina Gregersen GAL 2301
Egbert von Frankenberg CDU 2302
Ksenija Bekeris SPD 2303

Antrag der Fraktion der SPD:

**Unsere Ziele – Bessere Bildung
durch bessere Schulreformen**
– Drs 19/4252 –

2314

und

Antrag der Fraktion der GAL:

Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes

– Drs 19/4255 –

2314

sowie

Antrag der Fraktion der GAL:

Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes

– Drs 19/4256 –

2314

Marino Freistedt CDU

2314

Ties Rabe SPD

2317, 2337

Michael Gwosdz GAL

2321

Dora Heyenn DIE LINKE

2325

Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin

2327

Dittmar Lemke CDU

2330

Andrea Rugbarth SPD

2332

Jens Kerstan GAL

2334

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

2336

Dr. Mathias Petersen SPD

2337

Beschlüsse

2338

Antrag der Fraktion der SPD:

Beitragsfreie Kindertagesbetreuung im Jahr vor der Schulpflicht – auch für die Eltern sogenannter Kann-Kinder!

– Drs 19/4114 –

2339

Carola Veit SPD

2339

Jörg Hamann CDU

2340

Stephan Müller CDU

2341

Christiane Blömeke GAL

2342, 2346

Mehmet Yildiz DIE LINKE

2344, 2347

Dirk Kienscherf SPD

2344

Dr. Friederike Föcking CDU

2345

Beschluss

2347

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Gesetz zum Staatsvertrag über die Nutzung von Übertragungskapazitäten für privaten Rundfunk vom 19. Dezember 1995 (HmbGVBl. 1995, S. 426)

– Drs 19/4152 –

2347

Farid Müller GAL

2347, 2350

Andreas C. Wankum CDU

2348

Uwe Grund SPD

2349

Kersten Artus DIE LINKE

2349

Beschlüsse

2350

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Menschenwürdige Bedingungen im Alter sicherstellen - Personalschlüssel in der Pflege verbessern

– Drs 19/4164 (Neufassung) –

2350

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Qualität der Pflege sichern – angemessene und ausreichende Personalausstattung in der Altenpflege

– Drs 19/4253 –

2351

Kersten Artus DIE LINKE

2351, 2354

Egbert von Frankenberg CDU

2352

Christiane Blömeke GAL

2353

Dirk Kienscherf SPD

2354

Beschlüsse

2354

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

Wirtschaftszentrum Hamburg: Zentrale Anlaufstelle für Hamburgs Wirtschaft

– Drs 19/3997 –

2354

Barbara Ahrons CDU

2354

Andrea Rugbarth SPD

2356

Antje Möller GAL

2357

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

2357

Hjalmar Stemmann CDU

2358

Kenntnisnahme

2359

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Situation der Hamburger Museen

– Drs 19/3286 –

2359

Dr. Christel Oldenburg SPD

2360

Brigitta Martens CDU

2361

Dr. Eva Gumbel GAL

2362

Norbert Hackbusch DIE LINKE

2363, 2364

Farid Müller GAL

2364

Dr. Karin von Welck, Senatorin 2365
Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD 2365

Beschluss 2365

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um zwei weitere Punkte ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei um je einen Bericht des Eingabenausschusses sowie der Härtefallkommission. Die Drucksachen 19/4203 und 19/4241 haben Sie inzwischen erhalten. Sie wurden als Tagesordnungspunkte 3a und 32a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

HAMBURG ENERGIE – Wie ernst ist dem Senat der Aufbau eines unabhängigen eigenen Energieversorgers?

von der GAL-Fraktion

Obdachlosigkeit in Hamburg rückläufig – umfassende Unterstützung weiter notwendig

von der Fraktion DIE LINKE

60 Jahre Landesfrauenrat – Wann wird Hamburg wieder Gleichstellungshauptstadt?

und von der CDU-Fraktion

Bessere Hilfeangebote – weniger Obdachlose

Bevor wir jetzt das erste Thema aufrufen, wäre ich sehr dankbar, wenn Sie die Wiedersehensfreude etwas geräuschärmer abwickeln könnten.

Die Fraktionen haben vereinbart, das zweite und vierte Thema gemeinsam zu debattieren. Ich rufe das von der SPD angemeldete Thema auf. Wird das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Dr. Schaal hat es.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor genau einem Monat haben der Bürgermeister und die Umweltsenatorin HAMBURG ENERGIE gestartet und das sogenannte HAMBURG-ENERGIE-Manifest unterzeichnet. Damit haben Sie einen Neuanfang bei der Energieversorgung durch den Ausbau erneuerbarer Energien als Beitrag zum Klimaschutz versprochen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Damit das klappt, soll die Stadt ihre Energieversorgung wieder in die eigenen Hände nehmen. Bedingung ist aber, dass alle mitmachen. Das ist gut und

richtig, aber aus aktuellem Anlass ist zu fragen, wie ernst es der Senat mit dem Neuanfang bei der Energieversorgung nimmt. Ein Neuanfang bei der Energieversorgung ist zwingend mit dem Atomausstieg verbunden, doch in Berlin will die CDU jetzt zusammen mit der FDP die Renaissance der Atomenergie durchboxen. In Hamburg will die CDU gleichzeitig mit der GAL die Energiewende zelebrieren. Glaubwürdigkeit sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kruse, Sie gehen jetzt nach Berlin. Herzlichen Glückwunsch zu der neuen Aufgabe.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Das kommt doch nicht von Herzen!)

– Was verlangen Sie denn noch alles?

Wenn Sie es ernst meinen mit der Energiewende und unserem neuen Energieversorger, Herr Kruse, dann kämpfen Sie in Berlin für den Atomausstieg. Sie haben sich hier oft genug als atomkritischer Vertreter gegeben. Falls Sie keinen Erfolg haben, das wissen Sie ganz genau, geht der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht weiter und das wäre auch das Ende von HAMBURG ENERGIE. Also, Herr Kruse, von Herzen sehr viel Erfolg in Berlin.

Viele Städte und Gemeinden nehmen ihre Energieversorgung wieder in die eigenen Hände und kaufen die Energienetze zurück. In Hamburg laufen die Konzessionen zwar erst 2014 aus und Entscheidungen müssen 2012 getroffen werden, aber die sind jetzt vorzubereiten. Darum muss der Senat sich langsam einmal zur Rekommunalisierung der Netze bekennen. Das würde auch HAMBURG ENERGIE neuen Schwung geben, denn dann würde die Energiepolitik wirklich wieder in Hamburg und nicht in Stockholm gemacht und vor allen Dingen würden die Erträge aus Strom- und Netzgeschäften in Hamburg bleiben und nicht nach Stockholm fließen.

(Beifall bei der SPD)

Nach der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs muss der Grundversorger die Netze verkaufen. Das hat der Senat bislang immer bezweifelt. Darum könnte der Senat jetzt schon einmal Nägel mit Köpfen machen und sagen, was er will. Ökostromhändler gibt es in Hamburg viele. Ein stadteigener Energieversorger wäre ein echtes Alleinstellungsmerkmal für die Hansestadt.

Mit dem Slogan "Ich schließ mich an" wirbt HAMBURG ENERGIE um Kunden. Der Senat hat aber offensichtlich diesem Lockruf bisher widerstanden. Wenn Hamburg Vorbild sein soll, muss sich der Senat auch selbst zum Stromwechsel bekennen und darf sich nicht weiter hinter einer künftigen europaweiten Ausschreibung verstecken. Der Europäische Gerichtshof lässt solche Inhouse-Geschäfte auch zu. Ab Januar wird die Stadt Gas

(Dr. Monika Schaal)

über HAMBURG ENERGIE beziehen, ohne vorher ausgeschrieben zu haben. Warum soll das nicht auch bei Strom gehen? Man muss nur wollen.

(Beifall bei der SPD)

Der neue stadteigene Stromhändler ist dabei, auf einem hart umkämpften Markt seine Kunden zu finden, doch der Platzhirsch Vattenfall reagiert heftig – es ist ja Herbst. Mit der Wahl des Slogans "Energie für Hamburg", dem Einsatz des Hamburg-Wappens und einem unseriösen Vergleich des eigenen Stromtarifs mit dem Tarif "Horizont" von HAMBURG ENERGIE irritiert Vattenfall viele Verbraucherinnen und Verbraucher. Vattenfall ist ein schwedisches Unternehmen, das mit der alten HEW nicht mehr vergleichbar ist. HAMBURG ENERGIE bietet mit seinem Tarif "Horizont" 100 Prozent Windstrom aus der Region. Das Ökoangebot vom Grundversorger bietet zu 80 Prozent Strom aus norwegischer Wasserkraft, ist damit zwar billiger, aber nicht gut und günstig und auf jeden Fall nicht vergleichbar. Irreführende Werbung ist eine Marktverzerrung und nicht statthaft. Eine deutliche Klarstellung, Frau Senatorin, notfalls auch eine Klage zugunsten von HAMBURG ENERGIE wären hier am Platz.

(Glocke)

Große Werbeauftritte sind in der Regel teuer.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ist Ihnen die Bedeutung der Glocke geläufig? Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Farid Müller GAL: Auch Redezeit ist teuer!)

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Ich bin zu Hause zu HAMBURG ENERGIE gewechselt, vielleicht tun Sie es auch. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei Martina Greger-
sen, Christiane Blömeke und Dr. Eva Güm-
bel, alle GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, dass dies meine letzte Chance ist, in diesem Haus überhaupt einmal einen Ordnungsruf zu erhalten.

(Heiterkeit bei der CDU und der GAL
– Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, versuchen Sie es gar nicht erst.

Rüdiger Kruse (fortfahrend): Ich glaube, ich werde zumindest diese Chance dann auch wieder vermarneln.

Liebe Frau Dr. Schaal, es hätte mich überrascht, wenn wir am Schluss eine Debatte gefunden hätten, bei der wir beide einer Meinung sind und gemeinsam etwas Positives anstreben. Ich habe mich auch oft darüber geärgert, dass Sie immer alles so negativ sehen. Inzwischen sage ich mir, Sie sind halt der Geist, der stets verneint, und Sie sind damit auch die Kraft, die uns dazu antreibt, Gutes zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern passt das auch ganz gut.

Nun zu HAMBURG ENERGIE. Sie haben recht, Vattenfall ist natürlich nicht mehr die alte HEW, aber auch HAMBURG ENERGIE sind nicht die alten Stadtwerke, so wie wir sie früher hatten und dahin wollen wir auch gar nicht zurück. Sie sind, wenn man so will, Stadtwerke 2.0. Das heißt, man muss diese Aufgabe neu durchdenken und neu erfinden. In diesem Zusammenhang ist es nicht richtig zu sagen, die alte HEW habe die Netze besessen, wir müssen sie unbedingt wiederhaben, sondern das müssen wir prüfen. Die Koalition hat sich zu diesem Thema damals einen Prüfauftrag ins Buch geschrieben und gesagt, wir wollen prüfen, ob wir neue Stadtwerke gründen. Dazu haben Sie uns damals gesagt, Sie wollen das nur prüfen, das machen Sie nie. Wir haben es vor einem Monat gemacht.

Wir haben hier eine gute Positionierung gefunden und wenn Sie sagen, dass der Wettbewerber Vattenfall sehr aggressiv reagiere, dann haben wir noch etwas richtig gemacht, denn wenn einer, der hier der Platzhirsch ist, ein bisschen nervös wird und aggressiv reagiert, dann ist der Marktauftritt gelungen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Frage, ob wir Netze zurückerwerben, muss diskutiert werden. Sie haben zwar recht, die Gewinne dieser Netze wären dann bei uns, aber die Kosten der Netze wären auch erst einmal bei uns. Ich darf Sie aus einer anderen Situation heraus daran erinnern, dass haushaltspolitische Dinge, die wir heute tun, sehr gut und sehr klug durchdacht werden müssen, weil sie sonst nämlich Ihr Kollege Herr Dr. Tschentscher in sehr analytischer Form auseinandernehmen würde. Das wollen wir nicht, so sehr wir ihn auch schätzen.

Von daher muss das gut überlegt werden. Wir haben eine sehr wichtige Entscheidung getroffen. Wir haben ganz klar gesagt, dass HAMBURG ENERGIE nicht der 51. Stromanbieter sein soll, sondern dass wir die Gewinne in erneuerbare Energien reinvestieren. Da liegt auch die Hauptproblematik in der Versorgung mit erneuerbaren Energien.

(Rüdiger Kruse)

Sehr viele handeln damit, aber zu wenige Stromlieferanten investieren auch in die Produktion und in neue Anlagen. Genau das ist der Schwerpunkt, den wir bilden.

Ich danke Ihnen auch für die Arbeitsaufträge für Berlin. Sollte noch jemand einen haben, nehme ich ihn gerne entgegen, auch gerne von meiner eigenen Fraktion oder von der GAL.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Von uns nicht?)

– Haben Sie Arbeitsaufträge?

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Ich komme gleich einmal zu Ihnen!)

– Das ist in Ordnung.

In Hamburg haben wir eine Aufstellung gefunden, die sehr gut in den Kanon passt, was die Energiewende für Deutschland bedeutet. Mit dieser Aufstellung setzen wir einen Akzent im Wettbewerb und wir sind uns natürlich im Klaren darüber, dass wir die Vormachtstellung der alten HEW nicht zurückerobert werden. Das kann auch nicht im Interesse der Menschen in dieser Stadt liegen, sondern in deren Interesse liegt, dass wir das Thema erneuerbare Energien stärker nach vorne bringen. Da haben wir natürlich gesehen, dass es bei der Verteilung auf die großen Energieversorger sicherlich ganz gut wäre, wenn ein dynamisches neues Unternehmen mit am Markt ist, das eine starke Unterstützung von dieser Stadt erfährt und zeigt, wie man es auch machen kann. Ich hoffe sehr stark auf Nachahmereffekte, weil es für die Sache natürlich unwahrscheinlich gut wäre, wenn die Großen auf den gleichen Kurs gingen.

Daher bin ich der Überzeugung, dass alle Prognosen der Entwicklung des Sektors erneuerbare Energien von der Realität überholt werden und sich die erneuerbaren Energien bundesweit wesentlich schneller durchsetzen werden, als selbst Befürworter das jetzt annehmen. Deshalb ist es wichtig, dass wir eine Politik betreiben, die sicherstellt, dass wir keine falsche Weichenstellung in Richtung fossile Energien vornehmen. Aus diesem Grund begrüße ich auch Projekte wie zum Beispiel DESERTEC, auch wenn es ein Großprojekt ist.

Das ist ein Thema, das ich mit nach Berlin nehmen werde und ich möchte Ihnen auch noch sagen, dass ich sehr dankbar dafür bin, acht Jahre in diesem Haus gewesen zu sein. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Weggen.

Jenny Weggen GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen ist HAMBURG ENERGIE als stadt eigenes Unternehmen

mit einem Stromangebot für alle Hamburger Haushalte auf den Markt gekommen, das klimafreundlich ist, da es kohle- und atomfrei ist. Strom von HAMBURG ENERGIE bedeutet in erster Linie Strom aus Wind, Wasser und Sonne und somit aus sauberen und regenerativen Quellen. Es bedeutet eben nicht Strom aus Kohle, der die Luft mit Feinstaub verpestet und den Klimawandel ordentlich beschleunigt. Es bedeutet nicht Strom aus Atomkraft, der hochrisikoreich ist und strahlenden Müll erzeugt, den wir noch unseren Kindern und Kindeskindern vererben werden. Wir setzen in Hamburg auf Strom ohne Atom, Frau Dr. Schaal.

(Beifall bei der GAL)

Wir setzen als Stadt ein Zeichen, dass wir jetzt und zukünftig in Hamburg auf eine regenerative, klimafreundliche und nachhaltige Strom- und Energieerzeugung setzen. Wir schaffen mit HAMBURG ENERGIE ein weiteres Angebot an klimafreundlichem Strom in Hamburg und eines unterscheidet HAMBURG ENERGIE von allen anderen Anbietern, die Ökostrom im Programm haben. Jede neue Kundin und jeder neue Kunde sorgen dafür, dass in Hamburg und Umgebung in regenerative Energieerzeugungsanlagen investiert wird und das schafft auch neue Arbeitsplätze in Hamburg.

(Beifall bei der GAL)

Zentral wichtig ist auch, dass Hamburgerinnen und Hamburger wieder zu einem stadteigenen Anbieter wechseln können. Frau Dr. Schaal, Sie haben schon gezeigt, wie man das macht. Die meisten Hamburgerinnen und Hamburger haben nämlich ihre Verträge mit der HEW bei Vattenfall einfach weiterlaufen lassen. Das zeigt doch ganz deutlich, dass der Bedarf und die Nachfrage nach einem stadteigenen Anbieter bestehen. Die Gründung von HAMBURG ENERGIE als Stromversorger war ein wichtiger und richtiger Schritt für eine neue Energieversorgung Hamburgs in der Zukunft. Ich stimme Ihnen natürlich zu, dass es ein erster Schritt war, aber es war ein erster wichtiger Schritt. Es freut mich, dass auch die SPD-Fraktion anscheinend der Meinung ist, dass der Verkauf der HEW damals ein Fehler war. Da sind wir uns mittlerweile alle mehr oder weniger einig. Es könnte schon viel mehr geschehen sein, wir könnten schon viel weiter sein, als Stadt die Energieversorgung Hamburgs klimafreundlich zu gestalten. Aber leider kann man so einen Schritt eben nicht von einem Tag auf den anderen zurückdrehen. Ich kann natürlich nicht für den Senat sprechen, aber zumindest für meine Fraktion. Selbstverständlich meinen wir es ernst. Wir wollen eine zukunftsfähige und somit klimafreundliche Energieversorgung Hamburgs. Mit HAMBURG ENERGIE wurde dafür der Grundstein gelegt. Wir sehen in diesem Zusammenhang auch die Übernahme der Energienetze und dabei vor allem der Wärmenetze als eine enorm wichtige Chance für den Klimaschutz.

(Jenny Weggen)*(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)*

Frau Dr. Schaal, da stimme ich Ihnen selbstverständlich zu. Aber es wäre doch unseriös, an dieser Stelle schon große Versprechungen zu machen, bevor die Prüfung abgeschlossen ist. Die Prüfung der Übernahme der Netze haben wir bereits beschlossen, darauf hat Herr Kruse auch schon hingewiesen, und sie läuft derzeit. Welche großartigen Möglichkeiten dies aber bietet, das liegt doch auf der Hand. Die Übernahme der Energienetze zurück durch die Stadt kann dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß Hamburgs enorm zu senken. Das wäre ein weiterer wichtiger und richtiger Schritt, um unsere ehrgeizigen, aber absolut notwendigen Ziele zu erreichen, nämlich den CO₂-Ausstoß Hamburgs bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent zu senken. Das muss der Hamburger Beitrag sein, damit sich die Erde nicht um mehr als zwei Grad erwärmt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wie ernst wir es mit dem Klimaschutz meinen, wird an zahlreichen Projekten deutlich, die wir auf den Weg bringen, wie der Stadtbahn, der Energieagentur und auch HAMBURG ENERGIE. HAMBURG ENERGIE ist ein Meilenstein, der in die richtige Richtung weist. Wir wollen eine zukunftsfähige und somit regenerative Energieversorgung Hamburgs, wir wollen sicheren und sauberen Strom. Hamburg ist Europas Umwelthauptstadt 2011 und mit HAMBURG ENERGIE zeigen wir, dass wir diesen Titel verdienen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Stadtwerke, Herr Kruse und Frau Weggen, sehen anders aus. Das wissen die Hamburger noch sehr genau. Mit Ihrer Ankündigung, ein Stadtwerk zur Stromversorgung in Hamburg zu gründen, weckte die Senatorin Hajduk Erwartungen und verteilte gleichzeitig ein Trostpflaster an die grüne Wählerschaft. Schon der Zeitpunkt, an dem sie die Idee von HAMBURG ENERGIE der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, war bezeichnend. Es war genau der Tag, an dem die GAL als Regierungspartei den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg bekannt gab. Mit einer Ausstattung von 10 Millionen Euro kann kein Stadtwerk zum Laufen gebracht werden. Entsprechend holprig ist aus unserer Sicht auch der Start. Zunächst handelt es sich, auch wenn der Name etwas anderes vorgibt, um einen Stromhändler. Es soll atom- und kohlefreier Strom angeboten werden. Das wäre auch eine gute Alternative.

Der Anteil an regenerativer Energie wird mit diesem Stromhändler in Hamburg aber überhaupt

nicht gesteigert. Erstens gibt es in Hamburg schon eine ganze Menge Haushalte, die sich ökologische Anbieter ausgesucht haben, zu denen inzwischen auch immer mehr wechseln. Zweitens handelt es sich bei Strom von HAMBURG ENERGIE um einen umetikettierten Strom. Das heißt, es sind sehr wohl Anteile aus Kohle- und Atomkraftwerken dabei. Frau Weggen hat auch ganz richtig gesagt, dass es in erster Linie regenerative Energie sein soll. Sie weiß sehr genau, dass noch andere Teile dabei sind, und sie spricht auch im Komperativ, indem sie sagt, es soll regenerativere Energie zur Verfügung gestellt werden. Es ist also nicht so, dass das eine ganz klare Geschichte ist.

Diese Umetikettierung ist für sich genommen schon äußerst fragwürdig, weil sie eben dem Verbraucher etwas vormacht, was es gar nicht ist. Auf der letzten Pressekonferenz zum neuen Hamburger Stadtwerk wurde dann auch deutlich, dass das Etikett eine größere Rolle spielt als der Inhalt. Mit Dagmar Berghoff wurde eine VIP gewonnen, die sich bisher nicht dadurch besonders ausgezeichnet hat, dass sie einen kritischen Umgang mit Energie angemahnt hat; es war wohl eher eine Frage des Honorars. Der Bürgermeister brauchte einen Tag Bedenkzeit, um zu ermitteln, ob sich ein Wechsel von Vattenfall zu HAMBURG ENERGIE für ihn auch rechnet.

(Erster Bürgermeister Ole von Beust: Spar-samer Mensch!)

Jetzt, sagt er, gehöre er zu den ersten 1000 Kunden und darum geht es auch, es gibt noch nicht genug Kunden. Wenn davon gesprochen wird, dass die Gewinne in ein HAMBURG-ENERGIE-Stadtwerk reinvestiert werden müssen, damit auch Strom produziert werden kann, was wir befürworten, dann muss man erstens genug Kunden haben, zweitens muss ein Gewinn erzielt werden und drittens kann ich erst dann investieren. Von genug Kunden ist HAMBURG ENERGIE noch weit entfernt.

Wenn der schwarz-grüne Senat es mit dem Stadtwerk wirklich ernst meint – Frau Dr. Schaal hat schon darauf hingewiesen –, dann müssen Taten folgen. Wenn man etwas will, dann geht es bekanntlich auch, das haben wir bei mehreren Punkten erlebt. Der Etat von 10 Millionen Euro wird überwiegend für Öffentlichkeitsarbeit und Werbegags draufgehen. Es muss mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, sonst wird es nie mehr sein als ein Stromhändler.

(Beifall bei der LINKEN)

Alle städtischen Gebäude und auch die von SAGA GWG müssen ihren Strom über HAMBURG ENERGIE beziehen, wenn es ein Stadtwerk für die Hansestadt sein soll. Die Verträge mit Vattenfall, es sind 442 an der Zahl, mit städtischen Unternehmen und mit SAGA GWG müssen gekündigt wer-

(Dora Heyenn)

den und das so schnell wie möglich, wenn es eine Chance für die immer wieder aufgezählten Zielvorgaben geben soll, die wir auch unterstützen. Wenngleich der Eindruck bleibt, dass es auf den großen Konferenzen auch hier vor Ort immer bei Lippenbekenntnissen bleibt, müssen wir es selbstverständlich hinbekommen, dass der CO₂-Ausstoß gesenkt wird.

(Olaf Ohlsen CDU: Aber nicht mit den LINKEN!)

Immer wieder wird diese Zahl von 40 Prozent bis zum Jahr 2020 genannt. Nur wenn wir den Anteil an regenerativer Energie nicht merklich erhöhen, die Stadtwerke nicht wirklich ausstatten und alle Kunden, die wir von der Stadt haben, nicht auch dorthin bringen, dann wird es das nie werden. Dann wird es bleiben, was es ist, ein Feigenblatt. Wir möchten gerne, dass die Stadtwerke das werden, wie sie heißen, nämlich auch regenerativen Strom produzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im April dieses Jahres haben wir über HAMBURG ENERGIE diskutiert und damals konnte ich an dieser Stelle auch sagen, dass es nur noch einige Wochen dauern wird, bis das Unternehmen gegründet wird. Am 7. September ist dieses Unternehmen in den Markt eingetreten und ich möchte festhalten, dass binnen eines Jahres nach der ersten Ankündigung und nach einigen Debatten auch hier im Haus eine Unternehmensgründung und ein Markteintritt gelungen sind. Ich habe von vielen Leuten gehört, die nicht parteipolitisch gebunden sind, dass sie nicht damit gerechnet hätten, dass wir diese Sache so schnell auf den Weg bringen. Das erfreut sich einer hohen Aufmerksamkeit und gerade auch die Konkurrenz im Energiegeschäft nimmt diesen Auftritt von HAMBURG ENERGIE sehr ernst und das ist gut so.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insofern, Frau Schaal, meinen wir das ernst mit der Gründung von HAMBURG ENERGIE und das haben wir in vielen Beiträgen deutlich gemacht. Dies ist in der Tat eine ganz wichtige Weichenstellung, die der Hamburger Senat und vornimmt, wie wir die Perspektive der Energiepolitik für Hamburg in Zukunft mitgestalten wollen. Zu der Atomfrage, die Sie angesprochen haben, Frau Schaal, kann man aber in jedem Falle feststellen, dass es eine eindeutige Entscheidung dieses Senats, auch mit der CDU, gegeben hat, diesen Energieversorger für Hamburg mit seiner Zukunftsperspektive schon heute so aufzustellen, dass er atom- und kohlefrei-

en Strom verkaufen soll. Das ist auch eine ganz wichtige perspektivische Antwort aus unserer Verantwortung heraus. Die Grundidee ist die, dass dieses Unternehmen, je mehr Menschen sich anschließen, umso mehr schon heute in regenerative Energien investieren kann. Es geht eben, wie Sie gerade gefordert haben, nicht nur um den Verkauf und den Vertrieb von Strom, sondern es geht von Anbeginn des Unternehmens an darum, den Einstieg und die Planung auch eigener Erzeugungsanlagen auf den Weg zu bringen. Das haben wir von Anfang an mit vorgestellt und das werden wir auch schon mit Anlagen im nächsten Jahr verwirklicht haben. Das ist ein wichtiger Anspruch, Frau Heyenn, aber dem kommen wir auch sehr konsequent nach.

Insofern ist die Eigenkapitalausstattung in Höhe von 10 Millionen Euro durch das Mutterunternehmen HAMBURG WASSER eine wichtige Grundvoraussetzung, aber es ist auch schon ganz konkret geplant, regenerative Erzeugungsanlagen mit einem Investitionsvolumen von immerhin 25 Millionen Euro auf den Weg zu bringen. Die Anlagen sollen 2010 in Betrieb gehen, es sind die Windenergieanlagen auf dem Klärwerk Dradenau. Darüber hinaus sind natürlich auch schon Investitionen in Kraftwärmekopplungsanlagen geplant. Von daher können wir von Anfang an auch bei diesem Anspruch, den wir der Öffentlichkeit gegenüber formuliert haben, ernst machen mit dem Punkt: Je mehr Kunden sich in Hamburg anschließen, desto mehr kann in diese Zukunft investiert werden. Frau Heyenn, ich bin auch gerne bereit, mich von der Opposition in diese Richtung treiben zu lassen, aber ich fordere Sie ausdrücklich auf, dieses Unternehmen mit dieser Konzeption nicht öffentlich kleinzureden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir werden in unserer freien Gesellschaft die Bürgerinnen und Bürger brauchen, die sich diesem Energieversorger zuwenden. Das geht eben nicht durch staatliche Verordnung und wir werden auch nicht zu einem Markt zurückkommen, wo nur staatliche Unternehmen Erzeugungskapazitäten anbieten. Aber HAMBURG ENERGIE mit dieser klaren Zukunftsorientierung ernst zu nehmen und aus der Opposition heraus zu unterstützen, wenn Sie es programmatisch richtig finden, dazu möchte ich Sie auffordern. In einer so großen Metropole wie Hamburg mit 1,7 bis 1,8 Millionen Einwohnern wäre es doch, ganz unabhängig von Legislaturperioden, ein wirklich großartiges Ergebnis, wenn HAMBURG ENERGIE mit dieser Aufstellung, quasi wieder rezukommunalisieren, Erfolg hätte. Das ist mein Appell an die Opposition und da sollten Sie sich auch einen Ruck geben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Seit dem Markteintritt haben sich über 10 000 Interessenten bei HAMBURG ENERGIE gemeldet.

(Senatorin Anja Hajduk)

Es ist immerhin ein Weg, den man nicht unterschätzen sollte, auch bis zum Schluss die Vertragsunterlagen entsprechend einzureichen. Aber eine Bemerkung sei mir auch erlaubt. Ich selbst bin natürlich in meiner Funktion gefragt worden, wie ich es damit halte, und es ist schon meine Überzeugung, sich solch einem Unternehmen, das man mit auf den Weg bringt, auch privat anzuschließen.

In den Zeitungen wurde von dem Anbieterwechsel des Bürgermeisters berichtet; Sie haben soeben darauf angespielt. Wenn ein preisbewusster Mensch nach einem Tag des Preisvergleiches HAMBURG ENERGIE für sich auswählt, ist das doch eine sehr gute Werbung, daran habe ich gar nichts zu kritisieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich sage das nicht nur, weil ich hier ein Schmunkeln in die Debatte bringen möchte, sondern auch, weil HAMBURG ENERGIE sich nicht als Nischenanbieter mit einem exklusiven Angebot für Kunden mit einem ausgeprägten ökologischen Bewusstsein aufstellt. HAMBURG ENERGIE will in den breiten Markt hinein, weil der künftige Einfluss und die Erfolgsperspektive dieses Unternehmens wesentlich davon geprägt sein werden, ob dies gelingt. Insofern finde ich es richtig, dass HAMBURG ENERGIE in den Wettbewerb mit dem Grundversorger eintritt und ich bin mir sicher, dass auch Sie das für eine kluge Strategie halten.

Ich möchte kurz darauf eingehen, wie ernst wir es damit meinen. Der Senat hat HAMBURG ENERGIE damit beauftragt, den Gasbezug für die Stadt zu organisieren. Natürlich werden wir, wenn unsere Stromverträge auslaufen, auch die Möglichkeiten nutzen, die uns dann zur Verfügung stehen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir das Verfahren auch in wettbewerblicher Hinsicht korrekt handhaben, überlegt handeln und uns an laufende Verträge halten. An dieser Stelle können Sie vom Senat konsequentes Handeln erwarten.

Ein Wort zu den Netzen. Insbesondere mit Blick auf das Fernwärmenetz muss Ich Ihnen sagen, dass das nicht so einfach ist, wie man das vielleicht gerne hätte. Der Senat wird darauf hinarbeiten, eine Klärung so gut und eindeutig wie möglich zu erzielen. Wir sind aber sowohl dazu verpflichtet, als auch klug beraten, uns mit dem jetzigen Betreiber auseinandersetzen. Da ist einiges nicht unstrittig; selbstverständlich beurteilt Vattenfall es anders als wir, wie die Endschaftsklausel auszulegen ist.

An dieser Stelle kann ich Ihnen nur sagen: Wir wissen um die Wichtigkeit der Netze, insbesondere des Fernwärmenetzes. Wir haben die Möglichkeit, im Hinblick auf das Gas- und Stromnetz für die Zukunft neue Fakten zu schaffen. Ich meine aber, dass es einen Gedanken wert ist zu überlegen, ob man die Netze vollständig in Besitz nehmen will oder ob man auch andere Möglichkeiten erwägt,

eine Einwirkung auf den Netzbetrieb zu bekommen. Das ist eine so komplexe Aufgabe, dass es meines Erachtens richtig ist, das einer sehr sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

Natürlich wollen wir auf die Energiepolitik dieser Stadt Einfluss nehmen. Das hat der Senat bisher konsequent unter Beweis gestellt und daran werden wir auch weiterhin arbeiten.

Ich komme zum Ende.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass auch die SPD mithelfen möchte, ENERGIE HAMBURG zu einem erfolgreichen Unternehmen zu machen. So habe ich zumindest Ihre Anmeldung dieses Themas hier verstanden, das finde ich wichtig.

Ich habe gerne gehört, dass wir Herrn Kruse unsere Wünsche mit auf den Weg geben können; davon werde ich noch Gebrauch machen. Ich wünsche Ihnen alles Gute in Berlin.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Ich halte noch einmal fest, dass den Abgeordneten in der Aktuellen Stunde maximal fünf Minuten Redezeit zustehen, das waren jetzt 190 Prozent dessen.

Das Wort bekommt der Abgeordnete Buschhüter.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Wenn ich dürfte, könnte ich jetzt durchaus auch sehr lange reden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Gründung von HAMBURG ENERGIE als städtisches Unternehmen, daran wollen wir keinen Zweifel aufkommen lassen.

Wir haben in unserem Regierungsprogramm zur letzten Wahl in Hamburg angekündigt, dass wir unter Einbeziehung der Konzessionsverträge für das Hamburger Gas-, Fernwärme- und Stromleitungsnetz die Gründung eines kommunalen Stadtwerkes betreiben werden. Aus unserer Sicht ist die Gründung von HAMBURG ENERGIE ein erster Schritt auf diesem Weg. Bislang ist es aber tatsächlich nicht mehr als ein erster Schritt, denn HAMBURG ENERGIE ist, wie wir heute bereits mehrfach gehört haben, nur ein Stromhändler. Wird das Unternehmen künftig auch zu einem Energieversorger oder sogar zu einem Stadtwerk, wie wir es uns vorstellen?

Die erste These des HAMBURG-ENERGIE-Manifests lautet:

"Hamburg braucht einen Neuanfang bei der Energieversorgung."

Dem stimmen wir vorbehaltlos zu. Frau Weggen hat heute noch einmal wiederholt, dass HAMBURG ENERGIE allen Hamburger Haushalten ei-

(Ole Thorben Buschhüter)

ne weitere Alternative bietet, klimafreundlichen Strom zu beziehen. Ist es nur das, worum es geht? Brauchen wir wirklich einen weiteren Ökostromanbieter? Hat es da bisher an Wettbewerb gemangelt? Bestimmt nicht. Ziel muss es sein, Energie nicht nur frei von Kohle und Atomstrom zu liefern, sondern ein integriertes Energieversorgungsunternehmen für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen; das wäre ein wirklicher Neuanfang.

(Beifall bei der SPD)

Ein zentraler Punkt hierfür ist aus unserer Sicht die Übernahme der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze zum 1. Januar 2015. Ein erster Schritt zu diesem Ziel wäre die Übernahme der öffentlichen Beleuchtung und ihres eigenen Netzes bereits zum 1. Januar 2013.

Wir wollen kein Zurück zu den HEW. Frau Senatorin, stellen Sie sich vor, Sie müssten heute in dem Aufsichtsrat eines Unternehmens sitzen, das mehrere Atomkraftwerke betreibt; da müssten Sie uns doch direkt dankbar für den HEW-Verkauf sein.

Was uns aber fehlt, Frau Senatorin, ist die Perspektive für das Unternehmen. Wo soll HAMBURG ENERGIE in fünf oder zehn Jahren stehen? Wird HAMBURG ENERGIE Leitungsnetze übernehmen?

Zu dieser Frage haben wir heute Interessantes gehört: Es kann sein, es muss nicht sein, man ist sich offensichtlich nicht einig. Herr Kruse sprach von Stadtwerken 2.0, das hörte sich mehr nach Stadtwerken light an. Zwischen den Koalitionspartnern scheint es keine klare Linie zu geben.

(Jens Kerstan GAL: Das ist rechtlich ein Problem!)

– Ja, jetzt problematisieren Sie das so.

Wir haben jedenfalls keine eindeutige Antwort auf unsere Frage bekommen. Mal heißt es, der Senat sei noch in der Prüfungsphase, ein anderes Mal, er habe sich noch gar nicht mit dieser Frage befasst. Für uns gehört eine Rekommunalisierung der Netze zu einem erfolgreichen Stadtwerk zwingend dazu und erst recht, wenn Hamburg seine Energieversorgung selbst bestimmen soll, wie es im Manifest so schön heißt.

Wenn auch die Übernahme erst in einigen Jahren ansteht, dürfen die Entscheidungen darüber nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern müssen bereits jetzt konkret vorbereitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt weitere Fragen. Welche Rolle soll HAMBURG ENERGIE beispielsweise bei der Elektromobilität spielen, bei der Landstromversorgung oder der Stromversorgung für die Stadtbahn? Hier tun sich große Chancen auf, um HAMBURG ENERGIE wirklich zu einem Energieversorger für

die ganze Stadt zu machen. Nutzen Sie diese Chance, Frau Senatorin.

(Beifall bei der SPD)

Die GAL bezeichnet HAMBURG ENERGIE als einen Meilenstein für die klimafreundliche Energieversorgung Hamburgs und appelliert an die Hamburgerinnen und Hamburger, zu HAMBURG ENERGIE zu wechseln, denn je mehr Verbraucher Kunden bei HAMBURG ENERGIE werden, desto mehr regenerative stadteigene Energieerzeugungsanlagen werden in Hamburg und Umgebung gebaut. Das ist richtig.

Wir unterstützen HAMBURG ENERGIE. Ich habe mich ebenfalls entschlossen, privat und auch mit dem Abgeordnetenbüro zu HAMBURG ENERGIE zu wechseln.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir als SPD können nur jedem empfehlen, sich diesem Beispiel anzuschließen. Aber was macht die Stadt? Geht sie mit gutem Beispiel voran? Wir haben von Frau Senatorin Hajduk gehört, dass man einen Wechsel in Erwägung ziehe und wir uns keine Sorgen machen sollten. Aber dank des schwarzen Vorgängersensats mit seinem als Öko-Bürgermeister gepriesenen Mann an der Spitze wurden noch kurz vor der Wahl die Verträge mit Vattenfall verlängert, was einen Wechsel frühestens im Jahr 2011 möglich macht.

Ich komme zum Schluss. Die Gründung von HAMBURG ENERGIE ist richtig, aber darauf darf sich die Stadt jetzt nicht ausruhen. Entwickeln Sie eine Perspektive für ein Stadtwerk, Frau Senatorin, sagen Sie ja zur Übernahme der Leitungsnetze, schließen Sie die ganze Stadt an, damit HAMBURG ENERGIE mehr wird als eine bloße grüne Streicheleinheit für das Ja zu Moorburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema.

Dann rufe ich das zweite und vierte Thema der Aktuellen Stunde auf. Von der GAL angemeldet: Obdachlosigkeit in Hamburg rückläufig – umfassende Unterstützung weiter notwendig und von der CDU angemeldet: Bessere Hilfsangebote – weniger Obdachlose.

Wird das Wort gewünscht? – Die Abgeordnete Gregersen hat das Wort.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich ist es traurig, wenn in einer Stadt wie Hamburg die Zahl der Wohnungslosen gezählt werden muss und dass es Wohnungslosigkeit gibt, aber nur wer die

(Martina Gregersen)

Fakten kennt und über genaue Zahlen verfügt, kann Hilfeangebote optimieren. Eine Zählung ist darum unerlässlich. Hier kann sich Hamburg rühmen, denn keine andere Stadt in Deutschland befragt seine Wohnungslosen so detailliert und umfangreich wie wir.

(Beifall bei der GAL – *Dirk Kienscherf SPD*: Dank der SPD, wir haben das eingeführt!)

– Herr Kienscherf, Ihr Zwischenruf ist richtig, es begann 1996 mit der SPD und der STATT Partei.

Damals waren die Möglichkeiten noch begrenzt, man war unerfahren und wusste nicht, wie viele Fragen man den Wohnungslosen zumuten konnte und wie deren Mitwirkung aussehen würde. Diese erste Befragung war natürlich sehr sinnvoll, aber leider noch nicht so umfassend, wie wir sie uns gewünscht hätten.

Seit 1996 wurden die Fragen dann in Zusammenarbeit mit den Verbänden weiterentwickelt. Bei der zweiten Befragung im Jahr 2002 wurden bereits Alter, Geschlecht, Nationalität und die Verweildauer auf der Straße erfragt. In der Wohnungshilfe ist seitdem viel passiert. Nach dem Fachstellenkonzept arbeiten wir jetzt mit Beratungsstellen in den Bezirken.

In diesem Jahr fand erneut eine Befragung statt. Der Senat ließ unabhängig untersuchen, wie sich die Wohnungslosigkeit entwickelt hat und ob die Hilfen greifen. Der Fragenkatalog wurde wieder in Zusammenarbeit mit den auf der Straße und in den Hilfeinrichtungen tätigen Akteuren entwickelt und er wurde wesentlich umfangreicher als der Fragebogen bei der zweiten Befragung. So wurden beispielsweise auch Fragen nach Schulden, nach dem Besitz eines Girokontos oder einer Krankenkassenversicherungskarte gestellt. Von 90 Einrichtungen wie der mobilen Hilfe oder dem Mitternachtsbus und auch von Straßensozialarbeitern wurden Wohnungslose im März dieses Jahres eine Woche lang befragt. Abzüglich der Doppelungen wurden genau 1029 Menschen befragt, nur 71 von ihnen haben ihre Mitarbeit verweigert. Das betrachte ich als einen außerordentlich großen Erfolg.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Ergebnisse der Befragung zeigen uns, dass wir die Wohnungshilfe optimiert haben, denn die Zahl der Wohnungslosen ist Gott sei Dank gesunken. Außerdem stieg die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in Hamburg auf der Straße leben, zum Glück nicht weiter an, wie von Hinz&Kunzt immer wieder befürchtet wurde. Wir sehen, dass die Wohnungshilfe in Hamburg wirklich besser greift.

Etwa 65 Prozent der Wohnungslosen sind im Besitz einer Krankenkassenversicherungskarte. Der Anteil der Wohnungslosen, die zumindest sporadisch

Übernachtungsangebote nutzen, ist um 12 Prozentpunkte gestiegen. 2002 waren es 48 Prozent, jetzt sind es 60 Prozent. Dass die Akzeptanz gegenüber den Übernachtungsangeboten gestiegen ist, zeigt, dass sich die Angebote wesentlich verbessert haben. Auf der anderen Seite zeigen die Zahlen aber auch, dass noch nicht alles so optimal ist, dass wir uns jetzt auf dem Erreichten ausruhen könnten oder sollten. Es liegen uns jetzt aber Fakten vor, die uns dabei unterstützen werden, die Hilfe für Wohnungslose weiter zu verbessern und zu optimieren.

Wir werden uns auch nicht auf den Ergebnissen der Befragung ausruhen. Für das Frühjahr 2010 ist eine Fachtagung angedacht, auf der einen Tag lang über Hilfen für Wohnungslose und die Verbesserung dieser Hilfen diskutiert werden wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die empirische Untersuchung "Obdachlose, 'auf der Straße' lebende Menschen in Hamburg 2009" sagt aus, dass die Obdachlosigkeit in Hamburg seit 2002 um 20 Prozent zurückgegangen ist. Das ist erst einmal eine gute Nachricht

(Beifall bei der CDU und der GAL)

zumal vor dem Hintergrund, dass wir bei der vorherigen Untersuchung im Jahr 2002 eine Stagnation, genaugenommen sogar einen leichten Anstieg, zu verzeichnen hatten. Da ist durchaus ein spürbarer Erfolg der Senatspolitik festzustellen. Dies ist aber nicht nur ein Erfolg des Senats, sondern auch der Behörden, der Verwaltung, der Bezirke und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Das ist eine gemeinsame Leistung, auf die wir durchaus stolz sein können.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Unsere Konzepte wirken und helfen den Menschen in Not.

Frau Gregersen hat eben schon einige Zahlen genannt. Wir haben zurzeit 1029 wohnungslose Menschen in Hamburg. Besonders erfreulich ist es, dass nach Ende des Winternotprogrammes 115 Menschen einen Weg aus der Obdachlosigkeit gefunden haben. Wir bemühen uns um einen Ausgleich in der Stadt und wer in Hamburg Hilfe braucht, der bekommt sie auch.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Was für die Abgeordneten gilt, gilt auch für den Herrn Direktor. Herzlichen Dank. – Fahren Sie bitte fort.

Egbert von Frankenberg (fortfahrend): Es ist wichtig, dass wir versuchen, Obdachlosigkeit bei jungen Menschen gar nicht erst auftreten zu lassen und wenn wir sie nicht haben vermeiden können, ihnen so schnell wie möglich zur Seite zu stehen. Bei der Auswertung der Befragung müssen wir berücksichtigen, dass die Zahlen insgesamt auf einer niedrigeren Ausgangsbasis beruhen. Dennoch sind auch in diesem Bereich Erfolge nachzuweisen.

Wir wollen aber nicht verkennen, dass für jeden Menschen das Leben auf der Straße ein schweres Schicksal ist. Es ist wichtig, dass wir den Menschen helfen, die nach wie vor obdachlos sind; das ist auch Sinn und Zweck so einer Untersuchung.

Wichtig bei dieser Untersuchung war uns der handlungsorientierte Ansatz. Mit den Daten, die wir erhoben haben, soll weiter gearbeitet werden. Aufgrund der Befragung können wir abschätzen, was wir in Zukunft besser machen können. Außerdem können wir neue Handlungsschwerpunkte für die Zukunft setzen. Transparenz und Dialog mit den Beteiligten sind uns wichtig. Wir müssen immer wieder überprüfen, ob wir die von uns durchgeführten Maßnahmen noch optimieren können.

Durch die Ergebnisse der Befragung ergeben sich aber auch neue Herausforderungen, das will ich gar nicht verschweigen. So ist zum Beispiel die durchschnittliche Dauer der Obdachlosigkeit angestiegen. Hier sehe ich in den nächsten Jahren einen neuen Schwerpunkt, wo wir uns intensiv darum bemühen müssen, das zu ändern. Das ist kein schöner Zustand und daran wollen wir auf jeden Fall in den nächsten Jahren arbeiten.

Ein weiterer Schwerpunkt ergibt sich aus der Zunahme der nicht deutschen Obdachlosen. Dieses Problem ist nicht hier bei uns aufgetreten, sondern wir haben aufgrund der EU-Osterweiterung eine Zuwanderung von Menschen aus Ost- und Südosteuropa. 2002 lag der Anteil bei 17 Prozent, mittlerweile sind es schon 26,6 Prozent und die Tendenz ist steigend. Da haben wir also auch ein Problem, dem wir uns stellen müssen. Hinzu kommt, dass die Wohnungslosen aus dieser Personengruppe überproportional häufig kein eigenes Einkommen und keine Krankenversicherung haben. Hier haben wir ein wichtiges Handlungsfeld, bei dem wir aber nicht auf die Schnelle Lösungsansätze präsentieren können. Wir werden uns intensiv mit diesem Problem auseinandersetzen, um es dann vernünftig lösen zu können.

Der Anstieg dieses Personenkreises – dieser Personenkreis gehörte ja nicht zu der Gruppe, die ursprünglich befragt wurde – macht deutlich, dass

die Wirksamkeit der Maßnahmen unter Umständen deutlich größer ist, als wir aus den Zahlen ablesen können.

Positiv sehe ich die Arbeit der neuen Fachstellen für Wohnungsnotfälle in den Bezirken. Durch ihr frühzeitiges Eingreifen und ihre präventive Arbeit kann Wohnungslosigkeit in vielen Fällen vermieden werden. Auch das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

In diesem Jahr nahmen 60 Prozent die Übernachtungsangebote an; 2002 waren es nur 48 Prozent. Wir können also das Fazit ziehen, dass die Hilfeangebote der Stadt an Akzeptanz gewonnen haben; auch das ist schön.

Ich wünsche mir für die Zukunft weiterhin eine so gute Zusammenarbeit wie in der vergangenen Woche im Sozialausschuss. Für den sachlichen Dialog, die gute Diskussion und die gelungene Befragung von Herrn Schaak, dem Autor der Studie, möchte ich mich ausdrücklich bei der Opposition bedanken. Das war gute parlamentarische Zusammenarbeit, vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ist Ihnen die Bedeutung des roten Lichtes bekannt?

Egbert von Frankenberg (fortfahrend): – Ja, ich komme damit zum Ende.

Der Bericht ist für uns eine Bestätigung der gemeinsam geleisteten Arbeit; Erfolge sind da. Er ist aber zugleich Auftrag für die weitere Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Bekeris.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch die SPD-Fraktion begrüßt, dass dieses Jahr nach 1996 und 2002 wieder eine Obdachlosenbefragung durchgeführt wurde und das unter großer Mitwirkung von Einrichtungen und Obdachlosen.

Natürlich ist es positiv zu bewerten, dass seit 1996 die Zahl der Obdachlosen um 15 Prozent zurückgegangen ist, Euphorie sollte diesbezüglich aber nicht ausbrechen. Hamburg liegt deutlich hinter dem Bundestrend. Es wird geschätzt, dass die Obdachlosigkeit seit Mitte der Neunzigerjahre um rund 50 Prozent zurückgegangen ist.

In unserer reichen Stadt leben aber noch immer über 1000 Obdachlose auf der Straße. Dabei wurden all jene, die von der Zählung nicht erfasst wurden, nicht berücksichtigt. Gerade bei wohnungslosen Jugendlichen und Frauen gibt es eine hohe

(Ksenija Bekeris)

Dunkelziffer, die die Gesamtzahl der Obdachlosen deutlich erhöhen würde. Außerdem sind 2500 Menschen öffentlich untergebracht. Insgesamt sprechen wir also von rund 4000 Wohnungslosen. Das ist eine viel zu hohe Zahl, die wieder einmal zeigt, dass in Hamburg bezahlbarer Wohnraum für Wohnungslose und Menschen mit einem geringen Einkommen fehlt.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus* und *Mehmet Yildiz*, beide *DIE LINKE*)

Ich möchte einige Entwicklungen der gegenwärtigen Situation der Obdachlosen in Hamburg aufzeigen, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Die Obdachlosenstudie zeigt eine Veralterung der auf der Straße lebenden Menschen in Hamburg. Das durchschnittliche Alter der Obdachlosen hat sich seit 1996 von 37 Jahre auf 43 Jahre erhöht. Gleichzeitig steigt die durchschnittliche Dauer der Obdachlosigkeit. 2002 lag sie bei 47 Monaten, heute bei 58 Monaten. Das bedeutet fast fünf Jahre leben auf der Straße. Mehr als 35 Prozent der Obdachlosen leben seit mehr als fünf Jahren auf der Straße und das ist eine sehr beunruhigende Entwicklung. Diese Menschen nehmen auch die Hilfeangebote nicht mehr an. Wir müssen uns neue Hilfeangebote für diese älter werdenden, lange auf der Straße lebenden Menschen ausdenken.

Es gibt aber immer noch eine viel zu hohe Zahl an jugendlichen Obdachlosen. Wir benötigen dringend einen Ausbau der entsprechenden Beratungs- und Hilfeangebote. Ein Beispiel ist das Projekt Hamburg Veddel. Hier wird außerordentlich engagiert der richtige Weg beschritten und den muss man auch auf andere Stadtteile erweitern und darf ihn nicht nur auf Hamburg-Mitte beschränken.

Wir müssen im Hinblick auf die Unterbringung in öffentlichen Einrichtungen weiter diskutieren und auch investieren. Die Vertreter der karitativen Einrichtungen weisen darauf hin, dass in den Unterkünften nur sehr wenige freie Plätze zur Verfügung stehen; oft müssen sogar Wartelisten eingesetzt werden. Zudem sind die Standards oft nicht ausreichend. Es kann beispielsweise nicht sein, dass es zu wenig Einzelzimmer gibt. Ein Mindestmaß an Privatheit und Sicherheit ist vonnöten, damit die Menschen diese Angebote auch annehmen.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus* *DIE LINKE*)

Freiwillige und gemeinnützige Einrichtungen leisten eine wichtige Arbeit für obdachlose Menschen, aber wir können unsere Verantwortung nicht, wie der Senator es manchmal andeutet, auf sie abwälzen. Hier ist die Stadt gefordert und hier muss Geld in die Hand genommen werden, Geld, das für über 1000 Menschen, die auf den Straßen unserer reichen Stadt leben, ein würdiges Leben bedeutet. Es handelt sich hierbei um eine politi-

sche Entscheidung, die wir als SPD-Fraktion mit aller Dringlichkeit vom Senat einfordern. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus *DIE LINKE*:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße ausdrücklich den Beitrag der Kollegin Bekeris. Sie hat bereits das Wesentliche gesagt, ich möchte einige Kritikpunkte ergänzen.

Wenn Sie jetzt einmal die Augen schließen und sich eine obdachlose Person vorstellen, wie sieht diese dann aus? Ich vermute, in etwa so, wie die Obdachlosen im "Tatort" aus Köln aussahen, der letzten Sonntag ausgestrahlt wurde, ein typischer Stadstreicher oder Berber, der mit seinem Schlafsack unter einer Brücke liegt, mit einem Einkaufswagen voller Habseligkeiten durch die Straßen schiebt oder in verlumpten Klamotten in Papierkörben nach Essensresten, Pfandflaschen und Zeitungspapier stöbert.

Obdachlosigkeit hat aber viele Gesichter. Obdachlosigkeit ist auch jung, sie ist auch weiblich, sie ist zunehmend nicht deutsch. Obdachlose sind häufig psychisch krank. Es ist nicht geklärt, ob diese Menschen durch die Obdachlosigkeit krank wurden oder durch eine Erkrankung ihr Zuhause verloren haben. Auch das sind Obdachlose. Viele von ihnen haben eine Adresse und eine Krankenversicherungskarte und längst nicht alle setzen sich eine Flasche mit billigem Fusel an den Mund, um sich ihre Situation schönzutrinken.

Die empirische Untersuchung über auf der Straße lebende Obdachlose berücksichtigt nur einen Teil der Menschen, die tatsächlich obdachlos sind. Es ist daher mehr als schwierig, aus dieser Befragung die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Untersuchung stützt sich ja allein auf die Aussagen der Menschen, die bereit waren, den Fragebogen zu beantworten. Ich halte sowohl die Idee der Befragung als auch die Methodik, die angewendet wurde, für richtig, aber eben auch für unzureichend. Mit dem Datenmaterial kann ich zu wenig anfangen, weil es einfach beliebig interpretiert werden kann.

Der Bericht lässt zum Beispiel keine Schlussfolgerung darüber zu, was getan werden muss, um den Bedürfnissen nicht deutscher Obdachloser gerecht zu werden. Wir haben eine steigende Anzahl nicht deutscher Obdachloser in Hamburg, vermutlich kommen sie aus Osteuropa, genau wissen wir es nicht, weil die Nationalität nicht konkret abgefragt wurde. Der Bericht gibt ebenfalls keine Auskunft darüber, inwieweit die staatlichen Einrichtungen den vielen Ehrenamtlichen die Probleme überlassen. Ein Beispiel: Wenn sich das Zahnmobil der

(Kersten Artus)

Caritas vor der Alimaus platziert, können wohnungslose Patienten und Patientinnen gar nicht mitteilen, welche Beschwerden sie haben, weil sie kein Deutsch sprechen.

Der Bericht eignet sich auch nicht, wenn man erfahren möchte, ob und welche Veränderungen es in den Krankheitsbildern der Obdachlosen gibt. Was genau sich in der Wohnungsbaupolitik ändern muss, lässt sich ebenfalls nicht aus dem Bericht ableiten.

So kommt es, dass halbseidene Parallelstrukturen gefördert werden, die für die Betroffenen unkalkulierbar werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang an das Projekt SUBlife erinnern, das schwer drogenabhängigen Menschen billigen Wohnraum vermittelte. Als SUBway die Zuwendungen gestrichen wurden – Sie alle hier werden sich an die Debatten im letzten Jahr erinnern –, war auch das daran angedockte Projekt SUBlife unmittelbar in Frage gestellt.

Einen Armuts- und Reichtumsbericht, wie ihn die Fraktion der LINKEN unmittelbar nach ihrem Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft gefordert hat, gibt es leider nicht. Herr von Frankenberg von der CDU sagte damals, dass wir keinen Datenfriedhof bräuchten und er unsere Bürger nicht auschnüffeln wolle. Ein Armuts- und Reichtumsbericht wäre aber genau das richtige Äquivalent, um die Situation Obdachloser neben der empirischen Untersuchung seriös zu beurteilen und um die richtigen Maßnahmen daraus abzuleiten. Auf Bundesebene gibt es diesen Bericht. Es ist also nichts Anstößiges oder gar Revolutionäres, was DIE LINKE für Hamburg fordert. Der Bericht der Bundesregierung umfasst unter anderem eine Analyse besonders schwieriger Lebenslagen, zum Beispiel von Wohnungslosen. Hat nun die Bundesregierung die Bürger ausgehört, bevor sie den Bericht im Juli letzten Jahres herausgab? Dann habe ich damals die Kritik der Hamburger CDU-Fraktion an der angeblichen Datenschnüffelei vermisst.

Das Problem dieser empirischen Untersuchung ist eines, das viele Berichte des Senats haben. Man kann zwar tolle Presseerklärungen aus ihnen zaubern, sie geben auch oberflächlich das Gefühl einer verantwortungsbewussten Umgangsweise mit sozialen Brennpunkthemen. Die empirische Untersuchung über Obdachlose, die auf der Straße leben, ist aus unserer Sicht aber vor allem dazu geeignet, die Senatspolitik zu loben.

Der Senat geht das Risiko ein, dass irgendwann eine Hatz gegen auf der Straße lebende osteuropäische Menschen einsetzen könnte und dass die Gewalt gegen nicht deutsche Obdachlose zunehmen könnte, weil diese häufiger als deutsche Obdachlose gar kein Einkommen haben, weil sie häufig jünger sind, weil sie kein Deutsch sprechen, weil sie seltener eine Krankenversicherungskarte haben.

Der Senat geht außerdem das Risiko ein, dass die Obdachlosigkeit von Frauen, die im Vergleich zu anderen Großstädten überproportional ist, weiterhin unsichtbar bleibt. Für die betroffenen Frauen bedeutet dies das Erleben von Gewalt und die Abhängigkeit von Männern, die ihnen Unterschlupf gewähren.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang die angekündigte Fachtagung im Frühjahr.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, für weitere Beispiele haben Sie keine Zeit; Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Kersten Artus (fortfahrend): Dann halte ich unsere Forderung aufrecht, dass ein Armuts- und Reichtumsbericht erstellt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Das ist richtig!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Artus, mit Ihnen will ich einmal anfangen.

(Heiterkeit)

– Das ist ganz freundlich gemeint.

Mir erschließt sich nicht ganz, wie Sie einerseits einen Armuts- und Reichtumsbericht fordern und dann andererseits sagen können, es sei PR-Agitation, wenn wir die Ergebnisse unserer Arbeit durch eine Befragung der Betroffenen messen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Bericht hat noch niemandem geholfen, wenn aus ihm keine Schlüsse gezogen werden. Es ist aber sehr vielversprechend zu messen, ob das, was wir tun, dazu führt, dass weniger Menschen in prekären Situationen sind. Es geht darum, nicht nur zu sagen, dass wir Gutes tun wollen, sondern dass wir auch überprüfen, ob wir die gewünschten Wirkungen erzielen. Jeder hier muss zugestehen, dass unsere Taten Wirkungen gezeigt haben.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Der Umbau des Hilfesystems für obdachlose Menschen in Hamburg hat gewirkt. Das Engagement der Wohlfahrtsverbände hat gewirkt und das Engagement der vielen ehrenamtlich tätigen Bürger hat gewirkt. Deswegen sollten wir darüber zunächst einmal froh sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Senator Dietrich Wersich)

Herr Kienscherf, gleich zu Beginn der Debatte haben Sie uns froh und stolz daran erinnert, dass die erste Befragung Obdachloser in Hamburg von Rot-Grau durchgeführt wurde. Dann seien Sie doch auch so ehrlich zu sagen, dass gemäß der zweiten Zählung 2002 nach sechs Jahren SPD-Politik in Hamburg die Anzahl der Obdachlosen gestiegen ist und dass sie nun nach sieben Jahren CDU-Sozialpolitik unter Frau Schnieper-Jastram rückläufig ist. Das ist ein Erfolg. Das sage ich auch im Hinblick auf die GAL. Wir können uns natürlich jetzt gemeinsam über diese Erfolge freuen, aber es war nicht immer so, dass das, was wir in den vergangenen Jahren in diesem Bereich an Umstrukturierung realisiert haben, auf Zustimmung bei der GAL stieß. Insofern bin ich sehr froh darüber, dass Sie mit uns gemeinsam beim Blick auf die reale Situation sagen, dass das gut so war.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Wersich, Sie sind lernfähig!)

– Manche müssen erst in die Regierung kommen, um zu lernen, aber da will ich jetzt in Richtung LINKE nichts sagen.

Es sind Probleme angesprochen worden. Wir wissen, dass Obdachlosigkeit eine der schlimmsten und für uns alle wahrscheinlich eine kaum vorstellbare Lebensphase ist. Wir wissen auch, dass alle Anstrengungen gerechtfertigt sind, um Menschen aus dieser schwierigen Lebenslage herauszuhelfen. Deshalb war ich über die Ergebnisse der Untersuchung schon überrascht: Zwei Drittel der Obdachlosen sind in unserem Sozialleistungssystem integriert, 40 Prozent sind nicht verschuldet, zwei Drittel haben eine Krankenversicherungskarte, von den deutschen Obdachlosen sogar über 80 Prozent. Das bedeutet, dass Obdachlose häufiger krankenversichert sind als normale Bürger in Amerika. Die Obdachlosen in Hamburg werden von den Initiativen sehr gut erreicht und die Inanspruchnahme der Hilfeangebote ist ausgesprochen gut.

Sie haben kritisiert, dass wir eine Veralterung haben, wie Sie es genannt haben, und dass sich die Dauer der Obdachlosigkeit erhöht hat. Wenn Sie in die Studie schauen, wissen Sie aber auch, dass dies daraus resultiert, dass es uns gelungen ist, jüngere Menschen und Menschen, die noch nicht so lange obdachlos sind, schneller herauszulösen. Dann bleiben natürlich diejenigen übrig, die bereits länger obdachlos sind. Wir sind uns einig, dass es unser Bemühen sein muss, auch Perspektiven für die Menschen zu eröffnen, die schon sehr, sehr lange auf der Straße leben. Da stoßen wir häufig an die Grenzen, auch im Hilfesystem. Im Winternotprogramm wird sich zum Beispiel ganz engagiert um die Bewohner der Container und Kirchenkatzen gekümmert und hinterher stellen die Helfer trotzdem fest, dass diese, wenn das Wetter besser wird, wieder verschwinden und die Hilfe nicht mehr

annehmen. Diese Grenze der Hilfsmöglichkeiten müssen wir erkennen.

Ein letztes Wort noch zu der zunehmenden Anzahl von ausländischen Obdachlosen. Ehrlich gesagt finde ich es sehr grenzwertig und ziemlich unverantwortlich, wenn Sie sagen, dass dieser Bericht dazu verführe, zu einer Hatz auf ausländische Obdachlose einzuladen. Der Punkt ist ein ganz anderer. Wir helfen niemandem, der als Obdachloser sein Heimatland verlässt, ob es Polen, Bulgarien oder Rumänien ist und der kein Wort deutsch spricht, wenn wir ihn nicht wieder in seine heimatischen Systeme reintegrieren. Wir können diese Probleme nicht in Hamburg lösen und deswegen heißt es, diesen Menschen zu helfen. Wir müssen mit den Konsulaten zusammenarbeiten, wir müssen sehen, dass diese Menschen in ihren Heimatländern wieder reintegriert werden und können nicht akzeptieren, dass am Ende durch Zuwanderung von Obdachlosen, vor allem jüngeren Obdachlosen, unsere Obdachlosen, die häufig psychisch sehr angeschlagen sind, aus den Einrichtungen verdrängt werden, weil sich das Klima in den Hilfeeinrichtungen verändert.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb tun wir sozialpolitisch das Richtige, wenn wir versuchen, zusammen mit deren Heimatländern die Reintegration in die sozialen und Bildungssysteme ihrer Heimatländer zu erzielen und nicht einen Zuzug in Sozialleistung in Hamburg organisieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir können uns über die Erfolge freuen, die wir haben. Wir müssen aber weitermachen und, was wichtig ist, partnerschaftlich weiter mit den Wohlfahrtsverbänden und den engagierten Bürgern zusammenarbeiten, die jedes Jahr Obdachlose im Winternotprogramm und im Alltag unterstützen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Nun fühle ich mich natürlich eingeladen, noch etwas zu sagen. Ich habe selbstverständlich nicht gesagt, dass die empirische Untersuchung zu einer Hatz auf osteuropäische Obdachlose einlädt, sondern dass Sie, wenn Sie die Hilfesysteme nicht richtig anpassen, das Risiko eingehen, dass es dann soweit kommen könnte, weil diesen Menschen nicht adäquat geholfen wird.

Herr Wersich, ich habe schon noch eine genaue Nachfrage, wie Sie das gemeint haben. Was heißt das denn, die müssen reintegriert werden in ihre

(Kersten Artus)

Heimatländer? Heißt das Abschiebung oder was meinen Sie damit? Ich finde grenzwertig, was Sie eben gesagt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde keine Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zum dritten Thema. Angemeldet von der Fraktion DIE LINKE: 60 Jahre Landesfrauenrat – Wann wird Hamburg wieder Gleichstellungshauptstadt?

– Wer wünscht das Wort? Frau Schneider.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Ich würde gerne den Antrag stellen, das Thema auf morgen zu verschieben!)

Das wird etwas schwierig, weil die Aktuelle Stunde um 16 Uhr 33 endet. Das heißt, wir haben noch so viel Redezeit,

(*Egbert von Frankenberg CDU:* Es muss ja nicht jeder reden!)

dass wir die Aktuelle Stunde zu diesem Thema heute durchführen könnten.

Frau Artus bekommt das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Liebe Aktive vom Landesfrauenrat, herzlichen Glückwunsch zum 60. Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Senat durfte bereits am Freitag auf einem Empfang gratulieren, die Bürgerschaft macht dies jetzt in ihrer Aktuellen Stunde. Wir feiern eine Institution, ohne die Hamburg anders aussehen würde. Die Aktiven im Landesfrauenrat haben zum Beispiel die Grundlagen für die Verbraucherschutzzentrale in Hamburg gelegt. Sie haben die Messe "Du und Deine Welt" initiiert, sie sind die Verleiherrinnen des Preises "Zitronenjette". Sie positionieren sich mit ihren konsequenten Wahlprüfsteinen zu jeder Wahl. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, dass die verschiedenen Interessen von Frauen in dieser Stadt gebündelt und vorangetrieben werden, die nun wirklich verschiedener nicht sein können – ob Ingenieurinnen, Unternehmerinnen, Hausfrauen, Gewerkschafterinnen, Christinnen, Parteipolitikerinnen und viele andere. Wir haben alle oft sehr spezifische Interessen.

Was uns Frauen alle eint, ist die systematisch strukturelle Benachteiligung, die durch das Patriarchat verursacht und aufrechterhalten wird. Auch heute sind wir trotz grundgesetzlicher Verankerung, trotz Gleichstellungsgesetzen und Quoten noch nicht da, wo wir hingehören, auf Augenhöhe mit den Männern. Immer noch steht ein Paragraph 218 im Strafgesetzbuch, der Abtreibung unter

Strafe stellt. Immer noch verdienen wir ein Drittel weniger, weil Männer sich gegenseitig höher schätzen und bewerten. Noch immer müssen wir Gewalt ertragen, weil wir zu wenige Möglichkeiten haben, uns rechtzeitig vom Partner zu trennen oder ihn vor die Tür zu setzen. Immer noch gibt es Doppelt- und Dreifachbenachteiligung, wenn wir einen Migrationshintergrund haben, wenn wir alt oder behindert sind, wenn wir Kinder bekommen.

Nun hat Hamburg seit dem 1. August eine "Arbeitsstelle Vielfalt". Sie soll, so der hohe Anspruch, Vielfachdiskriminierungen entgegenwirken. Ein Schwerpunkt ist die Frauengleichstellung und dass sie in der Justizbehörde angesiedelt ist, soll dem Ganzen ein Gefühl von stärkerer rechtlicher Durchsetzbarkeit geben. Die überwiegende Anzahl der feministisch aktiven Frauen in Hamburg fordert eine ganz andere Form zur Umsetzung der Gleichstellungspolitik – ein Senatsamt für Gleichstellung oder eine unabhängige Landesbehörde.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das damalige Senatsamt ist 2001 geschlossen worden. Vielen Feministinnen ist Hamburg bis dahin ein Vorbild gewesen. Heute hinkt Hamburg aber zum Beispiel dem kleinen Bremen in der Entwicklung hinterher, auch den Städten, die bereits ein Gender Budgeting verankert haben oder auch Berlin, wo es Masterpläne zur Umsetzung der Gleichstellung für alle Behörden und Bezirke gibt. Hamburg ist derzeit keine gleichstellungspolitisch attraktive Stadt für Frauen. Das spiegelt sich auch darin wider, wenn man einmal betrachtet, dass die Feiern zum 60. Geburtstag des Landesfrauenrates – neben einem Senatsempfang fand am letzten Sonnabend die Ostseefrauenkonferenz statt und am Sonntag die Herbstmahlzeit im Hotel Atlantik mit circa 400 Frauen – mit keinem einzigen Wort in der Presse erwähnt wurden.

(Zurufe von der CDU)

– Stellen Sie sich vor, das Matthiae-Mahl würde nirgendwo erwähnt werden, sehr geehrte Herren Kollegen Abgeordnete.

Übrigens wurde auch der 40. Geburtstag von pro familia Hamburg, der mit einer ganzen Festwoche im September begangen wurde, einfach vergessen, ausgeblendet, fiel unter den Tisch. Ich fand das peinlich, denn es war eine großartige Woche und pro familia ist eine großartige Institution, ohne die unsere Gesellschaft um einiges verklemmter wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Ob die "Arbeitsstelle Vielfalt" der Gleichstellung wieder mehr Gewicht verleiht, bleibt abzuwarten. Die Linksfraktion wird sie unterstützen, nicht nur bei ihren feministischen Gleichstellungsfragen, sondern auch bei ihrem Einsatz gegen Rassismus

(Kersten Artus)

und anderen Diskriminierungen. Wir werden sie aber kritisch begleiten. Wir sind skeptisch, ob die Stellen, die die Arbeitsstelle zur Verfügung gestellt bekommen hat, auch nur in Ansätzen ausreichen, um den formulierten Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag gerecht zu werden.

Zudem schließen wir uns den Forderungen des Landesfrauenrates an. Frau Christa Randzio-Plath, die Vorsitzende des Landesfrauenrates, sagte am Freitag bei dem Senatsempfang, dass sie sich als Geburtstagsgeschenk gewünscht hätte, die Justizbehörde wäre umbenannt worden. Ich sehe das ähnlich, wenn Sozial- und Gleichstellungsausschuss umbenannt werden, weil das Thema Gleichstellung gewechselt hat, die Justizbehörde aber künftig nicht Justiz- und Gleichstellungsbehörde heißen soll.

(Michael Neumann SPD: Die Justizbehörde schafft sich gerade ab!)

Die Linksfraktion der Hamburgischen Bürgerschaft hat sich nun auch überlegt, was man zu so einem großartigen Geburtstag überreichen kann. Wir möchten dem Landesfrauenrat daher unsere Große Anfrage zur Frauengesundheit widmen, die wir diese Woche eingereicht haben.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Artus, Sie sehen das rote Licht.

Kersten Artus (fortfahrend): Dann beende ich hier meine Rede. Vielleicht ergreife ich nachher noch einmal das Wort. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Koop.

(Olaf Ohlsen CDU: So, Karen, jetzt leg' mal los!)

Karen Koop CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 60 Jahre Frauenpolitik, 60 Jahre Landesfrauenrat. Wenn ich zurückblicke – ich mache das nun auch schon seit 30 Jahren –, dann hat sich eine ganze Menge verändert. Gerade habe ich meine Rede von der letzten Sitzung durchgelesen, wir haben dort bereits die Errungenschaften der letzten 30 Jahre in der Stadt besprochen. Wir wissen auch, dass die Gleichstellungspolitik eine Querschnittsaufgabe ist und dass Sie uns vorwerfen, dass man das Gleichstellungsamt abgeschafft hat, ist klar.

Die Gleichstellungspolitik muss sich auch den gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen. Wenn wir jahrzehntelang Gleichstellungspolitik als Synonym für Frauenpolitik gesehen haben, dann bedarf es jetzt einer Blickerweiterung. Alles hat seine

Zeit. Das war notwendig und ich stehe hinter allen Maßnahmen, die wir durchgedrückt haben. Auch die Kämpfe, die wir innerparteilich geführt haben und die wir weiter führen müssen, sind natürlich noch nicht zum Abschluss gekommen.

(Michael Neumann SPD: Zur Bildungspolitik kommen wir gleich!)

– Lieber Herr Neumann, auch bei Ihnen ist das nicht alles eitel Freud' und Wonne.

(Olaf Ohlsen CDU: Sehr schön!)

Wie gesagt, hat aber alles seine Zeit und wir müssen sehen, dass man dieser Wandlung in der gesellschaftlichen Betrachtung auch Rechnung trägt.

Der Gender-Gedanke hat an Bedeutung gewonnen und wir sind alle darüber erfreut, dass in den Behörden ein Gender Mainstreaming im Grunde genommen zur Selbstverständlichkeit geworden ist, zumindest verbal. Es gibt diese schöne Charakteristik von Ulrich Beck, der gesagt hat:

"... verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre."

Da muss natürlich noch eine ganze Menge getan werden. Keiner würde sich erlauben, über die Fraueninteressen hinwegzugehen, zumindest es anzudeuten.

Von der neu eingerichteten "Arbeitsstelle Vielfalt" verspreche ich mir viel. Gerade diese neue Ausrichtung mit der Verortung in der Justizbehörde steht dafür, dass die Frauenforderungen, die wir aus der Sozialbehörde in Bezug auf Bedürftigkeit sowie Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten kennen, eben auch in eine Rechtmäßigkeit gegossen werden. Wenn wir uns das AGG ansehen, dann ist es bisher wenig bekannt, wenig angewendet und es kann sich eine ganze Menge verfestigen, damit es wirklich zu dem Instrument wird, zu dem es eigentlich werden soll.

Frauenförderung im Sinne des Gender Mainstreaming heißt natürlich dann auch, dass wir neben den strukturellen Behinderungen von Frauen die Diskriminierung von Männern sehen, die sich in der Gesellschaft breitmacht. Die Gleichstellungspolitik ist Querschnittsaufgabe. Wir sehen das auch, wenn wir uns die Führungspositionen in den Behörden anschauen. Es findet eine Art leise Revolution statt, die noch nicht deutlich genug geworden ist, weil die Frauen nachrücken. Sie rücken deswegen nach, weil wir beim männlichen Nachwuchs gar nicht das Potenzial haben, das wir für die Führungspositionen brauchen. Wenn wir wissen, dass in fünf bis zehn Jahren eine halbe Million Führungspositionen nicht zu besetzen sind, wenn man nur auf männliche Nachwuchskräfte setzt, dann ist es vielleicht interessant, unseren eigenen, gut ausgebildeten Nachwuchs zu nehmen, bevor wir uns über die europäischen Grenzen hinaus aus Südostasien oder aus Osteuropa die ganzen Zu-

(Karen Koop)

wanderer holen müssen, die uns dann unsere gesellschaftlichen Schichten tragen.

Vielleicht sollte man über die Politik hinaus auch noch einmal in die Wirtschaft blicken, was sich dort mittlerweile getan hat. In einigen großen Firmen, auch in Hamburg, sind Frauen in die mittleren und höheren Stufen eingetreten. Das wird nicht groß propagiert, aber da ich immer sehr aufmerksam Zeitung lese, habe ich schon einen kleinen Ordner und weiß genau, wer als Frau jetzt wohin nachgerückt ist, damit man die sich auch einmal als Referentin holt.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Das ist aber noch ein ganz kleiner Ordner!)

Wir haben noch eine ganze Menge zu tun, ich habe das angedeutet. Wir sind auf einem guten Weg und ich habe die große Hoffnung, dass die Neuverortung der "Arbeitsstelle Vielfalt" uns weiter voranbringen wird und wir da auch einen parteiübergreifenden Konsens unter den Frauen haben. Das haben wir eigentlich schon seit 20 Jahren.

(Michael Neumann *SPD*: Aber auch unter den Männern!)

– Sehr schön, Herr Neumann. Das freut mich. Wenn wir das auch noch haben, dann können wir mit frohem Blick in die Zukunft sehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dobusch.

Gabi Dobusch *SPD*:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Landesfrauenrat wird 60, dazu natürlich auch von meiner Fraktion herzlichen Glückwunsch. Für eine Frau sind 60 Jahre ja noch kein Alter.

(Beifall bei der SPD)

Dazu natürlich auch ein herzliches Dankeschön an die vielen Frauen, die sich im Landesfrauenrat oft über Jahrzehnte hinweg engagiert haben und es heute noch tun. Der Landesfrauenrat hat es immer wieder geschafft, das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Abbaus von Benachteiligungen von Frauen, aber – Frau Koop, das halte ich auch hoch – auch der Notwendigkeit der Förderung von Frauen wach zu halten. Der Landesfrauenrat hat immer wieder Themen gesetzt und aufgegriffen, um der häufig vergessenen oder, ich würde sagen, bisweilen auch bewusst ausgeblendeten Frauenperspektive, nicht nur Genderperspektive, zu ihrem Recht zu verhelfen und, das ist die große Stärke des Landesfrauenrates, all dies über alle bestehenden konfessionellen, politischen oder sonstigen Unterschiede von Frauen hinweg. Ein aktuelles Beispiel ist in der Tat die Ostseefrauenkonferenz, an der Frau Koop und ich uns ganz aktiv beteiligt haben.

Sie wissen es, ich weiß es auch, dass die Gleichstellung der Frauen nicht erreicht und darüber auch nicht der Geist der Zeit hinweggegangen ist. Das ist ein Fakt: Wir haben sie nicht erreicht. In der Wirtschaft, sogar in unseren Amtsstuben, in den Vorständen, Aufsichtsräten und Gremien sieht es in puncto Gleichstellung weiterhin trübe aus. Wir haben darüber schon mehrfach debattiert und zumindest solange ich dieser Bürgerschaft angehöre, werden wir darauf auch immer wieder zurückkommen. Der Verdienstunterschied von Frauen beträgt auch in Hamburg satte 20 Prozent und das ist ungerecht.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus *DIE LINKE*)

Frauen werden, auch in Hamburg, bereits beim Berufseinstieg benachteiligt, das ist glatte Diskriminierung.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal ganz klar feststellen: Teilen dieser Gesellschaft – ich hoffe, sie ist nicht hier vertreten, auf jeden Fall aber in der Wirtschaft – fehlt offenbar jedes Unrechtsbewusstsein. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen all diese Appelle in Richtung mehr Selbstbewusstsein, Frauen sollten besser verhandeln, die in letzter Zeit vor allem aus konservativen Kreisen zu hören waren. Aus meiner Sicht ist das der blanke Hohn.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Mich jedenfalls macht es wütend und ich hoffe, dass es viele von Ihnen ebenfalls wütend macht, wenn uns Frauen erst für die gleiche Arbeit viel weniger bezahlt wird als den Männern und uns dann auch noch ein selbst schuld hinterhergerufen wird. Mit solchen Ratschlägen und anderen Unverbindlichkeiten muss Schluss sein. Wir brauchen endlich andere Handlungen. Objektive Methoden zur Feststellung von ungerechten Lohnunterschieden gibt es und wir müssen sie der Wirtschaft abfordern. Das muss endlich geschehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es gibt also in puncto Gleichstellung der Frauen noch viel zu tun. Übrigens brauchen wir uns nur selbst anzuschauen. Hier sitzen nur 33 Prozent Frauen und die sind auch noch recht ungleichmäßig verteilt, auch wenn das im Moment nicht so offensichtlich zu sehen ist wie immer bei diesen Themen. Zumindest aber würde ich sagen, wenn die rechte Hälfte ein bisschen nachbessern würde, wäre schon viel geholfen.

Ist also Hamburg unter diesem Senat, unter Schwarz-Grün, für Gleichstellung gerüstet? Sie werden verstehen, dass ich daran zweifle. Die Zeiten jedenfalls, als in Hamburg mit der Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst bundesweite Zeichen gesetzt wurden, sind lange vorbei. Und – die Kollegin Artus hat es schon er-

(Gabi Dobusch)

wähnt – es ist lange vorbei mit dem Senatsamt für die Gleichstellung. Das hatte 1991 übrigens 28 Stellen, um sich dieser Thematik zu widmen. Daran möchte ich angesichts der neuen "Arbeitsstelle Vielfalt" gerne noch einmal erinnern. Die neue "Arbeitsstelle Vielfalt" wird mit 17 Stellen für einen bunten Strauß von Antidiskriminierungstatbeständen zuständig sein, für Fördermaßnahmen für Frauen, für neue Männer, für neue Väter, gegen Rechtsradikalismus, für Lesben, Schwule, Transsexuelle, Intersexuelle. Sie wird tätig werden gegen Diskriminierung von Minderheiten und so weiter und so weiter. Ich kann gar nicht alles aufzählen, wofür diese 17 Menschen dann zuständig sein werden. Das wird ein wahrer Gemischtwarenladen.

(Antje Möller GAL: Genau das ist Vielfalt!)

Und das Ganze ist auch nur ein Projekt mit Projektcharakter. Es würde mich für die Menschen in unserer Stadt wirklich freuen, die große Erwartungen da hineinsetzen, wenn dank der wahrscheinlich wieder beschworenen Synergieeffekte und ohne nennenswerte Ressourcen, so würde ich das jedenfalls sehen, daraus dann mehr wird als eine grüne Wundertüte. Nun gut, mir fehlt ein bisschen der Glaube.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Dobusch, Sie haben das Licht registriert und die Glocke gehört. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Gabi Dobusch (fortfahrend): Apropos, was ist mit dem Gender Budgeting, darauf warten wir auch noch. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich möchte an dieser Stelle vonseiten der GAL-Fraktion dem Landesfrauenrat in Hamburg noch einmal recht herzlich, wenn auch leider ein bisschen nachträglich, zum 60-jährigen Bestehen gratulieren

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

und mich im Zuge dessen auch noch einmal bei allen aktiven Frauen und Mitgliedsorganisationen ganz herzlich bedanken. Diese Frauen im Landesfrauenrat haben sich in den letzten 60 Jahren wirklich kontinuierlich für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen eingesetzt und ich glaube, das hat die Hamburger Politik immer zu spüren bekommen.

Sei es bei den Kürzungen 2002 bis 2006 oder auch jetzt, wo wir die "Arbeitsstelle Vielfalt" einrichten, jederzeit können wir vom Landesfrauenrat eine kritische, konstruktive Begleitung feststellen.

Zurück zu der Frage, die diese Debattenanmeldung der LINKEN beinhaltet: Wann wird Hamburg wieder Gleichstellungshauptstadt? Das wollen wir sehr, sehr bald wieder sein, liebe Frau Artus. Ich glaube, ich muss nicht betonen, ich tue es aber trotzdem, dass der GAL dieses Thema ein wichtiges Anliegen ist. Die Gleichstellung von Frauen ist von jeher ein Kernziel grüner Politik und mit der Frauenquote und der Mindestparität haben wir in Deutschland auch wichtige Zeichen insgesamt gesetzt.

(Beifall bei der GAL)

Man kann sagen, dass wir uns im Themenfeld der Gleichberechtigung in Hamburg als Regierungspartei einiges vorgenommen haben, um Präsenz, Teilhabe und auch die soziale Situation von Frauen deutlich zu verbessern. Zum einen – Sie haben sie bereits angesprochen – wird jetzt die neu eingerichtete "Arbeitsstelle Vielfalt" ihre Arbeit aufnehmen und wir werden damit zeigen, dass Geschlechterpolitik nicht nur ein hartes Politikfeld ist, sondern vor allem ein Querschnittsthema. Es ist kein bunter Strauß, wie Frau Dobusch es gerade gesagt hat, sondern Vielfalt heißt für uns, dass Geschlechterpolitik Grundlage aller Anstrengungen in allen Politikfeldern sein und werden muss.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Es ist ein wichtiges Zeichen, dass diese neue Stelle bei der Justizbehörde angedockt ist, denn ohne die Justizbehörde geht im Senat bekanntermaßen nicht viel.

(Zurufe von der SPD: Oh! und Heiterkeit und vereinzelter Beifall)

– Vielen Dank. Applaus von der Opposition freut mich besonders.

Ich möchte noch einmal konkret auf die Frauenpolitik in dieser Stadt zurückkommen. Frauen tragen noch immer eine große Last, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen bringt auch mehr wirtschaftliche Dynamik und mehr Stabilität in die sozialen Sicherungssysteme. Deshalb muss dies ein wichtiges Anliegen in der Frauenpolitik sein und das ist es bei uns mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung, mit der Umsteuerung hin zu Ganztagschulen und auch mit gezielten arbeitspolitischen Maßnahmen in den einzelnen Quartieren. Wir haben uns im Koalitionsvertrag außerdem vorgenommen, die gleichberechtigte Teilhabe zu stärken und Konzepte dafür zu erarbeiten, dass in Zukunft Frauen und Männer jeweils zu mindestens 40 Prozent in allen

(Linda Heitmann)

Gremien und Leitungspositionen in dieser Stadt vertreten sind. Ein weiterer wichtiger Schritt, den ich noch erwähnen möchte, ist das interkulturelle Frauenwirtschaftszentrum, das das bisher vernachlässigte Existenzgründungspotenzial von Frauen direkt in den Fokus nimmt.

Neben diesen Maßnahmen muss ich mit einem weinenden Auge sagen, dass leider auch der Bereich Schutz von Frauen vor Gewalt immer noch ein wichtiger Teil von Frauenpolitik ist. Auch in diesem Bereich setzen wir uns als schwarz-grüner Senat ein, wenn wir interkulturelle Gewaltberatungsstellen stärken, ein Wohnprojekt für von Zwangsheirat bedrohte Frauen einrichten oder – darüber haben wir in der Aktuellen Stunde vor Kurzem diskutiert – einen Runden Tisch Sexuelle Dienstleistungen einrichten, der mittlerweile seine Arbeit aufgenommen hat.

In Hamburg wird und wurde gerade einiges angestoßen in diesem Themenbereich. Natürlich entbindet uns das nicht von der Pflicht zu sehen, dass auch auf Bundesebene noch einiges zu tun ist. Individualbesteuerung statt Ehegattensplitting,

(Glocke)

Vätermonate oder Quotenregelung – ich komme zum Schluss – sind wichtige Bereiche, die noch angepackt werden müssen. Was wir in Hamburg aufgreifen können, wollen wir aufgreifen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heitmann, Ihre Redezeit ist wirklich abgelaufen.

Linda Heitmann (fortfahrend): – Vielen Dank!

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Steffen.

(*Michael Neumann SPD:* Ohne den nichts läuft!)

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auch von dieser Stelle noch einmal, wie meine Vorrednerin, dem Landesfrauenrat zum 60. Geburtstag gratulieren. Ich hatte schon zweimal Gelegenheit dazu, einmal beim Senatsempfang am Freitag und einmal bei der Ostseefrauenkonferenz am Samstag. In der Tat war das eine hochinteressante und sehr gelungene Veranstaltung, die auch hochkarätig besetzt war und sehr viele interessante Erkenntnisse aus vielen europäischen Staaten nach Hamburg gebracht hat. Auch an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an den Landesfrauenrat für die Organisation und für diesen Transfer von Wissen und Erfahrung nach Hamburg.

(Beifall bei der GAL und der CDU und bei *Ingo Egloff* und *Michael Neumann*, beide SPD)

Wenn wir über Hamburg und Gleichstellungspolitik reden, dann ist es interessant, sich die Geschichte anzuschauen. Die Geschichte ist in der Tat auch beeindruckend. 1979 wurde die Leitstelle Gleichstellung der Frau eingerichtet. Das war damals bundesweit die erste ihrer Art und der Beginn der staatlichen Frauen- und Gleichstellungspolitik, ein wichtiger Punkt und auch eine ganz wichtige Tradition.

Ein weiterer Meilenstein war 1991 das Gleichstellungsgesetz für den hamburgischen öffentlichen Dienst, damals bundesweit führend in der Frauenpolitik. Das ist natürlich auch ein wichtiger Bezugspunkt in der Geschichte der Gleichstellungspolitik Hamburgs.

Richtig ist aber auch, dass die Auflösung des Senatsamts für die Gleichstellung, in das die Leitstelle Gleichstellung der Frau dann nach mehreren Jahren übergegangen war, ein Rückschritt war, der natürlich auch ein Rückschritt für die Gleichstellungspolitik insgesamt bedeutete. Wir wollen mit der Arbeitsstelle Vielfalt anknüpfen an diese Tradition, Gleichstellungspolitik beim Senat zu verankern als Querschnittsaufgabe, und damit auch einen Ansatz von Geschlechterpolitik zu verfolgen, der Frauenförderung und Gender Mainstreaming miteinander verbindet, zwei in der Tat unterschiedliche Themen, die aber meiner Überzeugung nach zusammengehören.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Unser Anspruch als Hamburger Senat ist es, der Gleichstellungspolitik in Hamburg wieder eine hervorgehobene Position zu verschaffen. Das politische Ziel, das wir damit verfolgen, ist eine gleichberechtigte Gesellschaft und es ist auch mein ganz persönliches Anliegen.

Wenn wir über Gleichstellungspolitik reden, dann reden wir natürlich auch sehr intensiv über das Thema Frauenförderung. Das ist nach wie vor auf der Tagesordnung, wir müssen nach wie vor Instrumente der Frauenförderung erhalten, neue entwickeln, bewährte Instrumente weiterentwickeln. Von Gleichstellungspolitik profitieren natürlich auch in erster Linie Frauen, weil in puncto Gleichstellung Frauen nach wie vor in der Summe benachteiligt sind. Deswegen sind hier auch hauptsächlich die politisch Aktiven, deswegen ist der Landesfrauenrat nach wie vor eine sehr starke politische Organisation, eine der stärksten, die wir in Hamburg haben. Ich glaube aber auch, dass wir Männer in die Gleichstellungspolitik stärker einbeziehen müssen. Wir müssen Männer begreifen als Akteure und als Profiteure in der Gleichstellungspolitik,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Senator Dr. Till Steffen)

als Akteure, weil ich überzeugt davon bin, dass die richtigen Anliegen, die von frauenpolitischen Organisationen seit Jahren immer wieder nach vorn gebracht werden, nicht weiter nach vorn kommen werden, wenn Männer sich diese Fragen nicht auch zum Anliegen machen werden. Deswegen müssen auch Männer zu Akteuren in der Gleichstellungspolitik werden. Ich glaube aber auch, dass diese Erkenntnis ein sehr wichtiger Hebel sein kann. Es gibt eine ganze Reihe von Bereichen, in denen die fehlende Gleichstellung zulasten von Männern geht, wo auch Männer benachteiligt sind, womit ich nicht sagen will, dass Männer stärker oder gleich stark benachteiligt sind; das wäre Unsinn. Es gibt aber Bereiche, in denen Männer sich benachteiligt fühlen aufgrund der gegenwärtig geltenden Rollenbilder,

(Olaf Ohlsen CDU: Das kennen wir schon!)

und da sticht natürlich die Frage ins Auge, welche Rolle Männer bei der Kindererziehung haben und welche Rolle ihnen auch zugestanden wird. Das wirkt sich auch in der Situation auf dem Arbeitsmarkt aus, weil natürlich nach wie vor die bestehenden Instrumente, die bestehenden Angebote für Männer, sich an Familienarbeit zu beteiligen, an der Erziehung zu beteiligen, von Männern weniger genutzt werden, aber sie werden auch weniger akzeptiert, wenn sie von Männern benutzt werden. Das ergibt sich aus wissenschaftlichen Untersuchungen, aber auch aus ganz konkreten Beispielen. Mir ist gerade am Rande der Frauen-Ostsee-Konferenz noch einmal ein Beispiel aus meinem eigenen Bereich geschildert worden, wo einem jungen Richter gesagt wurde, dass doch als aufstrebender junger Richter momentan der falsche Zeitpunkt sei, Elternzeit zu nehmen. Da müssen wir natürlich an das Verständnis von Vorgesetzten appellieren, das ist eine sehr zentrale Aufgabe.

Wir haben aber auch eine sehr spannende Sache gehört. Die norwegische Staatssekretärin sagte am Samstag, ohne dass dies bislang schon wissenschaftlich nachgewiesen wäre, dass die Kombination der Förderung von Frauen in der Arbeitswelt und der Förderung von Männern bei der Familienarbeit zufällig zusammenfallen mit einem rapiden Absinken der Scheidungsrate in Norwegen. Wenn wir diesem Gedanken nachgehen, machen wir deutlich, welcher Nutzen darin für Männer und für die Gesellschaft insgesamt liegen kann.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Jetzt ist hier gesagt worden, die Personalausstattung der "Arbeitsstelle Vielfalt" sei zu gering, um dieses wichtige Themenfeld zu bearbeiten. Das müssen Oppositionsfraktionen natürlich einerseits immer sagen, aber ich finde es richtiger, nicht erst einmal einen Riesenpool von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu schaffen und dann zu schauen, welche Aufgaben wir uns vornehmen, sondern ich finde es vernünftiger, mit einem in der Tat vielleicht

auch bescheideneren Personalumfang anzufangen. Wenn wir dann merken, dass dies nicht ausreicht und das auch begründen können, müssen wir natürlich in die Nachforderung weiterer Personalressourcen gehen. Das wäre mein Verständnis im Umgang mit Haushaltsmitteln in einer Zeit, wo wir uns fragen müssen, wie wir die Konsolidierung des Hamburger Haushalts angesichts der vor uns stehenden Herausforderungen insgesamt meistern wollen.

Ich bin auch nicht überzeugt davon – das war auch ein Kritikpunkt –, dass uns Bremen hier zum Beispiel strukturell voraus ist. Bremen hat einfach ein ganz anderes Modell geschaffen. Bremen hat ein Modell geschaffen, bei dem die Frauenlobby staatlich institutionalisiert ist. Wir verfolgen – das war auch immer die Linie des Senatsamts für die Gleichstellung –, dass der Senat selbst dafür Sorge zu tragen hat, dass Gleichstellungspolitik durchgesetzt wird und in den Strukturen des Handelns des Senats Gleichstellungspolitik verankert wird. Deswegen ist auch der Vergleich nicht ganz richtig und ich bin überzeugt davon, dass eine staatlich finanzierte Lobby und die strikte Orientierung an der Gleichstellung das Handeln des Senats nicht ersetzen kann.

(Beifall bei der GAL)

Ich komme konkret zu einigen Vorhaben, die wir uns vorgenommen haben. Das eine ist auch schon mehrfach benannt worden, die Frage, wie wir es schaffen, dass in Gremien öffentlicher Unternehmen und in Gremien der öffentlichen Verwaltung mehr Frauen vertreten sind. Das ist natürlich nichts, was man erreicht, indem man in dem Moment der formalen Entscheidung fragt, ob es nicht auch noch eine Frau gegeben hätte. Das ist natürlich etwas, das durch ein vernünftiges Instrumentarium der Frauenförderung vorbereitet werden muss, eine Aufgabe, die wir uns für die "Arbeitsstelle Vielfalt" vorgenommen haben.

Ein zweites Stichwort, das auch angesprochen wurde, ist das Gender Budgeting. Das ist ein sehr wichtiges Instrument, wenn es um Geld und die ernsthaften politischen Fragen geht. Wir in der Justizbehörde sind Pilotbehörde beim neuen Haushaltswesen, das insgesamt bezweckt, den Haushalt nach Zielen zu steuern, und wir werden im Rahmen unseres Pilotprojektes das Gender Budgeting implementieren. Es ist bislang nicht in der Drucksache, wir haben uns das aber vorgenommen und die daraus zu erzielenden Erkenntnisse werden auch für die anderen Behörden wichtig sein.

Das Pay Gap, also die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, ist ein ganz zentrales Thema der Gleichstellungspolitik. Hier werden wir zum einen eine Analyse für die Freie und Hansestadt Hamburg selbst machen und mit dem Personalamt eng kooperieren.

(Senator Dr. Till Steffen)

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Artus?

Senator Dr. Till Steffen: Ja.

Zwischenfrage von Kersten Artus DIE LINKE: Bevor ich es vergesse und Sie sich wieder setzen: Wird die Behörde noch umbenannt werden?

Senator Dr. Till Steffen (fortfahrend): Die Frage setzt eine Senatsentscheidung voraus und der kann ich natürlich nicht vorgreifen.

(*Michael Neumann SPD:* Aber ohne Justizbehörde läuft nichts!)

Wir müssen uns auch für die öffentliche Verwaltung über Frauenförderungsinstrumente unterhalten. Aber zentrale Herausforderung der Gleichstellungspolitik ist auch die Frage, wie wir Gleichstellung bei der Bezahlung in der Privatwirtschaft hinbekommen. Da zeigen uns die skandinavischen Staaten sehr gute Vorbilder, sehr klare Instrumente. Das müssen wir für Deutschland auswerten und wir müssen sehr genau überlegen, welche Möglichkeiten bestehen, wie wir hier Geschlechtergerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg miteinander verknüpfen können.

Ich bin überzeugt davon, dass Hamburg von aktiver Gleichstellungspolitik profitiert. Es profitieren Frauen und Männer, es profitiert der Einzelne und die Einzelne, aber es profitiert auch die Gesellschaft, weil wir wichtige Potenziale in unserer Gesellschaft nicht ungenutzt lassen wollen. Und deswegen gehen wir dieses Thema engagiert an und es freut mich sehr, dass Sie uns dabei unterstützen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich Frau Heyenn das Wort gebe, möchte ich noch einmal aus gegebenem Anlass daran erinnern, dass das mit zehn Minuten natürlich die doppelte Redezeit war, die ein Abgeordneter hier zur Verfügung hat.

Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: * Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 60 Jahre Landesfrauenrat heißt auch 60 Jahre Frauenpolitik. Sie haben davon 30 auf dem Buckel, ich auch so ungefähr, das ist aber das Einzige, was wir gemeinsam haben. Dies heißt im Grunde 120 Jahre Frauenbewegung, wenn wir auf August Bebel zurückgehen.

Frau Koop, Sie haben für sich die Bilanz gezogen, wir seien auf einem guten Weg. Ich sehe das ein

bisschen pessimistischer. Ich finde es sehr bedenklich, dass wir immer noch veröffentlichte Zahlen haben, die belegen, dass Frauen in gleichen Berufen ungefähr 20 Prozent weniger Gehalt bekommen. Viele von den Frauen, die hier sitzen, wissen auch, dass Frauen, um bestimmte Positionen zu bekommen, meistens doppelt so gut sein müssen wie Männer. Und immer bei Frauen wird gesagt, wie sieht die denn aus oder was hat denn die Bundeskanzlerin für eine Frisur. Das haben wir bei Männern noch nie gehört, das ist immer noch sehr gängig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Diese Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist schon jahrzehntealt und wir kommen hier nur im Schnecken tempo voran; das geht mir zu langsam. Wenn in der Universität die Studiengänge beginnen, gibt es über 50 Prozent Frauen. Gut 40 Prozent Frauen sind Doktorandinnen und dann wird es eng. Dann sind nur noch 4 Prozent Professorinnen. Wir haben in der Universität immer noch die gläserne Decke und das ist ein Zustand, der so nicht hinzunehmen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben in den Veranstaltungen vom Landesfrauenrat am Wochenende gehört, dass wir überwiegend ältere Frauen sind – ich bin zufällig genauso alt wie der Landesfrauenrat – und festgestellt, dass viele junge Frauen nicht anwesend sind. Die jungen Frauen, die heute ins Berufsleben starten und Karriere machen wollen, finden die Vorstellung, dass sie gefördert werden müssen, um in bestimmte Positionen zu kommen, absolut diskriminierend. Wir von der LINKEN sind der Meinung – das haben wir teilweise selbst sehr schmerzhaft durchmachen müssen –, dass wir diesen Zustand nur über eine Quotierung in Politik und Gesellschaft ändern können.

(Beifall bei Kersten Artus und Mehmet Yildiz, beide DIE LINKE)

Sie haben davon gesprochen, dass es eine leise Revolution gäbe, aber Ihre Revolution ist mir zu leise, ich höre sie kaum. Wenn ich zum Beispiel vor zehn Jahren im Fernsehen die Tagesschau mit Berichten von Kommissionen und Kongressen gesehen habe und dies mit heute vergleiche, dann fällt mir auf, wie sehr der Anteil von Frauen zurückgegangen ist.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ist ja unglaublich!)

Das ist für mich sehr deutlich und da nützt auch dieses Gruppenbild mit Dame mit Frau Merkel und den anderen Präsidenten Europas gar nichts. Es sind einfach zu wenige Frauen in diesen Positionen, das ist sogar zurückgegangen, hier haben wir keinen Fortschritt gemacht.

Wir fordern gleiches Recht auf Besetzung von Positionen, darauf wollen junge Frauen auch einen

(Dora Heyenn)

Anspruch haben. Sie haben davon gesprochen, Frau Koop, wir könnten nachrücken. Wir wollen als Frauen nicht nachrücken, wir wollen ein ganz normales Recht darauf haben, dass wir Positionen genauso besetzen und in Berufe gehen können wie Männer. Wir wollen nicht gnädigerweise, weil jetzt Platz ist, auch Platz nehmen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Herbstmahlzeit hat die Vorsitzende, Frau Randzio-Plath, ironisch davon gesprochen, wenn die Gleichstellung von Frauen durchgesetzt werde, würde sich der Landesfrauenrat auflösen. Wir fürchten alle, dass das noch sehr lange dauern wird und dass wir hier es wahrscheinlich gar nicht mehr erleben werden. Frau Artus hat davon gesprochen, dass wir dem Landesfrauenrat ein Geburtstagsgeschenk machen. Wir haben aber auch Wünsche an den Landesfrauenrat, weil wir davon ausgehen, dass er noch viel Arbeit vor sich hat. Wir würden uns wünschen, dass der Landesfrauenrat unsere Forderung, den 8. März zum Feiertag in Hamburg zu machen, übernehmen würde.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Meine Damen und Herren! Wir haben nicht immer das Vergnügen, über solche reizenden Themen debattieren zu können. Daher nehme ich jetzt tatsächlich die Gelegenheit wahr, noch einen Satz nachzuschieben, zumal sich die Reihen hier rechts wieder gefüllt haben.

Meine Herren, jetzt ganz ausdrücklich: Vielleicht erinnern Sie sich an das Wort – Sie haben es bei der letzten Debatte noch einmal gehört – homosoziale Reproduktion. Hier ging es darum, dass Sie immer die Flucht ergreifen, wenn wir über Themen sprechen, die Ihnen irgendwie merkwürdig vorkommen. Dies ist im Zuge dieser Debatte auch wieder der Fall gewesen und vielleicht überlegen Sie einmal, dass es für Sie auch eine gute Geschichte wäre, wie der Senator angemerkt hat, sich mit Gleichstellung auseinanderzusetzen. Herr Wersich nimmt immer wieder Bezug auf die sieben Jahre, die Sie kürzer leben. Gleichstellung hat durchaus auch für Sie etwas zu bieten. Bitte beschäftigen Sie sich damit.

(Heiterkeit bei der LINKEN und der GAL –
Antje Möller GAL: Das ist aber ein bisschen unfair!)

Ansonsten bin ich sehr erfreut über den Verlauf der Debatte. Einer der Punkte, auf den wir uns am Ende der Frauen-Ostseekonferenz alle fraktionsübergreifend einigen konnten, war, dass wir jetzt wieder ganz dringend eine zweite, dritte oder vierte Frauenbewegung brauchen. Und ich glaube, wir

erleben hier gerade wieder die Auferstehung so einer Bewegung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Morgen werden wir mit dem Punkt 34 der Tagesordnung beginnen.

Wir kommen zu Punkt 29 der Tagesordnung, Drucksache 19/4150, dem Bericht des Schulausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes.

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/3195:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes (Senatsantrag)
– Drs 19/3195 –]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 19/4252 ein Antrag der SPD-Fraktion sowie als Drucksachen 19/4255 und 19/4256 zwei Anträge der GAL-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Unsere Ziele – Bessere Bildung durch bessere Schulreformen
– Drs 19/4252 –]

[Antrag der Fraktion der GAL:

Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes
– Drs 19/4255 –]

[Antrag der Fraktion der GAL:

Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes
– Drs 19/4256 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Freistedt, bitte.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete! Heute diskutieren wir eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben der Koalitionsparteien CDU und GAL. Dies ist ein großes Gesetzeswerk, das seine Bedeutung weit über den Stadtstaat Hamburg hinaus hat, und es bezeichnet sicherlich einen tiefen Einschnitt in die Bildungslandschaft Deutschlands. Um es vorweg zu sagen: Für die CDU sind der soziale Gedanke und der Leistungsgedanke Eckpfeiler des politischen Denkens und Handelns. Dies ist auch die Motivation für uns, diesem Reformwerk zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wer in diesem hohen Haus die bildungspolitischen Gesetze und Maßnahmen Revue passieren lässt, der wird an die Debatten um die flächendeckende Einführung und Ausbreitung der Gesamtschule, übrigens auch unter Beteiligung der FDP, erinnert. Einige Kollegen werden sich an die Einführung der

(Marino Freistedt)

gesicherten Halbtagsbetreuung, die Einführung der ersten Fremdsprache Englisch in der Grundschule oder auch an die wichtigen PISA-Debatten erinnern. Darüber gab es immer wieder Streit. Schule nimmt eben als System gesellschaftliche Neuorientierungen sehr schnell und sehr kontrovers wahr.

Heute debattieren wir die Abkehr vom gegliederten Schulwesen traditioneller Art. Heute ziehen wir einen Schlussstrich unter die vielen, leider häufig auch wenig erfolgreichen Verbesserungen und Korrekturen am bisherigen Schulsystem. Heute ist tatsächlich die Zeit gekommen, das Gute zu bewahren und neue Wege zu beschreiten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Heute geben wir kein pädagogisches System auf, das unumstritten ist. Heute legen wir den Grundstein für ein Schulsystem, das den Herausforderungen der Zeit, den Lebens- und Bildungsverhältnissen der Schüler und den Erfordernissen einer Leistungsgesellschaft in einer globalisierten Welt entsprechen muss.

Unserem Ersten Bürgermeister Ole von Beust und unserer Schulsenatorin Christa Goetsch ist es in erster Linie zu verdanken, dass zwei Parteien mit unterschiedlicher Geschichte und unterschiedlichen Bildungszielen zueinander gefunden haben. Für die CDU, so gestehe ich, war und ist dieses kein einfacher Prozess. Als Vater von drei schulpflichtigen Kindern weiß ich mich auch mit meiner Familie einig, dass neue Herausforderungen auf Erziehung und Bildung, aber auch auf ein neues Verständnis von Schule und Elternhaus zukommen. Als Lehrer und Pädagoge sehe ich die großen Chancen, ich verschweige aber auch nicht die Risiken. Niemand in diesem Haus kann übersehen, dass die Ergebnisse unserer Kinder und unserer Schülerinnen und Schüler neben willkommenen, guten, ja sehr guten Ergebnissen und Leistungen auch schwache Ergebnisse gezeigt haben.

Vor wenigen Jahren haben wir uns in der Enquete-Kommission mit den Risikoschülern beschäftigt und als eine Verbesserung dieser Schulsituation die Stadtteilschule vorgeschlagen. Diese Idee, propagiert von der damaligen Schulsenatorin Dinges-Dierig und der CDU, war pädagogisch sinnvoll und notwendig.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Jetzt erfolgt die Umsetzung gerade in der Verantwortung einer Partei, die damals, das bekenne ich, sicherlich kritischer dieser Stadtteilschulidee gegenüberstand als heute. Aber es zeigt sich, dass das Gute abgewogen wird und das Gute und das Wertvolle auch beibehalten werden.

So wie wir hat auch der Koalitionspartner Abschied von traditionellen pädagogischen Konzepten ge-

nommen. Ich möchte ganz kurz daran erinnern, dass wir natürlich das Wahlkonzept Neunmalklug kennen.

(Zuruf aus dem Plenum: 9 macht klug! – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– 9 macht klug, das war eine freudsche Fehlleistung.

Aber ich betone, wenn ein Koalitionspartner von solch einer Idee Abschied nimmt, weil er sagt, wir wollen eine gemeinsame Koalition bauen und wir achten und respektieren auch den Koalitionspartner, dann finde ich das einen großen Schritt, den der Koalitionspartner auf die CDU hin gemacht hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Dieses Umdenken ist es, was unsere Gesellschaft benötigt. Wir dürfen auch pädagogisch nicht nur auf Altes hoffen, sondern müssen unseren Kindern Chancen durch besseres und längeres gemeinsames Lernen eröffnen. Positionen müssen neu überdacht werden. Die 116 Artikel zum Schulgesetz sind ein Beispiel für neues Denken und neues schulpolitisches Handeln. In diesem Schulgesetz werden Anforderungen an ein längeres, gemeinsames Lernen festgeschrieben. Die neue Primarschule ist im Gegensatz zur erweiterten Berliner Grundschulzeit eine neue pädagogische Herausforderung. Von Klasse 4 bis zur Klasse 6 werden im gemeinsamen Unterricht sekundarstufenerfahrene Lehrer und bisherige Grundschullehrer zusammenarbeiten. Damit wollen wir erreichen, dass der Übergang von der Primarpädagogik zur Sekundarpädagogik fließender wird und es nicht, wie es so häufig der Fall war, zu Bruchsituationen nach Klasse 4 kommt.

(Beifall bei Dr. Eva Gumbel GAL)

Lassen Sie mich aber auch noch Stellung nehmen zu Fragen der Lernwegeauswahl nach sozioökonomischen Faktoren, weil dieses auch häufig diskutiert wird. Ich vermeide ganz bewusst hier das Wort Selektion, weil dies in der deutschen Geschichte einen ganz andersartigen Stellenwert bekommen hat.

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Hamburg zeigt als Metropolestadt mit einem hohen Migrantenanteil, dass das bisherige traditionelle drei- oder viergliedrige Schulsystem mit vielen Verstärkungen gerade leistungsschwachen Schülern zu wenig Anreize gegeben hat, und das trotz enormer Anstrengungen vonseiten der Lehrkräfte. Ich will deutlich sagen, dass dies keine Kritik an den Lehrkräften ist, sondern eine Bestandsaufnahme aufgrund der Ergebnisse.

Wir als CDU sagen Ja zum längeren gemeinsamen Lernen, wir sagen aber Nein zum gemeinsamen Lernen von Klasse 1 bis 10. Deshalb will ich

(Marino Freistedt)

auf eine aktuelle Debatte der SPD hinweisen, die ich mit Erstaunen heute im Schulausschuss zur Kenntnis genommen habe, einschließlich der Anträge. Ich habe da den Eindruck, dass gerade das gemeinsame Lernen von Klasse 1 bis 10 zum Bestandteil gemacht werden soll und damit zum Beispiel das Gymnasium aufgelöst wird und dem würden wir nie zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion stimmt diesem Gesetzesvorhaben,

(Zuruf von der SPD)

diesem Schulgesetz nach intensiver und nicht immer konfliktfreier Diskussion deshalb zu, weil wir in der Koalition in wichtigen Fragen übereinstimmen. Pädagogisch wird es in dieser Schulreform nicht um das Prinzip ausschließlicher Binnendifferenzierung gehen. Begabungs- und leistungsdifferente Schülergruppen werden zeitweise, um die Individualisierung unserer Meinung nach besser zur Geltung zu bringen, auch stattfinden. In wichtigen Fächern werden wir das durchführen können, dies ist ein Erfolg der CDU.

(Zuruf von Wilfried Buss SPD)

Alle, die glauben, dass die Binnendifferenzierung ausschließliches pädagogisches Handwerk sein muss, seien auf die KMK-Beschlüsse verwiesen, die für die Abschlussjahrgänge dieses Prinzip eben nicht vorsehen. Wir als CDU treten für diese Reform ein, weil wir in das Gesetz schreiben konnten, dass die Schulformen zur Kooperation bei ihren Übergängen verpflichtet sind. Erfreulicherweise wird es Bildungskonferenzen geben und die Konferenzen in der Primarschule, besetzt mit den Grundschullehrern und auch mit den Lehrern aus der Sekundarstufe I, die zum Beispiel von Gesamtschulen und von Gymnasien kommen, arbeiten zusammen und dies wird die Qualität des Unterrichts insbesondere in den Klassen 4, 5 und 6 befördern. Es ist wichtig, dass die Verkürzung der Sekundarschulzeit in der Stadtteilschule und im Gymnasium nicht zu einer Einbuße des schulischen Lernens führt.

Die Zusammenarbeit von Eltern, Lehrern und Schülern wird auf eine neue und bessere Stufe gestellt, weil verbindliche Halbjahresgespräche stattfinden, die genauere Lernstände der Schüler beschreiben. Neben den Noten einer Klassenarbeit, die es natürlich auch weiterhin gibt, werden skalierte Kompetenzraster eingeführt, die wesentlich deutlicher und besser Auskunft geben über Lernergebnisse, als es bisher die reine Zeugnisnote gewesen ist. Dies ist ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Eltern werden bei diesem System in die Mitverantwortung genommen.

(Zuruf von Dirk Kienscherf SPD)

Diese neuen Bewertungsformen werden schwerpunktmäßig in diesen Monaten und in den nächsten Jahren im Rahmen der Lehrerfortbildungssoffensive vorgestellt, trainiert und durchgeführt. Dieses wird auch den Lehrern und den Eltern erklärt.

Lassen Sie mich zu einem anderen Thema kommen. Widersprüche gegen die Nichtzulassung zum Gymnasium werden natürlich juristisch als auch im Widerspruchsverfahren geklärt werden können. Eine Probezeit – deshalb haben wir uns für diese Form in Klasse 6 entschieden –, eine Art Beobachtungsstufe nach Klasse 6, also in den Klassen 7 und 8 eines Gymnasiums, kann es bei der verkürzten Gymnasialzeit unserer Meinung nach nicht geben, dies ist wenig sinnvoll und es würde auch dem Sinngehalt gymnasialer Bildung widersprechen. Deswegen haben wir dies auch nicht ins Gesetz geschrieben.

(Zuruf von Dirk Kienscherf SPD)

Wir haben gleichzeitig allerdings auch den Eltern der Einschulungsjahrgänge 2007, 2008 und 2009 das Recht eingestanden, gegebenenfalls nach Klasse 3 ihre Kinder in der Primarschule wechseln zu lassen. Sie finden die Regelungen entsprechend in unserem Gesetzesentwurf, den wir heute hoffentlich verabschieden.

Wir haben immer wieder gesagt, wegen dieser Schulreform werden keine Gymnasien geschlossen; dazu steht die CDU auch weiterhin.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Gymnasien werden zahlenmäßig kleiner, mit weniger Schülern arbeiten, aber diese Schüler werden dann auch konsequent wieder zur Hochschulreife geführt. Dieses Ziel ist im ganzen Haus ein gemeinsames Ziel, denn alle hier in der Bürgerschaft vertretenen Parteien möchten, dass wir mehr Abiturienten haben. Deswegen entwickeln wir die Stadtteilschule auch so, dass sie mit einer dreijährigen gymnasialen Oberstufe ebenfalls zum Abitur führt. Im Unterschied zum Gymnasium werden dort verstärkt schon in der Mittelstufe, in der Sekundarstufe I also, berufliche Qualifikationen und berufsvorbereitende Maßnahmen, die sich schon an vielen Gesamtschulen, aber auch an Gymnasien bewährt haben, durchgeführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Presse konnte man lesen, dass gesagt wurde, dies sei ein überfallartiger Prozess. Dieser Schulprozess ist demokratisch durchgeführt worden mit einer breiten Beteiligung von Schulen, sicherlich hier und da auch mit einigen Startfehlern versehen. Er hat aber zu einem enormen Schub an Innovationsbereitschaft, an Kooperation und an Konsensbildung geführt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

(Marino Freistedt)

Ich danke allen Beteiligten in diesem schwierigen Prozess, aber ich bedanke mich auch bei der Behördenleitung, dieses entsprechend durchgeführt zu haben, denn das war für uns alle eine neue Erfahrung. Für die CDU ist es wichtig, dass Rahmenbedingungen, die unserem Grundkonsens als konservative und gleichzeitig sozial ausgerichtete Partei, die den Leistungsgedanken nicht verschmäht, entsprechen, in der Schulreform zum Ausdruck kommen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Diese Forderung sehen wir inhaltlich und auch personell erfüllt. Unser Koalitionspartner unterstützt im Bildungsbereich die vorgelegten Anforderungen an eine zukunftsweisende Schule. Wir als CDU akzeptieren einige von der GAL aufgrund ihres Selbstverständnisses formulierten pädagogischen Ziele und deren Umsetzung. Zu Beginn dieser Wahlperiode habe ich gesagt, die Parteien CDU und GAL bewegen sich aufeinander zu, sie bleiben aber zwei Parteien. Jetzt kann ich nach den Erfahrungen der Diskussionen sagen,

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

dass es mit allen im Schulausschuss vertretenen Parteien intensive, aber auch sehr faire und pädagogisch hochintensive, leistungsanfordernde Diskussionen gewesen waren. Wir haben, glaube ich, alle viel davon gelernt.

Dieser Kompromiss geht nicht zulasten der Schülerinnen und Schüler, er geht nicht zulasten der Eltern,

(Zurufe von der SPD: Nein, nein!)

dieser Kompromiss kommt den Interessen vieler Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen entgegen und er erweitert die Chancen von Gymnasien und anderen Schulformen, ihre erfolgreichen Bildungsangebote einer größeren Anzahl von Schülern in den Jahrgängen 4, 5 und 6 anzubieten.

(Beifall bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gumbel*, beide GAL)

Sie können diese Schülergruppen weiter motivieren, mit einzusteigen in ein nachhaltiges, längeres und gemeinsames Lernen, ausgerichtet auf eine soziale und leistungsbezogene Gesellschaft. Wir brauchen die Talente junger Menschen, die Wirtschaft wünscht sich dieses ebenso wie die Universitäten. Wir brauchen verbesserte Abschlüsse. Diese Ziele werden durch die von CDU und GAL verantwortete Schulreform erreicht.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Wenn dieses Hohe Haus, die Hamburger Bürgerschaft, dem Schulgesetz zustimmt, haben unser Erster Bürgermeister Ole von Beust und Christa Goetsch als Bildungssenatorin sowie die Regie-

rungsfraktionen einen Meilenstein in Richtung pädagogischer Innovation gemacht, der vertretbar und verantwortbar ist. Ich danke den beteiligten Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfractionen, aber auch den Mitgliedern der übrigen Parteien, die im Schulausschuss sachgerechte Diskussionen durchgeführt haben. Treten wir jetzt – nach hoffentlich erfolgter Zustimmung – in die eigentliche Arbeit ein. Lernen und Lehren, dieser Aufgabe sollen sich die Schüler und Lehrer widmen. Wir haben die Grundlagen gelegt, wir unterstützen sie dabei. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rabe.

Ties Rabe SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Goetsch, für die schöne Rede. Wenn wir noch einen Beweis gebraucht hätten, warum die parlamentarischen Beratungen in Wahrheit zu nichts mehr führen, dann war das diese Rede. Alle Versuche der SPD, Fakten und Daten und Einzelheiten über diese Reform offenzulegen, werden systematisch in einer wolkigen Allgemeinerklärung erstickt. Deswegen muss man ehrlich sagen, gut, dass wir heute damit zum Ende kommen.

(*Frank Schira CDU:* Was wollen Sie, was will die SPD?)

– Hören Sie zu.

Zunächst einmal halten wir fest, dass es in allen Parteien rumort; ich will das für unsere Partei nicht ausschließen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Nee, nee, nee, das ist falsch!)

– Natürlich, Frau Heyenn, bei Ihnen ist alles ganz klar.

Es streiten Lehrer, Eltern und Schulleitungen, Handelskammer und Gewerkschaften sowieso. Und wer Zeitungen und Medien liest, der sieht, dass "die tageszeitung", NDR, die "Bild"-Zeitung, das "Hamburger Abendblatt", die "Hamburger Morgenpost", "Die Welt" und Hamburg 1 alles Mögliche schreiben, aber sich auch in der Hinsicht offensichtlich in verschiedenen Lagern befinden. Eine Initiative kämpft für, die andere gegen diese Reform.

(Zuruf von *Dr. Eva Gumbel GAL*)

Es streitet die ganze Stadt. Sie mögen am Ende sagen, wir werden gewinnen dabei, die Behörde wird siegen, aber ich glaube, eine Reform, die nur im Schulkrieg durchgesetzt werden kann, schleppt eine schwere Last mit sich herum. Wir brauchen einen Schulfrieden.

(Ties Rabe)

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

– Das sind übrigens Worte von Ihrem Sprecher Heinemann, deswegen gut zuhören.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Ja, und trotzdem!)

Dieser Schulfrieden war da und er war möglich. Sie haben ihn leichtfertig ausgeschlagen und das, sagen wir, war ein schwerer Fehler.

(Beifall bei der SPD)

In Wahrheit haben Sie diesen Schulkrieg gesucht und gebraucht, denn plötzlich lautete die Devise nicht mehr, was eigentlich in diesem Gesetz steht, plötzlich ging es nur noch darum, sich auf eine richtige Seite zu schlagen. Sie stellten die Menschen scheinbar vor eine Wahl. Gehörst du etwa zu den porsche-fahrenden Gucci-Sonnenbrillenträgern oder bist du auf der Seite der guten Schulse-natorin, die sich für die soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt einsetzt.

(Frank Schira CDU und Wolfgang Beuß CDU: Das sagt ein Sozialdemokrat!)

Und der Erfolg dieses Manövers war, dass sich im großen Glaubenskrieg immer weniger wirklich für dieses Schulgesetz interessiert haben. Wir sagen ganz klar:

(Wolfgang Beuß CDU: Ihr sagt gar nichts!)

Wir Sozialdemokraten lassen uns nicht in Ihre Krie-ge verwickeln.

(Zurufe von der CDU)

Die SPD lässt sich auch nicht von Ihnen in irgend-welche Ecken stellen, weder zu irgendwelchen Gucci-Sonnenbrillenträgern noch zur Lenkungs-gruppe der Schulbehörde; auch dort gehören wir nicht hin. Die SPD hat eine klare Position – ihr müsst mal schön zuhören –.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Und nicht alle auf einmal.

Ties Rabe (fortfahrend): Die Taktik ist klar, mög-lichst viel Unruhe verbreiten.

(Zurufe von der CDU: Ja, ja!)

Die SPD steht aufseiten der Schüler und vor allem aufseiten der sozial benachteiligten Schüler.

(Frank Schira CDU: Ja, das ist klar!)

Ihnen wollen wir neue Chancen eröffnen und des-halb kämpfen wir energisch für Chancengleichheit im Schulsystem und deshalb kämpfen wir ener-gisch für bessere Bildung an den Schulen. Darum sollten wir uns gemeinsam bemühen und nicht nur wir.

(Beifall bei der SPD – Harald Krüger CDU: Aber wie!)

– Sie sind bisher als Fachpolitiker aufgefallen, gut gemacht.

Wir haben deshalb mit klarem Kopf diese Reform geprüft und haben nicht die guten Absichten be-wertet, sondern uns die Mühe gemacht, einmal in dieses Gesetz hineinzusehen. Wir haben schlicht die Fakten geprüft, was die CDU, die sich in fünf Schulausschusssitzungen mit insgesamt 18 Stun-den Beratung – so geschätzt und gefühlt – sechs-mal zu Wort gemeldet hat, tunlichst vermieden hat, nämlich einmal hineinzusehen, was da steht. Das Ergebnis ist: Dieses Gesetz hat einige vernünftige Ansätze, die leugnen wir nicht.

(Wolfgang Beuß CDU: Hört, hört!)

Aber in seinen zentralen Eckpunkten wird es die Chancengleichheit keineswegs verbessern. Das Gesetz wird auch die Bildung nicht verbessern und deswegen sagen wir ganz klar: Wir lehnen dieses neue Schulgesetz ab.

(Beifall bei der SPD)

Sie fragen, was wir wollen. Ich sage Ihnen, was wir wollen. Wir brauchen mehr Chancengleichheit im Schulsystem und wir brauchen bessere Bildung und drei Punkte sind dafür wichtig.

(Wolfgang Beuß CDU: Rhabarber, Rhabar-ber! – Zurufe von der CDU)

– Hören Sie erst einmal zu, dann können Sie hin-terher meckern.

Erstens: Wir brauchen besseren Unterricht und in-dividualisiertes Lernen und wir werden gleich prü-fen, ob das Schulgesetz diesen Anforderungen standhält.

Zweitens: Wir alle wissen, dass 25 Prozent unserer Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren schlechter lesen und schreiben als Viertklässler. Für diese Schülerinnen und Schüler brauchen wir eine gezielte Hilfe. Wir brauchen ein Programm für Chancengleichheit, da gibt es genug Ideen, man muss sie nur aufgreifen und zusammenführen.

Drittens: Wir wollen Hamburgs zersplitterte Schul-landschaft Schritt für Schritt zusammenführen. Un-ser Ziel ist, im Konsens und ohne Schulkrieg eine Schule für alle Schülerinnen und Schüler zu schaf-fen. Das sind unsere Eckpunkte und sie sind ver-nünftig.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Jetzt hat er sich geoutet!)

Wir erkennen an, dass das Schulgesetz Ansatz-punkte für eine bessere Förderkultur bietet. Ich nenne zwei Punkte: Die Abschaffung des Sitzen-bleibens ist vernünftig. Genauso vernünftig ist es, Kindern mit Förderbedarf das Recht zu geben, in Zukunft in die Regelschulen zu gehen und dort un-

(Ties Rabe)

terrichtet zu werden. Insofern sind da positive Aspekte, aber auch hier lohnt das genaue Nachsehen. Werden denn diese Kinder, wenn sie nicht sitzenbleiben, genügend gefördert. Werden die Kinder mit Förderbedarf, wenn sie zu einer Grund- oder Hauptschule – Realschule gibt es nicht mehr –, in eine Stadtteilschule oder Primarschule gehen oder ins Gymnasium, richtig gefördert. Da sehen wir uns den Haushaltsplan und die Aussagen an und erfahren, dass es eine große Fortbildungsinitiative für alle Lehrerinnen und Lehrer gibt. Dafür investieren wir mächtig viel Geld, und zwar 1 Million Euro im Jahr. Das klingt nach viel, das ist nicht schlecht, aber wir wollen uns einmal daran erinnern, dass nach Auskunft der Schulbehörde 200 Millionen Euro allein in den Umbau von Schulen investiert werden müssen; nach meiner Rechnung sind es 600 und mehr.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie können eben nicht rechnen!)

Daran gemessen sind 1 Million Euro, um das gesamte Individualisierungskonzept flottzumachen, unpassend. Am schönsten ist es, wenn man weiter recherchiert. Dann erfährt man, es kommen zwar 1 Million Euro mehr rein, aber gleichzeitig lässt es diese Wissenschaftsbehörde zu – die Wissenschaftsbehörde –, dass umgekehrt bei der universitären Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer 1,2 Millionen Euro gestrichen werden. Unter dem Strich sind das wunderbare Ankündigungen auf dem Papier, für Marino Freistedt hier bestimmt ein Grund, eine tolle Rede zu halten, aber wenn man näher hinsieht, stellt man fest, guter Unterricht sieht anders aus. Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen, dann haben Sie auch unsere Unterstützung, aber machen Sie keine Ankündigungen, hinter denen nichts steht.

(Beifall bei der SPD)

Die Primarschule selbst ist das Herzstück dieser Reform. Wir sagen, gut gemeint ist nicht gut gemacht. Wir erkennen an, dass die Primarschule durch die Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens sehr wohl Chancen bietet. Aber ihre Einführung beinhaltet zahlreiche organisatorische und inhaltliche Risiken. Diese Risiken sind lange bekannt, die Enquete-Kommission hatte sich sogar kurz damit befasst. Nach Abwägung dieser Chancen und Risiken hat vor der Wahl keine Partei die Einführung der Primarschule gefordert, Ihre erst recht nicht und unsere auch nicht. Seitdem gibt es überhaupt keine neuen Erkenntnisse,

(Wolfgang Beuß CDU: Was fordert Rosi Raab denn eigentlich?)

die zu einer Neubewertung Anlass geben, im Gegenteil, am Ende wird diese Primarschule im Hamburger Schulsystem insgesamt mehr zerstören als heilen und diesen Weg gehen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Nun sehen wir uns einmal an, warum eigentlich die Primarschule unserer Ansicht nach mehr zerstört als heilt.

Diese Primarschulen werden nicht alle gleich sein, wie Sie das immer so suggerieren, ganz im Gegenteil. Die eine soll Latein anbieten, die andere soll ein bisschen mit dem Johanneum schmusen und eng zusammenarbeiten und die dritte ist irgendwo hinten im Stadtteil Lurup und hat Sport als Profil. Was wird dann passieren? Dann werden alle engagierten Bildungseltern gucken, dass die kleine Henrike auf die Schule geht, bei der das Latein möglichst direkt am Johanneum andockt und alle, die nicht aufpassen, sitzen in der falschen Schule. Was passiert dann am Ende? Vermutlich werden wir die Spaltung und die Trennung der Schülerinnen und Schüler nicht erst nach Klasse 4, sondern vielleicht schon ab Klasse 1 haben. Ihr Schulgesetz hat genau diese Möglichkeiten eröffnet statt sie zu verschließen. Das bedeutet weniger gemeinsames Lernen, weniger Chancengleichheit und dazu sagen wir nein.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommen wir zum Thema längeres gemeinsames Lernen. Da hatten sich alle in der Enquete-Kommission geeinigt, dass die Stadtteilschule dieser Weg sein könnte. Für uns ist übrigens diese Stadtteilschule nicht die schlechtere von zwei Säulen, sondern der Beginn einer neuen Schule, die im Dialog und Schritt für Schritt zu einer Schule für alle ausgebaut werden kann und muss. In diesem Prozess des Zusammenwachsens, das haben wir bereits damals gesagt, können und müssen die Gymnasien wunderbar eingebunden werden und es funktioniert auch. Diese einmalige Chance, gemeinsames Lernen in Klasse 7 bis 10 auf den Weg zu bringen, wird durch die Primarschule schlicht verdaddelt. Die Stadtteilschule bekommt nämlich kein Profil. Sie bleibt farblos und blass, ist das Stiefkind dieses Schulgesetzes. Die Langformschulen, das heißt also die Klassen 1 bis 6 mit der Stadtteilschule gemeinsam, trennen und zerschlagen Sie, die Klassen 5 und 6 werden ausgegliedert, übrig bleiben für die Stadtteilschule die Klassen 7 bis 10. Das ist bestimmt keine Grundlage für eine kraftvolle neue Schulform. Chancen zur Zusammenführung von Stadtteilschule und Gymnasien sucht man hier vergeblich. Es wird zwar immer behauptet, das sei alles gemeinsames Lernen, aber hier wird die Trennung zementiert. Es gibt nicht einmal eine Idee, wie Kooperationsmöglichkeiten auf den Weg gebracht werden können. So werden die Stadtteilschulen zu unattraktiven Resteschulen. Wir wollen ihnen alles Gute tun, aber die Weichen sind gestellt, dass wir in zehn Jahren hier wieder stehen und über zehn, 15 oder 20 Stadtteilschulen sprechen, die keine Perspektive mehr haben. Diese Perspektivlosigkeit der Stadtteilschule ist nicht nur eine Perspektivlosigkeit für längeres gemeinsames Lernen, sondern

(Ties Rabe)

auch für die Schüler, denn die sollten doch gerade durch diese Schulen ermuntert werden, einen besseren Bildungsabschluss zu erreichen. In dieser kränkelnden Schulform, die mit ihren Geburtswehen behaftet mühsam auf den Weg gebracht wird, wird diese Chancengleichheit nicht entstehen. Wir wollen Chancengleichheit im Schulsystem, die Stadtteilschule ist das Opfer Ihrer Schulreform. Opfer sind auch die Schülerinnen und Schüler dieser Stadtteilschule,

(Wolfgang Beuß CDU: Sie reden alles schlecht!)

und deswegen ist das keine gute Idee.

(Beifall bei der SPD)

Man darf auch darauf hinweisen, dass es nicht ganz uninteressant ist zu wissen,

(Wolfgang Beuß CDU: Und Sie wissen überhaupt nichts!)

wie man das Geld im Schulhaushalt eigentlich ordentlich ausgibt. 1800 Millionen Euro stehen dort jedes Jahr zur Verfügung, wofür werden sie eingesetzt. Da darf man einmal kurz diese neugierige Frage stellen: Was kostet diese Schulreform? Nicht etwa, dass Sie jetzt gleich mit pathetischer Geste sagen, für unsere Schüler ist uns doch jedes Geld recht, das können wir doch nicht abwägen – doch, denn im Schulhaushalt ist das Geld endlich. Deswegen muss man genau hinsehen, wofür man es eigentlich ausgibt.

Wir haben Sie bombardiert mit Anfragen. Deswegen bin ich der parlamentarischen Debatte mittlerweile überdrüssig, denn es kommt keine Antwort. Warum kommt keine Antwort auf die Frage nach den Kosten – ganz einfach, Sie wissen es selbst nicht einmal. Sie antworten dauernd, das könnten Sie nur schätzen, aber erst am Ende des Prozesses und jetzt seien wir am Anfang. Also gibt es gar keine Daten, es gibt keine verlässlichen Auskünfte, es gibt nichts. Kostet es 200 Millionen Euro, kostet es 400, 600 oder 800 Millionen Euro, wir wissen alle zusammen gar nichts. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wissen auch überhaupt nichts, das wollen wir festhalten, da habe ich auch schon meine Gespräche geführt; niemand weiß etwas. Nun könnte man sagen, es ist egal, wenn man 1 Milliarde Euro ausgeben will, wir machen auch bei anderen Sachen große Schritte. Aber das Problem ist, dass dieses Geld woanders fehlt. Es fällt nicht vom Himmel, es kommt aus diesem Bildungsetat. Wenn wir in Zukunft mit höheren Mieten diese ganzen Umbaukosten finanzieren, dann gibt es jemanden, der die Zeche zahlt, und das sind diejenigen, die besonders viel Hilfe brauchen, die besonders darauf angewiesen sind, dass unsere Schulen gut funktionieren und dass der Unterricht gut ist. Auf diese Art und Weise werden Sie gerade nicht nur Geld versenken, sondern Sie werden Chancen versenken und insofern halte ich am En-

de zwei Dinge für sicher: Dieses Geld fehlt für sinnvollere Sachen und der nächste und übernächste Schulsenator sind alles Bausenatoren. Wir werden uns nur noch mit so einem Unsinn befassen,

(Wolfgang Beuß CDU: Weil wir den ganzen Mist von Ihnen geerbt haben!)

aber nichts mehr zum Thema Bildung machen. Auch deshalb sagen wir: Diese Reform ist unsolid gemacht und deswegen gehört sie abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es noch einige kleine, organisatorische Punkte, zum Beispiel, wie man eigentlich organisatorisch eine Schulform löst, in der 130 Schulstandorte zu 64 Schulen verschmolzen werden. Einige liegen 400 Meter auseinander, das wird man hinkriegen, aber einige liegen 9 Kilometer auseinander, einige 5 Kilometer, 2 Kilometer, wir kennen die ganzen Entfernungen. Wenn man Lehrerinnen und Lehrer hört, dann fragen die, wie das gehen soll. Ich antworte: Fragt die Schulbehörde. Dann werden mir Briefe und Aussagen gezeigt, in denen steht, das müssten die Schulen selbst regeln.

So einfach macht man Schulpolitik, das ist genau der Grund, warum Schulpolitik so schlecht ist. Wir produzieren eine Idee und sagen, das sei ganz toll, das beschließen wir alles. Es ist neu, es haben sich zwei Parteien zusammengerauft, aber die Details sollen die anderen regeln. Das ist auf jeden Fall in hohem Maße unehrlich. Diese Probleme laden Sie den Schülerinnen und Schülern auf, die wandern müssen und die möglicherweise in ihrem Unterricht und in ihrem Lernverhalten bestimmt keinen Rückenwind bekommen; diese Standortplanung ist wirklich großer Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Am Schluss kommen wir zum Thema Wahlrecht. Hierüber wird immer viel geredet, ich will auf wenige Punkte hinweisen beim Elternwahlrecht. Wir wissen mittlerweile sehr genau, dass das Elternwahlrecht in Hamburg vor allem von Eltern in den sozial benachteiligten Stadtteilen genutzt wird, denn nicht ohne Grund ist gerade an den Gymnasien der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Gymnasialempfehlung sehr hoch. Das heißt, für diejenigen ist es ein Tor, um sich ihre persönliche Bildungskarriere aufzuschließen. Dieses Tor wird hier ohne Not geschlossen. Das bedeutet aber auch konkret, dass die Gymnasien gerade in diesen Stadtteilen weniger Schüler haben werden.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie haben keine Ahnung, Herr Rabe, in St. Georg ist es nicht so!)

– Herr Beuß, Sie müssen sich einmal die Zahlen ansehen, die wir von der Schulbehörde bekommen haben, an welcher Schule eigentlich die meisten Schüler ohne Gymnasialempfehlung sind. Ich kann Sie Ihnen alle nennen.

(Ties Rabe)

In diesen Stadtteilen werden die Gymnasien wackeln. Das mag Sie nicht berühren, weil Sie sagen, da würde uns sowieso keiner wählen,

(Frank Schira CDU: Immer mehr!)

aber am Ende wird sich die Stadt umdrehen, wenn wir in Billstedt, in Hamm, in Allermöhe und im Altonaer Kerngebiet keine Gymnasien mehr haben. Das wird die soziale Spaltung der Stadt befördern und nicht beenden.

(Beifall bei der SPD)

Wir glauben aber auch, dass das Elternwahlrecht ein Wert an sich ist, weil unser Schulsystem Akzeptanz braucht. Deswegen brauchen wir Beteiligung, deswegen brauchen wir das Mitwirken der Eltern. Wenn Sie einfach so sagen, das schaffen wir ab, dann sind Sie außerhalb des Trends sämtlicher Bundesländer, denn überall wird das Elternwahlrecht ausgebaut. Hamburg geht den umgekehrten Weg. Diese Politik gefährdet nach unserer Überzeugung das Engagement und die Beteiligung von Eltern und Kindern. Sie untergräbt zugleich die Akzeptanz des staatlichen Schulsystems und schmälert auch in Zukunft jede Erfolgsaussicht von Reform, denn mit Dialog hat das alles nichts zu tun. Das ist eine Politik der Besserwisserei und Bevormundung.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fordern wir Sie auf, das Schulgesetz an diesen wichtigen Stellen zu überarbeiten. Insbesondere beim Elternwahlrecht muss es dringend Änderungen geben.

Meine Damen und Herren! Wir sagen, gute Schule braucht Konsens und keinen Schulkrieg.

(Martina Gregersen GAL: Ja, dann seien Sie doch auch mal im Konsens! – Jens Kerstan GAL: Wer redet von Krieg, das sind doch Sie!)

Gute Schule muss Wege zum Zusammenwachsen eröffnen und nicht spalten. Gute Schule muss die Schulmittel – Herr Kerstan, Sie sind Haushälter – klug und sinnvoll für diejenigen ausgeben, die unsere Hilfe brauchen und das ist nicht das Bauhandwerk, das sind die benachteiligten Schülerinnen und Schüler.

Gute Schule braucht Überzeugung und keine Besserwisserei und Bevormundung. Dieses Schulgesetz macht aber genau das und deshalb darf man da nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL:* Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Rabe, nachdem ich mir

das jetzt angehört habe, bin ich heilfroh, dass Sie keine schulpolitische Verantwortung in der Stadt tragen,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

denn Sie sind verfangen in Ihrem negativen Denken, was alles passieren könnte, wenn man irgendwo einmal beginnt, etwas zu tun. Sie entwickeln nur Horrorszenarien, dass es negativ endet, wenn man an Schulen etwas verändert. Sie schaffen es wahrscheinlich nicht, an die Verwirklichung von Reformen, auch wenn Sie sie selbst vorschlagen, zu glauben,

(Ingo Egloff SPD: Glauben können Sie in der Kirche!)

weil Sie nur noch Horrorszenarien sehen und letzten Endes alles belassen, wie es ist. Das finde ich schade, denn eigentlich, das zeigen die Debatten, die wir in den letzten eineinhalb Jahren geführt haben, sind unsere Positionen doch alle relativ gleich. Auch die GAL hat keine Position, die völlig abdriftet von dem, was wir in der letzten Legislaturperiode hatten. Wir wollen doch alle gemeinsam ein gerechteres und leistungsstärkeres Bildungssystem. Wir wollen – hier waren wir uns auch immer einig, deswegen hatten wir 9 macht klug entwickelt – mehr Kinder zu mehr und höheren Schulabschlüssen führen. Wir wollen weniger Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher. Wir wollen ein Ende der Vielgliedrigkeit, die die soziale Ungerechtigkeit fördert. Und – das ist ein besonderer Punkt – wir wollen auch die Entscheidung über die spätere Schullaufbahn nicht im Alter von zehn Jahren treffen.

(Karin Timmermann SPD: Und nicht den Eltern überlassen!)

Wir sind grundsätzlich der Meinung, man müsste eigentlich gar keine Entscheidung treffen, aber wir haben uns geeinigt, dass wir sie auf jeden Fall verschieben. Sehr wichtig ist, dass alle Wege zu allen Bildungsabschlüssen die gesamte Schullaufbahn über offen bleiben müssen. Das ist unser gemeinsames Interesse.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die Debatte ist auch nicht sonderlich neu, die begann schon in der Enquete-Kommission.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die haben die Primarschule abgelehnt!)

Da hat die CDU, das hat Herr Freistedt schon ausgeführt, durchaus bemerkenswerte Schritte für eine christdemokratische Schulpolitik eingeschlagen, die man anerkennen muss. Wenn ich als ursprünglich bayerischer Staatsbürger an die Schulpolitik in Bayern zurückdenke, dann ist das ein deutlicher Unterschied in der Diskussion. Das war auch eine Diskussionsgrundlage, auf der wir uns mit der CDU auf dieses Schulgesetz einigen konnten. Wir ha-

(Michael Gwosdz)

ben das gemeinsam diskutiert, immer fair und sachlich, es war nicht immer einfach, aber wir haben es am Ergebnis orientiert gemacht. Wir haben auch Vorarbeiten der Enquete-Kommission aufgreifen können; daran möchte ich heute ausdrücklich erinnern. Wir setzen hier nämlich viele Empfehlungen um, das ist nicht alles erst im Koalitionsvertrag erfunden worden. Bereits der Abschied vom undurchschaubaren vielgliedrigen Schulsystem mit seinen Sackgassen ist ein Ergebnis der Enquete-Kommission. Hamburgs Schulsystem wird durchlässig. Mit dem Gymnasium und der Stadtteilschule gibt es künftig zwei gleichberechtigte Schulen, die zu allen Bildungsabschlüssen bis hin zum Abitur führen und das werden auch zwei gleichberechtigte Wege zum Abitur werden.

Das ist längst nicht alles, was damals beschlossen wurde und was wir heute umsetzen. Wir führen eine neue Struktur der Schule ein und eine neue Kultur des Lernens. Die beiden müssen zusammengehen, die Struktur der Schule und die Kultur des Lernens, damit beide Elemente ihre volle Wirkung entfalten können. Deswegen hat die Enquete-Kommission in der letzten Legislaturperiode gleich an mehreren Stellen eine konsequente Individualisierung des Lernens in der inneren Differenzierung gefordert und empfohlen, die wiederum an die Stelle der äußeren Trennung der Schülerinnen und Schüler treten soll: Schluss mit dem Lernen im Gleichschritt, hin zur individuellen Förderung eines jeden Kindes. Für diese individuelle Förderung – da sind wir uns wieder einig, das hat Herr Rabe auch anerkannt – gehört eben auch der Verzicht auf das Sitzenbleiben und das Abschulen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Dass diese individuelle Förderung dann nicht verbindlich werden soll, wie Sie auch in Ihrem Antrag bemängeln, das kann man nun nicht sehen. In Paragraph 45 setzen wir diese individuelle Förderung konsequent um und verankern dort einen Anspruch auf eine individuelle Förderung. Wenn ein Schüler oder eine Schülerin den Anforderungen der Schule nicht mehr gerecht werden sollte, dann wird es verbindlich vereinbart, wie und auf welche Weise die Kinder gefördert werden.

Die Enquete-Kommission hatte einen weiteren Punkt empfohlen, nämlich das jahrgangsübergreifende Arbeiten insbesondere in den ersten beiden Jahrgangsstufen sowie der Vorstufe. Diese Möglichkeit sehen wir ebenfalls im neuen Schulgesetz für die Primarschule ausdrücklich vor. Ich erwähne das heute ausdrücklich auch aus einem anderen Grund. Diese Empfehlungen der Enquete-Kommission zum individualisierten Lernen und zum jahrgangsübergreifenden Lernen sind in der letzten Legislaturperiode getroffen worden, das ist Standard der pädagogischen Debatte.

Wenn es draußen in der Stadt eine Initiative gibt, die sich auf die Fahnen schreibt, die wirklichen Verfechter der Empfehlungen der Enquete-Kommission zu sein und gleichzeitig aber pädagogische Elemente, die die Enquete-Kommission empfohlen hat, auf unappetitliche Weise in Zusammenhang mit nationalsozialistischer Ideologie bringt, dann ist das nicht nur verabscheuungswürdig, sondern es zeigt auch, dass sich diese Initiative überhaupt nicht mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission auseinandergesetzt hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Beim Thema Primarschule begegnet uns oft das Argument, Herr Rabe hat es auch wiederholt, die sechsjährige Primarschule sei in der Enquete-Kommission nicht ausreichend diskutiert worden beziehungsweise verworfen worden. Oft wird das Argument vorgebracht, das sei eine völlig neue Idee in der Debatte. Aber vergegenwärtigen wir uns doch die Situation zur Zeit der Enquete-Kommission. Man muss noch einmal deutlich machen, dass mit der damaligen politischen Mehrheit längeres gemeinsames Lernen als Ansatz nicht durchsetzbar war, obwohl zwei der drei beteiligten Fraktionen zum damaligen Zeitpunkt grundsätzlich dafür waren. Es gab natürlich – das kann man nachlesen in den Protokollen – Expertinnen und Experten, die darauf hinwiesen, dass zum Beispiel die Grundschule gut arbeite, aber zu wenig Zeit habe, das schwache Kind zu fördern. Professor von Saldern empfahl zum Beispiel, dass über die Schullaufbahn deutlich später entschieden werden solle als in Klasse 4. Es sind nicht unbedingt Empfehlungen, aber es ist der Stand der Diskussion.

Inzwischen haben wir eine neue politische Konstellation. Zum einen gibt es eine vierte Fraktion in der Bürgerschaft, für die längeres gemeinsames Lernen ebenfalls selbstverständlich ist, und zum anderen haben wir, GAL und CDU, die Argumente gegen eine frühe Trennung noch einmal neu gewogen, die Argumente für längeres gemeinsames Lernen noch einmal geprüft und uns geeinigt, diesen wichtigen Schritt zum längeren gemeinsamen Lernen als Ergänzung zu den Empfehlungen der Enquete-Kommission gemeinsam zu gehen. Die sachliche und gute Art und Weise der Diskussion hat Marino Freistedt schon ausführlich dargestellt und diesen Dank für die konstruktiven Diskussionen gebe ich ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wir wissen, dass in kaum einem europäischen Land die Kinder so früh getrennt werden wie in Deutschland und in keinem anderen Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so groß. Längeres gemeinsames Lernen ist ein Beitrag zur Überwindung dieser sozialen Spaltung. Dann heißt es immer, das sei

(Michael Gwosdz)

nicht so, es gäbe niemanden, der sich dafür ausspreche. Ich zitiere hier noch einmal, ich habe das schon vor einigen Debatten gemacht, Professor Baumert:

"Je früher Schülerinnen und Schüler auf unterschiedliche Bildungsgänge verteilt werden, desto kürzer wird das Zeitfenster, das für schulische Interventionen zum Ausgleich herkunftsbedingter Leistungsunterschiede zur Verfügung steht. [...] Mit frühen Differenzierungsentscheidungen nehmen [...] die sozialen Disparitäten der Bildungsbeteiligung zu."

Niemand kann bestreiten, dass das so ist. Mit dem längeren gemeinsamen Lernen an der Primarschule wird Hamburg somit sozialer und demokratischer.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte daran erinnern, dass wir während des Diskussionsprozesses in den letzten eineinhalb Jahren in Nuancen das Modell verändert haben und nicht die Koalitionsvereinbarung mit der Brechstange umgesetzt haben.

So haben wir zum Beispiel erkannt, dass die flächendeckende Einführung der pädagogisch sinnvollen flexiblen Einschulung die Schulen erst einmal überfordert. Wir schließen den Idealfall, dass jedes Kind dann eingeschult wird, wann es soweit ist, für die Zukunft nicht aus, aber wir haben das jetzt noch nicht im Schulgesetz festgeschrieben. Wir lassen uns mit diesem Schritt Zeit, bis die Hamburger Schulen für ihn bereit sind.

Ein weiteres Ergebnis unserer Beratungen ist, dass wir die Primarschule 2010 flächendeckend mit den vierten Klassen und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, mit den fünften Klassen starten. In der Primarschule mit den Klassen 1 bis 3 und 4 bis 6 ist es sinnvoller, den Kindern einen Einstieg in die vierte Klasse Primarschule zu ermöglichen, als sie aus der vierten Klasse der alten Grundschule in die fünfte Klasse Primarschule zu versetzen. Das haben wir in den Beratungen erkannt und dann auch umgesetzt.

Diese Beispiele zeigen, dass in der Diskussion um das Schulgesetz eben nicht alle Argumente immer grundlos von uns abgeblockt wurden. Wir haben uns alle Argumente angehört, sie abgewogen und, sofern sie vernünftig waren, auch berücksichtigt.

Nun kommt die SPD in der allerletzten Sekunde vor der Verabschiedung des Schulgesetzes noch mit einem eigenen Antrag.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie haben auch in allerletzter Sekunde hier noch was vorgelegt!)

Wir haben eine kleine Ergänzung zum Schulgesetz vorgelegt, Herr Dressel. Sie haben jetzt noch einmal versucht zu skizzieren, was Sie eigentlich eventuell, unter Umständen, wenn Sie sich einig sind, grundsätzlich vielleicht irgendwo wollen oder auch nicht, das wird sich noch zeigen.

(Beifall und Heiterkeit bei der GAL und der CDU)

Wenn man Ihren Antrag liest, dann zeigt sich, dass Sie die Diagnose mit uns teilen und fast die gleiche Therapie empfehlen. Unterschiede zeigen sich nur in Dosis und Dauer.

Eigenartig ist in Ihrem Antrag die Auseinandersetzung mit der Stadtteilschule. Ich habe das den ganzen Beratungsprozess über nicht verstanden; vielleicht kommen wir da aus unterschiedlichen Milieus.

(Michael Neumann SPD: Sie kommen aus Bayern!)

– Ich komme aus Bayern, vielleicht bin ich da etwas begriffsstutziger, das mag sein, wie das so ist bei den Bayern, wobei ich betonen möchte, dass ich Franke bin.

Woher leiten Sie es aber ab, dass dieses Schulgesetz die Gefahr birgt, mit Stadtteilschule und Gymnasium zwei Schulformen zu etablieren, die auf lange Sicht nicht gleichwertig sind? Natürlich werden sich Stadtteilschule und Gymnasium trotz grundlegend gleicher Ziele, wie sie im Schulgesetz festgeschrieben sind, unterscheiden. Unterschiede sind doch aber nicht gleichzusetzen mit unterschiedlicher Wertigkeit.

Ich finde es ein gefährliches Spiel, das Sie schon die ganze Zeit über und auch jetzt wieder mit Ihrem Antrag treiben. Auf der einen Seite erklären Sie, die von der Enquete-Kommission empfohlene Struktur von Stadtteilschule und Gymnasium sei ein Beitrag, um den Schulfrieden zu bewahren, auf der anderen Seite reden Sie die Stadtteilschule, wie sie in Hamburg eingeführt werden wird, systematisch schlecht.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Wilfried Buss SPD: Weil das was völlig anderes ist! Das müssten Sie doch wissen! Das ist etwas völlig anderes, was Sie vorhaben!)

Schon bevor die Stadtteilschule überhaupt eingeführt ist behaupten Sie, ihr fehle ein klares Profil und sie sei unattraktiv.

(Wilfried Buss SPD: Das stimmt ja auch!)

Langsam kommt bei mir der Verdacht auf, wir könnten noch so viel für den Erfolg der Stadtteilschule tun, Sie würden diese Schulform einfach immer weiter aus politischem Kalkül schlechtreden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Michael Gwosdz)

Hoffen wir des Erfolges der künftigen Schülerinnen und Schüler der Hamburger Stadtteilschulen willen, dass Sie damit kein Gehör finden.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Aber die werden das merken!)

Das Argument, es bestehe die Gefahr einer sozialen und leistungsmäßigen Auslese schon mit Eintritt in die erste Klasse, wird durch dauerndes Wiederholen nicht besser. Kein Besuch einer bestimmten Primarschule bedingt den Besuch einer weiterführenden Schule.

(Ties Rabe SPD: Das wird durch dauerndes Wiederholen auch nicht besser!)

Das war so, das ist so, und das wird so bleiben.

Eine engere Verschränkung von Primarschule und weiterführender Schule durch eine gute Kooperation und einen Mix der Professionen ist grundsätzlich wünschenswert. Wir können dies gerade in Berlin beobachten, wo es bisher eine strikte Trennung der beiden Bereiche mit ihren jeweiligen Lehrkräften gab. Dort wird inzwischen nach dem Vorbild Hamburgs nachgebessert und die sechsjährige Grundschule mit den weiterführenden Schulen besser verschränkt. Solch eine Verschränkung erleichtert den Schülerinnen und Schülern die Übergänge; diese werden keinesfalls schwerer, als sie es zuvor waren.

(Beifall bei Dr. Eva Gümbel GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Das war jetzt richtig toller Applaus!)

Noch ein paar Worte zu den Übergängen. Die Entscheidung, welche Schulform ab der siebten Klasse besucht werden soll, wird einerseits zielgerichteter möglich sein und verliert andererseits aufgrund der zwei möglichen Wege zum Abitur auch an Dramatik. Sechs Jahre gemeinsames Lernen bilden eine solidere Grundlage als vier Jahre. Außerdem beruht diese Entscheidung auf drei Elementen: den am Ende des ersten Schulhalbjahres der sechsten Klassen in Noten ausgewiesenen Lern- und Leistungsständen, den ergänzenden Kompetenztests in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch sowie den Einsschätzungen der Lehrkräfte hinsichtlich der überfachlichen Kompetenzen einer Schülerin oder eines Schülers. Die Entscheidung wird mit den Eltern erörtert. Aufgrund der beschriebenen drei Bausteine wird sie transparenter und objektiver sein; beides Voraussetzungen für eine Akzeptanz.

Soziale Nachteile, wie die SPD unterstellt, entstehen durch diese Vorgehensweise nicht. Der Schweizer Kanton Freiburg beispielsweise verwendet schon heute für den Übertritt nach der sechsten Klassenstufe ein ausgeklügeltes, standardisiertes System von Beurteilungen, Leistungstests und intensiver Beratung der Eltern. Professor

Trautwein hat dieses System untersucht. Er erläutert in einem Interview mit der "Zeit":

"In dessen Folge finden sich bei diesem Übergang nur geringe Effekte des familiären Hintergrunds. In Freiburg gilt offenbar: Je verpflichtender die Kriterien für den Übergang sind, desto geringer ist die soziale Selektivität."

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hat hier noch nicht alle überzeugt!)

– Das mag sein.

Es ist aber wichtig zu wissen, dass Übergangsentscheidungen, denen solche Tests zugrunde liegen, nicht zu einem Horrorszenario führen, wie es Herr Rabe geschildert hat, dass in bestimmten Stadtteilen kein Kind mehr den Weg aufs Gymnasium finde.

Zu den Kosten noch ein paar Worte.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ein paar Zahlen wären gut!)

Hinsichtlich der Kosten, Herr Rabe, geht mit Ihnen inzwischen die Phantasie durch.

(Ties Rabe SPD: Wenn Sie mal Fakten nennen würden, wäre das alles unnötig!)

In Ihrer Pressemitteilung vom 1. Oktober 2009 schreiben Sie sehr orakelhaft – ich zitiere –:

"In Behördenkreisen ist bereits von enormen zusätzlichen Baubedarfen die Rede. 'Genannt wird dabei die Summe von 1,2 Milliarden Euro', sagte Rabe. 'Diese brisante Information hat der Senat bislang verschwiegen.'"

Verschwiegen? Die 1,2 Milliarden Euro für den allgemeinen Zubaubedarf an Hamburger Schulen und der Sanierungsstau von 3 Milliarden Euro sind im Zusammenhang mit der Debatte über den Schulbau häufig genannte Zahlen, da wurde bislang nichts verschwiegen.

Die Schulreform und dieses Schulgesetz sind nicht Schuld an dem allgemeinen Zubaubedarf; zusätzlicher Raumbedarf entsteht durch kleinere Klassen. Die Senatorin hat die Kosten für den Zubaubedarf in Höhe von 190 Millionen Euro längst benannt. Sie müssen uns diese Zahlen nicht glauben, Sie stellen lieber weiterhin skurrile Rechnungen an, mit denen Sie uns nachzuweisen versuchen, dass wir Gelder doppelt gerechnet und Posten vergessen haben. Sie berufen sich auf die Regionalen Schulentwicklungskonferenzen, die mit mehr Räumen kalkulieren als die Behörde. Natürlich berücksichtigt die Behörde den Raumbedarf, der nach dem Schulentwicklungsplan entsteht. Das ist auch die richtige Kalkulationsgrundlage und nicht die Empfehlungen der Regionalen Schulentwicklungskon-

(Michael Gwosdz)

ferenzen, was man denn alles zusammenrechnen könnte.

Wenn Sie der Meinung sind, Multifunktionsräume können, entgegen ihres Namens, nur für eine Verwendung dienen, dann ist das zwar schön für Sie, macht den Versuch, die Kosten dann doppelt zu rechnen, aber auch nicht besser. Ein anderes Beispiel. Sie haben behauptet, es würden an den künftigen Primarschulstandorten nur 19 Fachräume aus den Mitteln des Konjunkturprogramms gebaut werden. Liest man dies nach, kommt man auf 63. Wie kommen Sie auf 19 statt 63? Wer so eigenartig mit Zahlen hantiert, sollte sich mit Kritik zurückhalten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wer eine wirkliche Reform der Schule will, die alle Kinder in den Blick nimmt und keines auf der Strecke lässt, der stimmt heute dem neuen Schulgesetz zu. Wer aber weiter nur darüber philosophieren will, wie eine gute Schule aussehen könnte, aber nicht handeln will, der kann es lassen. Der Zukunft Hamburgs wäre damit aber nicht gedient. Wir stimmen deshalb dem Gesetz zu und freuen uns auf die Umsetzung ab August 2010. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort der Abgeordneten Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dressel hat gerade gesagt, ich bekomme einen auf die Glocke. Wir werden mal sehen.

In Hamburg muss das Schulsystem geändert werden, das ist lange überfällig; dafür zwei Beispiele. In Hamburg verlassen zu viele Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss die Schule. Kinder, bei denen nicht mindestens ein Elternteil Akademiker ist, haben eine viermal geringere Chance, ihr Abitur zu machen und das bei vergleichbaren Leistungen. Das ist bundesweit die schärfste Auslese im Bildungssystem.

Die nun anstehende Schulreform ist heiß umkämpft, weniger im Parlament, als außerhalb, wenn wir einmal von Herrn Rabe absehen.

(Zurufe und Heiterkeit bei der CDU und der GAL)

Ich habe in meinem langen Leben einige Schulreformen kennengelernt, keine von ihnen war unumstritten. Immer sind auch Emotionen im Spiel, das ist auch ganz normal, weil es schließlich um Kinder geht. Immer geht es auch um ungleich verteilte Bildungschancen. Die einen fordern eine bessere Bildungsgerechtigkeit ein und die anderen wollen ihre Privilegien nicht aufgeben. Immer geht es auch um Finanzen und das besonders in dieser Zeit.

Es geht auch um personelle Ausstattung. Nach unserer Auffassung sind in Hamburg schon jetzt zu wenige Lehrerinnen und Lehrer im Schuldienst. Nach Angaben der GEW fehlen 1000 Lehrkräfte. Deshalb ist es für uns absolut unbefriedigend, dass nach den Berechnungen der Senatorin durch die Absenkung der Klassenfrequenzen nach dem neuen Schulgesetz nur circa 300 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht bei einer Schulreform auch immer darum, ob die Anforderungen der Reform überhaupt leistbar sind. Bei der Verkürzung des Abiturs um ein Jahr haben wir erlebt, dass viele Schülerinnen und Schüler überfordert waren und ihren Neigungen in der Freizeit nicht mehr nachgehen konnten, weil sie nämlich keine Freizeit mehr hatten.

Während der letzten zehn Jahre haben die Lehrerinnen und Lehrer erfahren müssen, dass immer mehr von ihnen erwartet wird. Das betrifft zum einen die Arbeitszeit, zum anderen aber auch die ständig neuen zusätzlichen Aufgaben. Das vorliegende Schulgesetz verstärkt diesen Trend. Wir fordern eine Änderung des Lehrerarbeitszeitmodells, die die gestiegenen Anforderungen berücksichtigt, und dass alle weiteren zusätzlichen Aufgaben, die Lehrerinnen und Lehrer übernehmen, entsprechende Kürzungen in der Unterrichtsverpflichtung nach sich ziehen. Wir fordern eine Altersteilzeit und Altersermäßigungen. Morgen werden wir das noch einmal diskutieren.

Im Schulausschuss haben wir einige Anträge eingebracht, um deutlich zu machen, welche Punkte uns im Hamburger Schulsystem wichtig sind: Wir lehnen das Büchergeld ab.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir möchten gerne, dass es ein kostenloses Mittagessen gibt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich glaube, die nächsten Monate werden zeigen, dass das nötiger denn je ist. Wir möchten die beruflichen Schulen wieder zurück in der Verantwortung der Behörde haben.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir möchten auch, dass die Produktionsschule ein Teil des öffentlichen Schulsystems in Hamburg ist. Und die Übergänge von der Schule in den Beruf haben noch zu viele Warteschleifen, das möchten wir auch verändern.

Was die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf anbetrifft, möchten wir, dass die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen viel stärker berücksichtigt und umgesetzt wird.

(Dora Heyenn)

(Wolfgang Beuß CDU: Warten Sie es mal ab, Frau Heyenn!)

– In Ordnung, wenn da was kommt, ist es ja gut.

Ich erinnere an die Anhörung, in der auch die Verbände ihre Anliegen eingefordert haben. Wir haben in diesem Sinne auch Anträge eingebracht.

Wir haben im Schulausschuss häufig zusammengesessen und über die Schulgesetznovelle diskutiert. In den letzten Tagen habe ich gelesen, dass darüber zu wenig geredet worden sei. Für meine Fraktion kann ich nur sagen, dass einige meiner Kollegen das Wort Schulgesetz nicht mehr hören können.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Im Schulausschuss haben wir auch die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative "Wir wollen lernen!" live und in Farbe erlebt. Diese haben ständig ihre Einwände geändert und sich aufgrund unerhörter persönlicher Angriffe – insbesondere auf die Senatorin, aber auch auf andere – disqualifiziert. Sie haben das Schulgesetz mit Diktaturen und dem Totalitarismus verglichen.

(Wolfgang Beuß CDU: Mit den Nazis!)

Auf die Spitze getrieben wurde das jetzt von Herrn Scheuerl mit seinem Nazi-Vergleich. Das ist unerträglich.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dieses ganze Gebaren hat mit einem nichts zu tun. Das ist von humanistischer Bildung Hunderte von Lichtjahren entfernt.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Um es aus unserer Sicht ganz deutlich zu sagen: Wer gegen diese Schulreform ist und keine Alternativen zur Verbesserung vorschlägt, der will nichts ändern, der will, dass alles so bleibt. Das legt den Verdacht nahe, dass hier schlicht und einfach Privilegien geschützt werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben es bei Demonstrationen und im Schulausschuss erlebt. Wir wissen, dass Kinder von Akademikern eine viermal höhere Chance haben, zum Abitur zu kommen, und das ist nicht gerecht. Ich sage es jetzt einmal ganz deutlich, ich bin ja eine Frau der klaren Worte: Die Initiative "Wir wollen lernen!" macht nichts anderes als einen Schulklassenkampf von oben und ist eine Initiative reich gegen arm und nichts anderes.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun zur SPD.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie versprochen!)

– Ich hatte mir ja vorgenommen, dass ich heute gar nichts zu Ihnen sage, aber Sie haben es wieder einmal geschafft.

Sie haben einen Zusatzantrag eingebracht. Wenn ich diesen Antrag lese und das Wesentliche herausfiltere, dann sind Sie jetzt gegen die Primarschule, weil Sie für eine Schule für alle sind.

(Beifall bei Wilfried Buss SPD)

Dann frage ich mich doch, wo waren Sie denn die ganze Zeit, als wir uns die Beine in den Bauch gestanden und Unterschriften gesammelt haben für "Eine Schule für alle". Da war keiner von Ihnen dabei; es war Ihnen von Ihrem Landesverband sogar verboten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL – Zurufe von der CDU)

Die SPD und der Landesverband waren gegen die Initiative "Eine Schule für alle" und jetzt lehnen Sie die Primarschule ab, weil Sie eigentlich für eine Schule für alle sind. Da ist die Schmerzgrenze der Unglaublichkeit wirklich absolut überschritten.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL)

Ich weiß, dass einige von Ihnen auch hier aus der Fraktion mit uns zusammen Unterschriften gesammelt haben; das ist richtig. Aber die SPD als Partei und Fraktion war absolut dagegen. Was ich persönlich gerne wissen möchte, ist, wie Sie denn die Initiative "Wir wollen lernen!" unterstützen. Das würde ich wirklich zu gerne wissen.

(Michael Neumann SPD: Genauso, wir machen es nicht! – Gegenruf von Frank Schira CDU: Das ist interessant!)

– Genauso, okay.

Herr Rabe hat darauf hingewiesen, dass es keinen wissenschaftlichen Beweis gibt, dass die Primarschule soziale Unterschiede und die soziale Auslese abmildert. Im Ausschuss sagte ein Erziehungswissenschaftler, dass Wissenschaftler zwar forschen und Ergebnisse vorlegen können, Entscheidungen aber von den Politikern getroffen werden müssen. Eines ist doch klar: Das Schulsystem, das wir seit Jahrzehnten haben, hat bewiesen, dass es die soziale Auslese in einer unerträglichen Weise manifestiert, also muss es geändert werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL und bei Thomas Böwer und Dr. Mathias Petersen, beide SPD)

Längeres gemeinsames Lernen ist dabei durchaus ein wichtiger Punkt. Die LINKE unterstützt die Einführung der Primarschule aus genau diesem Grund, denn wir hoffen, dass mit ihr ein längeres gemeinsames Lernen in Hamburg auf den Weg

(Dora Heyenn)

gebracht wird. Allerdings haben wir dabei fürchterliche Bauchschmerzen.

Ich muss allerdings der CDU zugestehen, dass sie wirklich lernfähig ist. Sie haben hier wirklich lebenslanges Lernen gezeigt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja ein richtiges Koalitionsangebot!)

Ich habe im Schulausschuss gestaunt, was ich von Ihren Mitgliedern gehört habe, was heute im Antrag steht:

"Eine Lernkultur mit stärkerer und dokumentierter Individualisierung bestimmt das schulische Lernen."

Das kommt von der CDU, das müssen Sie sich einmal vorstellen. Ihr Lernprozess ist wirklich bemerkenswert gewesen. Heute sagte Herr Freistedt, dass Sie das skalierte Leistungsraster befürworten, das habe ich bislang nie von Ihnen gehört. Frau Goetsch und wahrscheinlich auch der Bürgermeister haben da wirklich ganze Arbeit geleistet. In Bezug auf das Schulgesetz kann man bei der CDU sagen: Halb zog sie ihn, halb sank er hin.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dieses Gesetz ist anscheinend einfach der Tribut, den Sie der GAL zollen müssen, die Sie ja sonst ziemlich außen vor lassen, Stichwort Elbvertiefung Moorburg.

(Zurufe von der CDU: Na, na, na! Das ist aber wirklich weit hergeholt!)

Durch die beiden Anträge der CDU ist heute noch einmal besonders deutlich geworden, warum wir Bauchschmerzen bei der Zustimmung zur Primarschule haben. In dem von Ihnen eingebrachten Antrag steht, dass Sie es den Eltern der Einschulungsjahrgänge 2007 bis 2010, glaube ich, ermöglichen wollen, für ihre Kinder in der dritten Klasse eine andere Primarschule auszusuchen. Das ist für uns der Eintritt in verkürztes gemeinsames Lernen und nicht in längeres gemeinsames Lernen; deswegen haben wir ganz große Bauchschmerzen.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ein Übergang!)

– Übergänge werden ganz schnell Regel, da bin ich ganz vorsichtig.

Der zweite Punkt betrifft einen Antrag der CDU, dass es zwischen Schulen Kooperationen geben soll. Da hat die SPD erstaunlicherweise zugestimmt, was keiner versteht, der Antrag ist also angenommen. Ich habe im Ausschuss noch einmal nachgefragt, welche Kooperationen denn da gemeint sind. Da geht es nicht um Kooperationen zwischen Primarschulen und Primarschulen, Stadtteilschulen und Stadtteilschulen oder Gymnasien und Gymnasien,

(Ties Rabe SPD: Doch!)

sondern es geht hier um Kooperationen zwischen Primarschulen und Gymnasien. Dann haben die Kritiker doch Recht, die sagen, wir hätten eben nicht wirklich ein längeres gemeinsames Lernen und eine Auslese erst nach der sechsten Klasse. Die Eltern überlegen dann schon bei der Einschulung, welche Primarschule sie auswählen müssen, damit ihr Kind später dieses oder jenes Gymnasium besuchen kann. Auch deswegen haben wir große Bauchschmerzen, wir werden aber trotzdem zustimmen.

Die Aufteilung nach der sechsten Klasse in Stadtteilschule und in Gymnasium lehnt DIE LINKE aber ab, weil das wieder die soziale Auslese verstärkt. Insgesamt werden wir uns dann logischerweise enthalten, weil wir den einen Teil befürworten und den anderen ablehnen. Mit dieser Abstimmung ist für uns das Thema noch lange nicht erledigt. Wir werden die Schulreform kritisch begleiten. Herr Rabe hat hier die Wörter Schulkrieg, Schulfrieden und Glaubenskrieg eingebracht. Ich meine, alles drei können wir überhaupt nicht gebrauchen.

(Wolfgang Beuß CDU: Richtig, genau!)

Wir bekommen nur dann ein besseres Schulsystem, wenn wir eine lebendige Auseinandersetzung in der Stadt und an den Schulen erlauben und begleitend zur Umsetzung der Schulreform einen lebhaften Diskurs pflegen. Das ist im Sinne unserer Kinder und dafür plädieren wir.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

"Was wir tun sollten ist beides: Die Lehrer nicht mehr nur auszubilden, dieses Frage- und Antwort-Spiel mit den Schülern zu spielen. Und uns ruhig zu trauen, die Schüler erst später als nach der vierten Klasse in verschiedene Schulformen zu stecken."

Das ist ein Zitat von Jürgen Kluge, ehemals McKinsey. Ich denke, er hat es hier auf den Punkt gebracht, er fordert wie viele andere die Politik auf. Wir brauchen einen anderen Unterricht und längeres gemeinsames Lernen. Noch etwas hat Herr Kluge uns mit auf den Weg gegeben: Wir sollen nicht zaghaft an den Schulen herumlaborieren. Es ist höchste Zeit, anzupacken und endlich einen richtigen Schritt voranzukommen.

Meine Damen und Herren! Die Probleme in unserem Schulsystem sind gewaltig. Unser heutiges Schulsystem sortiert zu früh, trennt anstatt zu integrieren und produziert systematisch Verlierer.

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

(Wilfried Buss SPD: Das bleibt ja so!)

Nur Deutschland und einige Teile Österreichs leisten sich ein derartig gegliedertes Schulsystem und derartig gegliederte Schulstrukturen, die anderen EU-Länder haben integrative Systeme. Wir, die wir uns einmal damit ausgezeichnet haben, Pionier für Europa zu sein, hinken da hinterher.

Bundesweit steigt die Anzahl der Schulabgänger, die nicht fähig sind, eine duale Berufsausbildung zu absolvieren. In Hamburg trifft dies auf fast ein Drittel der Schülerinnen und Schüler zu. Jeder dritte bis vierte Jugendliche wird ausgegliedert. Das ist unsozial, das ist gesellschaftlicher Sprengstoff.

(Wilfried Buss SPD: Das ist CDU-Politik!)

Das ist eine ungeheure Verschwendung von Talenten, Potenzialen und letztendlich auch Geldern.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Auch die bürgerschaftliche Enquete-Kommission hat, über alle Partei- und Lagergrenzen hinweg, zu dieser Erkenntnis gefunden.

Noch etwas haben wir in der Enquete-Kommission gemeinsam festgestellt: Unser Schulsystem ist nicht nur sozial ungerecht – Frau Heyenn hat noch einmal deutlich darauf hingewiesen, dass im Hamburger Schulsystem die schärfste soziale Auslese aller Großstädte stattfindet –, es fordert auch die Leistungen unserer Kinder und Jugendlichen zu wenig.

Wir wissen aus den Hamburger Schulstudien, dass es durchaus Schülerinnen und Schüler gibt, die hohe Leistungen erreichen, dass es aber zu wenige sind. Unsere Kinder in Hamburg sind doch nicht dümmer als die Kinder in anderen Ländern. Sie haben ein Recht darauf, besser gefördert und gefördert zu werden. Eine kluge Stadt braucht nicht nur alle Talente, sondern eine kluge Stadt fordert und fördert auch alle Talente. Das gilt auch für Kinder, die besonders begabt und besonders schnell sind. Auch diese Kinder haben wir im Blick, wenn es um individuelle Förderung geht. Es geht um alle Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das heißt, dass jeder, unabhängig von der sozialen Herkunft, erst einmal die Chance erhalten muss, den höchsten für ihn möglichen Schulabschluss zu erwerben. Niemand darf in seiner Bildungslaufbahn beschämt oder verletzt werden. Das geht nur in einem vernünftigen, vertrauensvollen Lernklima. Wenn Schüler ständig vom Abstieg bedroht sind, entsteht kein Selbstvertrauen. Nur wer in der Schule angenommen ist, wird sich auch in die Gesellschaft integrieren und verantwortlich handeln.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Das alte Lernen, die alte Schule aus dem 19. Jahrhundert setzt auf Auslese. Das Trennen nach der vierten Klasse und die fehlende Integration ist ein Zeichen des Misstrauens. So können Schülerinnen und Schüler ihre Begabungen nicht entfalten. Die frühe Trennung ist übrigens auch eine zutiefst undemokratische Verhaltensweise. In anderen Ländern hat die Zukunft längst begonnen und auch in Hamburg haben wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht unter dem schon genannten Motto: Eine kluge Stadt braucht alle Talente.

Der Ihnen heute vorliegende Gesetzesentwurf legt das Fundament dazu. Mit der Novellierung des Hamburgischen Schulgesetzes wird der Rahmen geschaffen, das Hamburger Schulsystem umfassend zu reformieren und weiterzuentwickeln. Unser Ziel sind mehr Gerechtigkeit und mehr Leistung.

Mit der Änderung des Schulgesetzes werden auch richtungsweisende Empfehlungen der Enquete-Kommission zur PISA-Studie umgesetzt. Wir wollen den Zugang zu weiterführender Bildung und höheren Abschlüssen möglichst lange offen halten, die Abbrecherquote reduzieren und den Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Übergang in die berufliche Ausbildung oder das Studium ermöglichen.

Deshalb ist im Gesetzesentwurf eine umfassende Veränderung der organisatorischen Rahmenbedingungen im Schulwesen vorgesehen, die drei neuen Schulformen. Ich sage bewusst drei neue Schulformen, weil in allen drei Schulformen neue Lernformen, basierend auf modernen pädagogischen Erkenntnissen, vorgesehen sind. Es wird eine gesetzlich festgeschriebene Obergrenze für die Klassengrößen in den einzelnen Schulformen geben. Das ist der äußere Rahmen, in dem dann die neue Lernkultur Einzug halten kann. Neue Lernkultur heißt für uns – ein vielgebrauchter Begriff – individuelle Förderung, das heißt, eine am einzelnen Kind und Jugendlichen ausgerichtete Gestaltung des Lernprozesses sowie eine entsprechende moderne Leistungsfeststellung, Bewertung und Rückmeldung. Das ist ein ganz wichtiger Schritt.

Mitten in der Zeit der langen, intensiven Diskussionen im Ausschuss und in der Öffentlichkeit ist im Dezember 2008 der Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht worden. In ihr stärkt die UN insbesondere das Recht auf integrative Förderung. Ich bin sehr glücklich, dass gemäß dieser UN-Forderung nun der Anspruch auf integrative schulische Förderung im Gesetzesentwurf festgeschrieben ist. Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen das Recht haben, eine allgemeinbildende Schule zu besuchen und dort integrativ gefördert werden.

Die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen sieht übrigens auch vor, Frau Heyenn,

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

dass Kinder mit Behinderungen aufgrund ihrer besonderen Bedürfnisse auch in getrennten Lerngruppen, aber eben unter einem Dach mit anderen Kindern, gefördert werden, damit sie zu ihrem Recht kommen. Wir müssen da wahrscheinlich noch viel diskutieren.

Ich bin sehr froh, dass diese durch die UN-Konvention angeregten Neuerungen gemeinsam von CDU und GAL in das Gesetz aufgenommen werden konnten. Mich berührt es persönlich. Wir schlagen nämlich einen Weg ein, den sich viele Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen schon lange gewünscht haben.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich bin mir dessen bewusst, dass wir große Anstrengungen unternehmen müssen, dieses auch umzusetzen, diese Aufgabe zu lösen und dass es nur Schritt für Schritt gehen kann. Daher haben wir für den Übergang in Artikel 2 des Gesetzes ein schrittweises Inkrafttreten beschlossen, um dieses entsprechend sorgfältig vorzubereiten, so wie wir das für die gesamte Schulreform und die Bildungs-offensive machen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die Sorge vieler Eltern ansprechen, die nun nach der vierten Klasse nicht mehr wählen können, auf welche Schulform ihr Kind gehen soll. Das bisherige Verfahren ist aber extrem ungenau und kommt zu früh. Die Kinder sind zu jung, um verlässliche Prognosen abzugeben. Die Rolle der Noten ist viel zu entscheidend. Zukünftig wird es ein deutlich verlässlicheres

(Zuruf von *Ties Rabe SPD*)

mehrstufiges Verfahren geben und die Eltern werden, lieber Herr Rabe, dabei einbezogen, und zwar verbindlich mit Lernentwicklungsgesprächen und vielen anderen Verfahren mehr.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

Es ist sinnvoll, dann erst nach Klasse 6 auf die beiden gleichwertigen Schulen zu wechseln. Herr Gwosdz hat bereits die Studie von Professor Trautwein angeführt. Diese ist sehr interessant, weil sie wirklich zeigt, wie erfolgreich ein Verfahren ist, bei dem die Trefferquote für den weiteren Bildungsweg wesentlich besser ist und nicht sozioökonomische Hintergründe eine Rolle spielen, sondern die Leistungen der Schüler entscheiden. Danach gibt es zwei Wege.

Liebe Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die Stadtteilschule beruht auf den guten Erfahrungen der guten, modernen Gesamtschulen. Die haben Sie in den Achtzigern auf den Weg gebracht,

(Zuruf von *Ties Rabe SPD*)

da kann man sie doch hier nicht schlechtreden. Die Stadtteilschule basiert auf dem Konzept der Gesamtschulen, die schulpreisnominiert sind oder den Schulpreis sogar bekommen haben.

(*Ingo Egloff SPD und Karin Timmermann SPD*: Die machen Sie doch kaputt, die Gesamtschulen!)

Es ist wirklich eine Schande, dass Sie Ihre eigene Gesamtschule so schlechtreden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

In der Stadtteilschule und im Gymnasium werden zudem beide Wege zu allen Abschlüssen führen. Niemand kann mehr verloren gehen, für niemanden fällt ein Fallbeil, niemandem wird ein Weg verbaut und das ist wichtig. Wer das Elternwahlrecht in alter Form erhalten will, will weiter, dass Tausende von Kindern abgeschult werden, dass weiterhin Tausende Schülerinnen und Schüler in ihrer Schulkarriere Brüche erleben und sich selbst als Versager erleben; das wollen wir nicht mehr.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

Selbstverständlich kostet gute Schule Geld. Wir haben uns als Koalition darauf verständigt, dass in die Bereiche Bildung im weitesten Sinne von der Kita bis zur Hochschule mehr Geld investiert wird.

(*Ties Rabe SPD*: Wie viel?)

Ein Umbau der Schulstrukturen und eine nachhaltige Verbesserung des Unterrichts sind die Ziele, aber die brauchen nicht nur zusätzliche Ressourcen. Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen und dann sind wir schon bei einer ganz anderen Stellenplanung.

Erstens: Frau Heyenn, Sie haben eben kritisiert, dass es round about nur 300 neue Stellen für die bessere Ausstattung in der Primarschule sind zur Senkung der Klassenfrequenzen. Wir geben jedes Jahr mehr als 20 Millionen Euro für Schüler aus, die eine Klasse wiederholen. Statt das Geld für Wiederholer auszugeben, werden wir es für die individuelle Förderung wieder in die Schulen zurückgeben. Das ist sinnvoll, um den Unterricht entsprechend vernünftig zu planen anstatt unnötige Wiederholungen zu machen.

Ein Punkt, der noch nicht angesprochen wurde, ist, dass in Klasse 7 bis 10 am Gymnasium und an der Stadtteilschule die Kinder nicht mehr abgeschult werden können. Das heißt, die Schule übernimmt die Verantwortung für die Schüler und ein Schüler, der einmal einen Hänger hat, muss nicht gleich abgestuft werden.

Zweitens: Der Übergang von der Schule in den Beruf. Sie haben eben wie eine Monstranz vor sich hergetragen, dass es Ihnen um die Schüler ginge, die zu den sogenannten benachteiligten Jugendlichen gehören. Da liegt doch genau der Fehler,

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

dass wir seit 30 Jahren ein Reparatursystem finanzieren, das keine Wirksamkeit hat, diese Berufsvorbereitungsmaßnahmen, die pro Schüler knapp 7000 Euro pro Jahr kosten.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns mit den Gewerkschaften, den Kammern, dem Institut für berufliche Bildung und den allgemeinbildenden Schulen darauf verständigt haben, ein Übergangssystem von der Schule in die berufliche Ausbildung neu zu gestalten, und alle haben zugestimmt. Das ist sinnvoll, auch gerade jetzt im Aktionsbündnis, wo der Bürgermeister und alle beteiligten Behördenleitungen dabei sind. Es ist richtig, einen Weg aufzuzeigen und das aufeinander abzustimmen, übrigens auch mit der Arbeitsagentur, und besonders Geld in die Stadtteilschule zu stecken, um die Kinder in einer Berufswegebegleitung auf einen vernünftigen Weg beim Übergang von Schule in den Beruf zu bringen. Das sind Kosten, die wir im Reparatursystem sparen, aber sinnvoll in die Sekundarstufe I geben werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Manchmal werden auch die Investitionsausgaben beim Schulbau und die Betriebsausgaben ein bisschen vermischt oder falsch interpretiert.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist doch in Ordnung!)

Herr Rabe spricht dann von 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Dass dies auf 15 Jahre verteilt ist, man dividieren muss, wird vergessen.

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel nennen, wo wir Geld in die Hand nehmen. Parteiübergreifend sind die Fraktionen der Bürgerschaft und der Senat sich darin einig, dass wir kleinere Klassen schaffen wollen. Auch die bürgerschaftliche Enquete-Kommission hat dies vorgeschlagen und auch in Ihren Anträgen, meine Damen und Herren von der SPD und der LINKEN, fordern Sie das heute zu dem Schulgesetz. Wir werden für die Schaffung kleinerer Klassen – die Klassenfrequenzen sind schon genannt worden – unabhängig von der Schulstruktur zusätzliche Gelder benötigen, denn kleinere Klassen bedeuten mehr Klassenräume und mehr Lehrerinnen und Lehrer. Wenn eine Schule zwölf Klassen hat und es dann zu einer Frequenzabsenkung auf 25 oder 20 kommt, sind es plötzlich 15 Klassen.

Das sind die wirklichen Kosten und dafür haben Sie einen Beschluss gefasst im Haushalt 2009/2010 durch einen umfassenden Rückstellungstitel. Sie haben Sorge getragen, dass dies passiert und wir werden selbstverständlich zur Auflösung des Titels eine gesonderte Drucksache vorlegen, weil das ja Schritt für Schritt wächst. Die Verkleinerung der Klassen, die Ganztagschulen, die Sprachförderung, all das sind Betriebsmittel, die durch die Rückstellungen abgesichert sind.

Ich gehe nicht noch einmal auf den Bau ein, die 190 Millionen Euro sind genannt; das ist der Betrag und nicht mehr und nicht weniger. Nur wer keine kleineren Klassen möchte, kann sich dieses Geld sparen. Wer kleinere Klassen und individuelle Lernformen umsetzen will, der muss auch das Geld in die Hand nehmen. CDU und GAL nehmen das Geld in die Hand für die Zukunft unserer Schülerinnen und damit auch für die Zukunft unserer Freien und Hansestadt Hamburg.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Mit Ihrem Beschluss zur Novellierung des Hamburgischen Schulgesetzes legen Sie ein wichtiges Fundament dafür, dass die äußere Struktur und die Veränderung des Unterrichts auf den modernsten europäischen Standard gehoben werden. Wir haben bereits im Februar die Rahmenkonzepte für Primarschule, Stadtteilschule und das sechsstufige Gymnasium vorgestellt. Wir hatten den Abschluss der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen im Juli und haben den Entwurf vorgelegt, der nun von der Deputation im November beschlossen werden kann. Es liegt eine gute und erfolgreiche Wegstrecke der Planung, der Diskussion, der Rahmensezung hinter uns und wir werden jetzt alle Kraft und Konzentration auf die Umsetzung legen.

Liebe Abgeordnete der SPD, Sie haben einen Zusatzantrag mit dem Titel "Bessere Bildung durch bessere Schulreformen" gestellt. Wir wollen bessere Bildung durch unsere Schulreform und ich finde, Sie sollten uns dabei unterstützen, diese Reform noch besser zu machen und uns nicht ständig signalisieren, dass wir sie lassen sollen.

Es ist Zeit, jetzt die großen Probleme im Schulsystem anzupacken. Der gute Herr Kluge von McKinsey hat recht, wir sollten uns trauen und endlich diesen großen Schritt machen. Ich würde mich freuen, wenn nicht nur die Kolleginnen der Regierungsfractionen heute ihre Stimme für einen besseren Unterricht, für mehr Gerechtigkeit und längeres gemeinsames Lernen abgeben, denn die Sieger werden unsere Kinder in Hamburg sein. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Lemke.

Dittmar Lemke CDU:* Wir wiederholen heute eine Debatte, die bereits vor einigen Wochen in der Bürgerschaft fast inhaltsgleich geführt worden ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Dann können wir es uns doch jetzt sparen!)

Wenn wir das Für und Wider der Primarschule weiter austauschen, dann kommen wir vom Erkenntnisgewinn her nicht weiter. Ich versuche, noch ein-

(Dittmar Lemke)

mal ein paar Einzelpunkte herauszuarbeiten. Ich habe gelesen und gehört, dass die Schulgesetzänderung in der Bürgerschaft von der Regierungskoalition durchgepeitscht werde. Das ist grober Unfug und ich habe selten ein Gesetzgebungsverfahren erlebt, das mit einer solchen Akribie und Ausführlichkeit bearbeitet worden ist.

(Ingo Egloff SPD: Das wurde auf dem CDU-Parteitag gesagt, Herr Lemke!)

Ich möchte mich bei allen bedanken, die daran mitgewirkt und ihre Argumente eingebracht haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben das volle Programm durchgeführt: Öffentliche Anhörung, Expertenanhörung, Senatsanhörung und die CDU hat auf einem eigens einberufenen Bildungsparteitag auch die Basis eingebunden.

(Ingo Egloff SPD: Das muss noch mal gesagt werden!)

Es kann also wirklich niemand behaupten, dass diese Reform nicht mit der nötigen Sorgfalt behandelt worden wäre. Es ist einfach wichtig klarzustellen, dass die Abgeordneten der Bürgerschaft sehr sorgfältig vorgegangen sind und wir uns genau überlegen, was wir tun.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich habe Kritik daran gehört, dass diese Reform Geld kostet.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da haben Sie nicht zugehört, Herr Lemke!)

Das kann man nicht leugnen. Es werden Kosten entstehen und diese Reform bekommen wir einfach nicht zum Nulltarif. Das ist ein Moment, wo man als Politiker Farbe bekennen muss. Wir geben dieses Geld aus, um in Hamburg das modernste Schulsystem aller Bundesländer zu schaffen. Wovon leben wir denn in diesem Land eigentlich? Wir leben doch von dem, was wir zwischen den Ohren haben. Deswegen müssen wir den Kindern gute Schulbedingungen bieten. Beweisen Sie Mut und sagen Sie, dass es richtig ist, das Steuergeld der Bürger für die Schulen auszugeben.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber nicht für den Schulbau!)

Der Schulbau ist mein nächster Punkt. Ich habe gelesen, dass Sie den Schulbau der nächsten Jahre kritisieren, Herr Rabe. Das finde ich sachlich nicht in Ordnung, dass Sie diesen Punkt so bringen.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Gwosdz GAL)

– Vielen Dank.

Wir alle wissen doch, dass wir seit Jahrzehnten einen Berg von notwendigen Schulbaumaßnahmen und Sanierungen vor uns herschieben. Wer ist denn dafür verantwortlich? Das ist doch bestimmt nicht die CDU-Fraktion. Dann vermischen Sie natürlich ständig diesen allgemeinen Sanierungsbedarf mit der Reform. Sie wissen genau, Herr Rabe, dass man diese beiden Punkte nicht vermischen darf. Die Reform hat nichts mit dem allgemeinen Sanierungsbedarf der Schulen in den nächsten Jahren zu tun. Das sind wirklich Nebelkerzen, was Sie hier werfen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vorgestern habe ich etwas Interessantes vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Herrn Neumann gehört, der gerade leider nicht da ist. Wir waren zusammen in einer Diskussionsveranstaltung mit Soldaten der Bundeswehr und dort sagte Herr Neumann, dass es gut für Hamburg wäre, wenn ein Bildungskonsens zwischen den Parteien bestünde. Ich bin fast vom Stuhl gefallen, als ich das gehört habe. Da erinnert man sich doch sofort daran, dass ein Bildungskonsens schon einmal greifbar nahe war.

(Ties Rabe SPD: Ja, den haben Sie gebrochen!)

Das war die Enquete-Kommission in der letzten Legislaturperiode und es gibt eine Menge Beispiele, wo Konsens zwischen CDU und SPD herrschte.

(Zuruf von der SPD: Ja, und was haben Sie daraus gemacht!)

Wenn man sich das jetzt ansieht, zum Beispiel Seite 36 des Berichtes der Enquete-Kommission, Empfehlung jahrgangsübergreifendes Lernen: wird umgesetzt im Schulgesetz, Seite 39 des Berichtes, keine Klassenwiederholungen mehr: wird umgesetzt im Schulgesetz, Seite 84 des Berichtes, Bildung der Stadtteilschule: wird verwirklicht im neuen Schulgesetz.

(Ties Rabe SPD: Sie können doch nicht einzelne Sätze da jetzt rausnehmen!)

Seite 94 des Berichtes, am Ende von Klasse 6 treffen die Schulen die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn:

(Andy Grote SPD: Wo genau steht denn die Primarschule drin?)

auch verwirklicht im neuen Schulgesetz.

(Ties Rabe SPD: Lesen Sie doch mal die Seite vor mit der Primarschule!)

Ein Konsens in Bildungsfragen täte dieser Stadt wirklich gut, aber Sie sind es doch, die diesen Konsens aufgekündigt haben.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Dittmar Lemke)

Vielleicht weicht jetzt diese Frontstellung ein bisschen auf. Ich freue mich darüber, dass die Partei der LINKEN signalisiert hat, dass sie der Primarschule zustimmen wird. Das führt vielleicht wirklich zu dem, was wir uns wünschen, nämlich dass wir über diese Grundfragen eben auch Konsens erzielen. Für Sie, Herr Rabe, wird dann vielleicht nur der nachträgliche Konsens bleiben, den Sie dann vielleicht noch erzielen können. Wenn Sie allerdings solche Worte wie Schulkrieg verwenden, werden Sie es sich wirklich erschweren, noch Einfluss auf die Politik zu nehmen; ich finde diese Worte abscheulich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nach den vielen Bedenken und der Kritik ist es an der Zeit, einmal darauf hinzuweisen, welche Chancen das Schulgesetz den Schülern bieten wird. An einigen Stellen ist bereits die Stadtteilschule zitiert worden, die keine Restschule ist, wie manchmal populistisch behauptet wird. Hier wird ein völlig neues Bildungsangebot geschaffen. Die Möglichkeit für jeden Schüler, auf das Abitur zuzusteuern, hat es in dieser Form noch nicht gegeben, das ist völlig neu. Wir öffnen das Bildungssystem in einer beispiellosen Weise und die Weichen dafür hat die CDU bereits in der letzten Legislaturperiode gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Ich erwähne noch einmal die Inklusion, auf die auch die Senatorin hingewiesen hat. Der regelmäßige Schulbesuch von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist ein großer Schritt nach vorne, ich hatte das in der letzten Debatte detailliert ausgeführt. Die Reformpädagogik muss erwähnt werden, eine Lernkultur mit stärkerer und dokumentierter Individualisierung bestimmt das schulische Lernen. Das ist kein Programmsatz, sondern das ist wirklich konkreter gesetzgeberischer Auftrag für den Unterricht. Daran müssen wir zukünftig messen, was an den Schulen getan wird. Das sollten wir beobachten und genau sehen, dass es auch wirklich umgesetzt wird.

Hamburg setzt Maßstäbe in der Schulgesetzgebung und ich prophezeie Ihnen, dass andere Bundesländer von Hamburg abschreiben werden und wir werden es Ihnen erlauben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie können jetzt wieder aufwachen. Das sozialdemokratische Bildungsziel war und ist immer gewesen, dass Kinder die gleichen Chancen und die bestmögliche Bildung garantiert bekommen.

(*Viviane Spethmann CDU: Phrasengedreche! – Hartmut Engels CDU: Dann können wir ja gleich wieder einschlafen!*)

Vor diesem Hintergrund haben wir zu beurteilen gehabt, ob das vorliegende Gesetz diesen Ansprüchen genügt. Da liest man zunächst einmal ganz viel von Strukturen. Die Ankündigung der Methoden, die dazu führen sollen, dass unsere Kinder tatsächlich besser gefördert werden, findet sich zwar in den Begleitmaterialien, aber zwei Jahre länger gemeinsam in einer Klasse zu sitzen, reicht allein noch nicht für ein längeres gemeinsames Lernen aus, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Die Rahmenbedingungen sind zum Beispiel auch die Weiterbildungen für die Lehrer. In diesem Lehrerarbeitszeitmodell sind 30 Stunden Weiterbildung pro Lehrer im Schuljahr vorgesehen. 30 Stunden reichen schlichtweg nicht aus, um wirklich neue Unterrichtsmethoden erlernen zu können.

Bei dieser Bildungsoffensive, die Frau Goetsch angesprochen hat und auch andere hier, geht es darum, dass diejenigen, die jetzt mit den Primarschulen anfangen, fit gemacht werden und dann ihrerseits als Multiplikatoren an den Schulen wirken, wo das dann fortgeführt werden soll. Soll das ausreichend sein? Ich glaube es noch nicht.

(Beifall bei Michael Neumann SPD)

Diese Schule wird noch nicht deshalb gut, nur weil Sie heute ein Gesetz ändern. Diese Reform wird durch die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer mit Leben erfüllt werden. Da sind Sie uns bisher noch ganz viel schuldig geblieben.

(*Hartmut Engels CDU: Ist die Schule auch für Kinder da?*)

– Für die Kinder ist die Schule immer da, das ist völlig klar.

Aber wer setzt das denn letzten Endes vor Ort um? Das sind die Lehrer und die haben Sie jämmerlich im Stich gelassen. Denen kippen Sie das alles über, die sollen diese Reformen durchführen, die Sie gut und richtig finden. Wir sind uns ja einig, dass es mehr Individualisierung braucht, aber ich sehe noch nicht, dass Sie auch die Ressourcen dafür bereitgestellt haben.

(*Hartmut Engels CDU: Das ist ein persönlicher Wettstreit der SPD mit den LINKEN um die Lehrgewerkschaften!*)

Deswegen haben wir unter anderem nach Ressourcen gefragt, danach, was Sie denn wirklich wofür zur Verfügung stellen, damit man zumindest in Ansätzen sehen könnte, das ist für die Förderung von Kindern und das ist für die Weiterbildung von Lehrern vorgesehen. Die Grundhaltung, die sicherlich in der Stadt zum längeren gemeinsamen Lernen vorhanden ist, darf man ganz einfach nicht

(Andrea Rugbarth)

verwechseln mit der Grundhaltung zu dieser Reform. Die ist nämlich durchaus nicht so positiv.

Kommen wir zu dem, was allenthalben gesagt wird. Es ist ein Schritt zum längeren gemeinsamen Lernen und einige sagen auch, dass es der Einstieg in das längere gemeinsame Lernen sei. Einstieg klingt ganz einfach nach einer Fortsetzung, als gäbe es anschließend noch einmal zwei Jahre nach Belieben obendrauf. Bis sich das gesamte Schulsystem von diesem Umbau erholt hat, von den schon vorhandenen Reformen und von denen, die wir jetzt durchführen – es sind genau genommen zwei Reformen, die Primarschulreform und die Einführung der Stadtteilschule –, werden Jahre vergehen, bis wir überhaupt wieder an weitere Strukturänderungen, an noch weiteres gemeinsames Lernen herangehen können.

Als Vertreterin der einen Schule für alle – wir sind gemeinsam dafür auf die Straße gegangen, Frau Heyenn und ich und auch Frau Goetsch – reicht mir das System, das wir jetzt aufbauen, ganz einfach nicht aus. Es zementiert im Anschluss an diese sechs Jahre gemeinsamen Lernens ein Zwei-Säulen-System. Dafür standen wir nicht auf der Straße und haben Unterschriften gesammelt.

(Beifall bei der SPD – *Viviane Spethmann*
CDU: Das geht Ihnen nicht weit genug!)

– Ja, natürlich.

Das vorliegende Gesetz, und das muss ich ganz einfach kritisieren, enthält nicht ansatzweise etwas dazu, wie sich dieses System weiterentwickeln soll und darauf kommt es doch an. Diese übergreifenden pädagogischen Konzepte, so wie wir sie als SPD in unseren Dokumenten festgehalten haben, nämlich eine Langformschule, in der die Grundschulen und die Stadtteilschulen sich gemeinsam hätten entwickeln können, vermisste ich in Ihrem Gesetzentwurf. Stattdessen ist es wahrscheinlich, dass sich auch die Gymnasien mit den Primarschulen zusammentun werden und da muss man ganz einfach befürchten, dass eine soziale Auslese stattfindet.

Jenseits aller neu einzuführenden Verfahren am Übergang von der Primarschule zur weiterführenden Schule sehe ich noch nicht, dass dieser Übergang so problemlos ist, so positiv er auch von Frau Goetsch mit umfangreicher Leistungsbewertung, Kompetenzfeststellung und dergleichen mehr geschildert wurde. Viele Jahre ausgiebiger Diskussionen mit Lehrkräften haben mir gezeigt, dass unter den tatsächlichen Bedingungen, welchen Background ein Kind hat, auch diese subjektiven Einschätzungen in so eine Kompetenzfeststellung mit einfließen. Diese wird demzufolge nicht frei von subjektiver Beurteilung sein. Inwieweit wollen Sie mir denn dann sagen, dass keine soziale Komponente da drin ist und wir wirklich die Chancengleichheit erhalten. Ich sehe es noch nicht.

Was hatten Sie noch alles gesagt?

(*Antje Möller GAL*: Wollen Sie eine Antwort haben oder reden Sie gleich weiter?)

– Ich habe jetzt die Gehässigkeit da drüben gar nicht gehört, es war irgendetwas Böses, aber macht nichts.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Nein, das war ganz lieb gesagt! – Beifall bei *Andreas Waldowsky GAL*)

An einer Stelle bin ich ein bisschen verwirrt, Frau Goetsch. Sie haben gesagt, dass wir die Stadtteilschule schlechtreden würden. Wir reden sie nicht schlecht, denn die Stadtteilschule wäre ohne die Gesamtschule, die wir vorher installiert hatten, überhaupt nicht möglich, denn sie basiert auf den Erfahrungen unserer Gesamtschule. Ganz im Gegenteil, wir sind traurig, dass unsere Gesamtschule dann gar nicht mehr auftaucht.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir könnten aber damit leben, wenn die Stadtteilschule wirklich die Säule wäre, die zu dem ausgebaut würde, was wir uns vorstellen, nämlich das längere gemeinsame Lernen. Aber das ist es nicht, sondern es besteht die große Gefahr, dass eine Resteschule entsteht, die keine Akzeptanz durch die Eltern findet.

Auf etwas möchte ich noch eingehen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Eine spannende Rede!)

– Herr Beuß, Ihre Rede gestern Abend vor Ihren eigenen Kollegen war auch nicht viel spannender.

(Beifall bei der SPD – *Kai Voet van Vormizee CDU*: Waren Sie da?)

Jetzt bin ich aber tatsächlich ein bisschen durcheinander gekommen.

(*Egbert von Frankenberg CDU*: Das Thema hat bei der SPD hohe Priorität, das merkt man! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat die Abgeordnete Rugbarth. Sie dürfen es auch ausnutzen.

Andrea Rugbarth (fortfahrend): – Danke, Herr Präsident.

Trotz der Bedenken, die ich auch jetzt geäußert habe, sehe ich, dass diese Reform gute Ansätze enthält, das kann man nicht bestreiten.

(*Egbert von Frankenberg CDU*: Das hörte sich bei Herrn Rabe aber anders an!)

Perspektivisch aber, das haben Sie völlig richtig erkannt, haben wir in unseren Papieren das wirklich längere gemeinsame Lernen mit der einen Schule

(Andrea Rugbarth)

für alle auf unser Papier geschrieben. Perspektivisch sehe ich eben nicht, dass sich dieses System dahingehend umbauen lässt und deswegen lehne ich es ab, auch weil die sechs Jahre ganz einfach nicht ausreichen. Die zwei Säulen darauf zementieren etwas und ich sehe keine vernünftige Weiterentwicklung. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Debatten über die Schulpolitik sind immer sehr emotionale Debatten, weil es um die Zukunft unserer Kinder geht. Das ist auch gut und richtig so. Wenn ich heute nicht mit der gleichen Leidenschaft und Beweglichkeit rede, dann liegt das nicht daran, dass mir die Leidenschaft fehlt, sondern dass ich unfallbedingt etwas in der Bewegung eingeschränkt bin.

Bevor wir noch einmal in die Debatte einsteigen, möchte ich eines sagen. Wir haben heute eine Debatte über ein Schulgesetz, das nicht nur in Hamburg, sondern in ganz Deutschland Aufmerksamkeit erregt,

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, aber nicht nur positiv!)

nicht nur deshalb, weil es eine der größten Veränderungen der Schulstruktur in unserem Lande darstellt, sondern auch, weil erstmalig zwei Partner versuchen, ein Schulsystem neu zu gestalten, die sich in der Vergangenheit in unterschiedlichen Lagern befunden haben.

(Ties Rabe SPD: Dann muss es ja gut sein!)

Wenn wir einmal analysieren, warum das deutsche Schulsystem und die darin erbrachten Leistungen im internationalen Vergleich nur beklagenswerte Ergebnisse erbringen, dann muss man doch feststellen, dass die schulpolitischen Debatten der Vergangenheit von zwei Lagern geprägt waren, die jeweils immer auf alles oder nichts, auf Sieg oder Niederlage gesetzt hatten. Zu dem einen Lager gehörten auch wir Grünen, die immer gesagt haben, wir wollen längeres gemeinsames Lernen und wir wollen kein gegliedertes Schulsystem und die Verteidiger des gegliederten Schulsystems.

Das Ergebnis war eine immer mehr aufgesplitterte Schullandschaft. Es gab neue Koalitionen, es gab neue Schulversuche und wenn man sich das Hamburger Schulsystem anguckt, so wie es heute existiert, muss man sagen, das ist nicht dreigliedrig, das ist vier-, fünf-, sechs-, siebengliedrig. Das ist einer der Gründe dafür, dass wir so schlechte Ergebnisse in der Schule, von der Leistung her, aber natürlich auch in puncto soziale Gerechtigkeit erzielen.

Das Besondere an diesem Schulgesetz ist, dass wir erstmalig in diesem Land nicht mehr versucht haben, welche Seite gewinnt, sondern dass zwei Partner aus unterschiedlichen Lagern versucht haben, einen Kompromiss zu finden, der einerseits längeres gemeinsames Lernen befördert und damit mehr soziale Gerechtigkeit, aber auch ein leistungsstärkeres Schulsystem schafft und andererseits einen Teil des alten Schulsystems bewahrt. Das ist das Große und Bedeutsame heute.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dieser Meilenstein ist zu einem Großteil auch sozialdemokratischer Programmatik geschuldet, so wie Sie es in Ihren Programmen schreiben.

All Ihre Reden, Herr Rabe und auch Frau Rugbarth, mit all diesen vielen unterschiedlichen Details und ähnlichen Dingen sind doch einfach nur Nebelkerzen, die Sie zu werfen versuchen, weil Sie ganz offenkundig allein aus taktischen Erwägungen über die Meinungshoheit an den Stammtischen glauben, machtpolitisch Vorteile zu erringen, und dafür bereit sind, Ihre eigene Programmatik ein Stück weit zu vergessen. Damit bestätigen Sie all die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt und diesem Lande, die sagen, Politik sei ein schmutziges Geschäft.

(Ingo Egloff SPD: Und Sie sind der weiße Ritter, Herr Kerstan!)

Damit erweisen Sie nicht nur der Schulpolitik, sondern der Politik insgesamt einen Bärendienst, Herr Rabe und die Sozialdemokraten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Und wenn Sie angesichts dieses historischen Kompromisses, der beinhaltet, dass widerstreitende Lager, die sich unversöhnlich gegenüberstanden, jetzt einen gemeinsamen Entwurf haben, dann von Schulkrieg und ähnlichen martialischen Begriffen reden, Herr Rabe, dann zeigt das nur eines: Sie mögen sich hier als Biedermann darstellen, dem es um das Wohl der Kinder in unserer Stadt geht. In Wirklichkeit haben Sie heute wie ein Brandstifter geredet und dafür sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Das ist doch lächerlich!)

Dass Sie dafür den Beifall der gesamten sozialdemokratischen Fraktion bekommen haben, das macht mich ein Stück weit fassungslos.

(Michael Neumann SPD: Mich macht die Rede fassungslos!)

Wir hätten vor einer Weile nicht gedacht, dass wir diesen großen Schritt hin zu einem gerechteren und leistungsstärkeren Schulsystem zusammen mit der CDU gehen können. Wir wussten, dass wir harten Widerstand aus den Ecken bekommen würden, wo er jetzt auch herkommt und wo man viel

(Jens Kerstan)

Überzeugungsarbeit leisten muss, aus dem Bereich der Handelskammer und der Wirtschaftsverbände. Was wir uns aber nicht hätten träumen lassen,

(Michael Neumann SPD: Jetzt fängt er noch an zu weinen!)

wenn es darum geht, mehr Gerechtigkeit in diesem Schulsystem zu schaffen und auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund bessere Chancen zu verschaffen,

(Michael Neumann SPD: Schwarz-Grün hat vielen die Augen geöffnet!)

dass die Sozialdemokratie Schulter an Schulter mit Handelskammer und Wirtschaftsverbänden erbittert mit Zähnen und Klauen gegen dieses gerechtere Schulsystem kämpft. Das hätten wir uns wirklich nicht träumen lassen. Aber all Ihre Argumente heute, die Sie zu Beispielrechnungen, zu fehlender Ausbildung und Ähnlichem angeführt haben, haben keine Antwort darauf gegeben, warum Sie eigentlich, obwohl Sie für längeres gemeinsames Lernen sind, gegen diesen Schulentwurf sprechen wollen. Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es empört mich regelrecht, Herr Rabe, dass Sie das bestehende Schulsystem mit dem jetzigen Elternwahlrecht so darstellen, als ob es die soziale Integration unterstütze.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da haben Sie überhaupt nicht zugehört!)

Das ist doch das Argument von Herrn Rabe, der gesagt hat, in Wilhelmsburg und in anderen Stadtteilen führe das jetzige Schulsystem dazu, dass viele Kinder in diesen Stadtteilen auf Gymnasien gehen, obwohl sie keine Gymnasialempfehlung haben. Das erweckt den Eindruck, als ob das Schulsystem, so wie es jetzt ist,

(Ingo Egloff SPD: Das zeigt doch nur, dass die Eltern ihre Chancen wahrnehmen!)

nicht diese soziale Teilung aufweist, bei der die Herkunft der Eltern das entscheidende Kriterium dafür ist, wer Chancen auf Bildungserfolg in dieser Stadt hat.

(Zuruf von Ties Rabe SPD)

Ich möchte Ihnen einmal an zwei Beispielen darstellen, wie die Realität in diesem Lande bisher wirklich war, Herr Rabe.

Unser Parteivorsitzender Cem Özdemir war im Bundestagswahlkampf hier in Hamburg und hat über seine Schulzeit gesprochen. Am Ende der Grundschule wurden die Schüler gefragt, auf welche Schule sie denn gehen wollen. Da wurde gefragt, wer geht auf die Hauptschule? Da hat er sich nicht gemeldet, weil er dachte, ich will Erfolg haben. Da wurde gefragt, wer will auf die Real-

schule? Da hat er sich auch nicht gemeldet und er war nur eines von zwei Kindern in dieser Klasse, das einen Migrationshintergrund hatte. Und dann wurde gefragt, wer geht aufs Gymnasium? Da hat er sich gemeldet und wissen Sie, was passiert ist? Da hat der Lehrer gelacht und die erste Reihe in der Klasse hat auch gelacht und wie eine Welle ging das weiter vor. Cem Özdemir hat gesagt, es gibt Momente im Leben, die vergisst man nicht. Die Botschaft ist angekommen: Du mit deinem Elternhaus wirst in dieser Gesellschaft keinen Erfolg haben.

(Ties Rabe SPD: Deshalb muss man für das Elternwahlrecht sein!)

Das ist in der Struktur dieses Schulsystems begründet. Dieses Beispiel hat mich sehr betroffen gemacht, auch deshalb, weil ich meine eigene Geschichte ganz gut kenne.

(Zurufe von der SPD)

Ich selbst hatte auch keine Gymnasialempfehlung. Aber als Kind, das im Bergedorfer Villenviertel aufgewachsen ist mit einem Vater, der geschäftsführender Gesellschafter einer Reedereigruppe war, war es vollkommen klar, dass, egal was Grundschullehrer empfehlen, ich aufs Gymnasium gehen würde. So ist unser Schulsystem aufgebaut und das ist der Grund, dass wir im Vergleich der Industriestaaten ein Schulsystem haben, in dem die soziale Herkunft der Eltern den entscheidenden Einfluss ausübt auf den Bildungserfolg von Kindern in dieser Stadt.

(Michael Neumann SPD: Da gibt es doch überhaupt keinen Widerspruch!)

Schlimm genug, dass wir diesen Zustand jahrelang geduldet haben. Endlich sind wir bereit, diesen Schritt zu gehen, und wir werden ihn gehen, auch wenn Sie Sozialdemokraten heute entgegen all Ihren Überzeugungen gegen dieses Gesetz stimmen werden.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der LINKEN)

Ich möchte zu den Sozialdemokraten auch jetzt nicht viel mehr sagen, das ist ein weiteres Trauerspiel der Demontage der eigenen Glaubwürdigkeit, aber ich möchte etwas zu den Eltern sagen, deren begründete Sorge um die Zukunft ihrer Kinder auch wirklich Antworten verlangen. Da muss man eines sagen, glauben Sie nicht unseren Worten, achten Sie auf unsere Taten. Schauen Sie sich an, was wir getan haben, als wir gesagt haben, wir nehmen die Sorgen der Eltern ernst.

Zum Beispiel hatten wir im Koalitionsvertrag vorgesehen, dass die jetzige Jahrgangsstufe 3 in die Primarschule wechseln wird. In den regionalen Schulentwicklungskonferenzen hat es sehr viel Kritik daran gegeben. Viele Eltern haben ihre Sorge darüber geäußert, dass ihre Kinder dort zwischen

(Jens Kerstan)

Baum und Borke landen werden, und wir haben das geändert. Die jetzige Jahrgangsstufe 3 wird nicht als Jahrgangsstufe 5 in der Primarschule starten, sondern wird weiterhin in der jetzigen Gliederung vorangehen können.

(Michael Neumann SPD: Dann frag' doch einmal die jetzigen Eltern, die werden die gleiche Antwort geben!)

Daran zeigt sich doch deutlich, dass wir es sehr ernst nehmen und berechnete Kritik auch aufgreifen. Sie werden in ganz Deutschland keinen Prozess wie die Regionalen Schulentwicklungskonferenzen finden, wo mit den Beteiligten, den Eltern, den Schulleitungen und den Lehrern, diskutiert wird und das, was dort erarbeitet wurde, ernst genommen wird. 70 Prozent der Empfehlungen der Regionalen Schulentwicklungskonferenzen sind von der Behörde komplett übernommen worden. Bei 25 Prozent ist eine Variante von mehreren übernommen worden, die diese Konferenzen selbst erarbeitet haben, und nur in 5 Prozent dieser Fälle hat die Behörde eine andere Entscheidung getroffen. Das zeigt sehr deutlich, dass dies keine Reform ist, die von oben durchgesetzt wird, sondern dass die Eltern und die Vorschläge ernst genommen werden. So werden wir auch den weiteren Prozess dieser Reform vorantreiben und letztendlich unserem Ziel einer gerechteren, aber auch leistungsstärkeren Schule einen großen Schritt näherkommen. Das ist eine gute Botschaft für die Kinder in dieser Stadt und ich würde mir wünschen, dass Sie, wenn Sie es wirklich ernst meinen und mitarbeiten wollen, diese Fundamentallopposition aufgeben, die Ihnen überhaupt nichts nützen wird, sondern Ihnen schadet und auch der Debatte in dieser Stadt schadet. Lassen Sie uns gemeinsam wie bisher an guten Reformen und an weiteren Schritten arbeiten zum Wohle der Kinder und der Qualität der Bildung an unseren Schulen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Da muss man sich die Tränen trocknen!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan, Sie haben uns Einblick gegeben in Ihre Träume vom letzten Jahr anlässlich der Debatte über die Regierungserklärung. Sie sagten, Sie hätten sich wirklich nicht träumen lassen, dass dieser zentrale Baustein der schwarz-grünen Koalition in dieser Stadt und dieser Gesellschaft so viel Konflikte und Dissens produziert.

(Jens Kerstan GAL: Das habe ich nicht gesagt!)

– So habe ich Sie verstanden.

(Jens Kerstan GAL: Dann haben Sie mich falsch verstanden!)

Zunächst einmal ist es richtig, dass diese Reform nicht unter dem großen Etikett Schulfrieden abläuft, wie es der Bürgermeister damals, wenn ich richtig gehört habe, noch gesagt hat. Wir hatten schon häufiger den Streit und wenn Sie sich ein bisschen Gefühl für Fairness bewahrt hätten, dann würden Sie hier nicht auf irgendjemanden zeigen und sagen, da sitzt der Brandstifter für den Konflikt. Das ist viel komplizierter. Hier sind noch einmal Argumente vorgebracht worden. Und wenn wir mit dieser Reform wirklich dahin kommen wollen, dass wir wieder ein bisschen runterfahren und uns in Richtung auf einen Schulfrieden bewegen, dann ist es nicht mit der Entscheidung heute getan, sondern dann geht es um die Frage, was passiert danach.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Martin Schäfer SPD)

Dazu müssen wir alle – ich sehe das auch als Aufgabe der Linksfraktion – unseren Beitrag leisten.

Herr Rabe hat vorhin zu Recht gesagt, gute Schule brauche Konsens. Das Problem ist nur, Herr Rabe, dass wir keine gute Schule haben. Wir stehen mit dem Rücken zur Wand, um es einmal drastisch auszudrücken. Das war immer unser zentrales Argument, Frau Heyenn hat es vorgetragen. Den gegenwärtigen Zustand fortschreiben zu wollen, geht nicht.

(Ingo Egloff SPD: Das ist Konsens!)

Das ist für uns bei dieser ganzen Debatte die Grundüberlegung.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Die spannende und politisch entscheidende Frage ist, wie wir aus dieser Sackgasse herauskommen. Wir können nicht einfach warten, bis eine bessere politische Konstellation kommt. Frau Goetsch hat noch einmal eine Reihe von Argumenten angeführt, wie man aus dieser Sackgasse herauskommt: erstens Abschaffung der Hauptschule, zweitens Abschaffung des Sitzenbleibens, Recht auf Förderung auch in der Regelschule, UN-Konvention, drei neue Schulformen, kleinere Klassen und Einstieg in eine individuelle Lernkultur. Das sind die aus meiner Sicht wichtigen Argumente, die jetzt auf den Tisch gelegt worden sind.

(Zuruf von Ties Rabe SPD)

– Ich diskutiere hier nicht die Schulform. Wir stehen mit dem Rücken zur Wand, das sind die wichtigsten Argumente.

Dann muss ich mir den Verweis auf einen führenden Mitarbeiter einer Unternehmensberatung an-

(Dr. Joachim Bischoff)

hören, der gesagt hat, habt nicht solche Angst, ihr könnt ruhig einen großen Schritt machen. Wenn wir genau hingucken, dann ist der Schritt aus der Sackgasse heraus nicht sehr groß. Aber das hilft uns in der Situation jetzt nicht weiter. Wir würden sicher etwas anderes wollen, andere Schritte, Frau Rugbarth, und das wären Schritte in Richtung einer Schule für alle. Da müssten wir auch lange Übergangszeiten kalkulieren, aber wir hätten von vornherein vielleicht ein Ziel, das uns wirklich aus der Sackgasse herausführen würde. Das erreichen wir jetzt politisch nicht.

Herr Rabe, ich möchte noch etwas zu Ihren Argumenten und denen Ihrer Fraktion anmerken. Sie haben gesagt, dass die vorliegenden Argumente Sie nicht überzeugten, weil diese Reform mehr zerstöre als heile. Wenn ich in meinem Bild bleibe, treten wir im Grunde auf der Stelle und kommen aus der Sackgasse nicht heraus.

Erstens führen Sie das Argument an, die Spaltung werde verstärkt. Diese Befürchtung teilen wir. Wir sind da nicht sicher, aber das hängt auch davon ab, wie wir diese Reform begleiten und ob das in den nächsten Auseinandersetzungen wirklich ernst genommen wird. Die Gefahr ist da und Frau Heyenn hat es schon gesagt, die Gefahr ist auch deshalb da, weil wir zum Schluss noch Änderungsanträge von der CDU-Fraktion gesehen haben, die uns die Zustimmung zu diesem Konzept wirklich nicht leichter machen.

Ihr zweites Argument besagt – Sie haben mehr vorgebracht, aber für uns ist dieses wichtig –, die finanziellen Ressourcen würden hinter den Erfordernissen zurückbleiben. Erfordernisse heißt nicht irgendetwas noch Besseres, sondern die Erfordernisse bleiben hinter den genannten konkreten Punkten zurück. Diese Einschätzung teilen wir zum Teil, weil wir noch keine genauen Vorstellungen haben, was das finanziell im Einzelnen bedeutet.

Es sind drei wichtige Aspekte, auf die wir immer zurückkommen werden. Der erste Aspekt: Gute Schule kostet Geld und mehr Geld. Das müssen wir wirklich nachher bei den Lehrerstellen sehen, aber auch bei der Arbeitszeitregelung, bei der Altersteilzeit und bei der Frage, wie die Fortbildung aussieht. Diese Bedenken teilen wir, aber wir sagen jetzt erst einmal, wenn Ihr diese konkreten Punkte umsetzt, dann sind wir damit einverstanden. Wir werden sicherlich weitergehende Vorstellungen haben.

Der zweite Punkt ist auch unstrittig: Gute Schule braucht andere Räume. Diese Debatte führen wir noch einmal, auch da wird man genau hinschauen, ob das konzeptionell hinkommt.

Abschließend der dritte Punkt: Gute Schule kostet Geld. Wenn diese Koalition über ihren Schatten gesprungen wäre und gesagt hätte, jetzt gehen wir schon einmal so ein Wagnis ein – Herr Kluge sagt,

eine solche kleine leise Revolution –, dann hätte ich es gut gefunden, wenn Sie den ganz kleinen Schritt in Sachen Büchergeld und kostenloses Mittagessen auch gegangen wären.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Kerstan, dann hätten Sie nicht nur eine sehr skeptische und kritische Begleitung von uns zum Thema Primarschule bekommen, sondern dann hätten wir vielleicht sogar mit Überzeugung für das Ding gestimmt.

(Beifall bei der LINKEN – *Olaf Ohlsen CDU*: Reichtum für alle!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Petersen.

Dr. Mathias Petersen SPD:* Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz mitteilen, warum ich wie abstimme. Unsere Fraktion hat einen Beschluss gefasst, den ich aber nicht teilen kann. Ich bin, seitdem ich in die Sozialdemokratische Partei eingetreten bin, für längeres gemeinsames Lernen und bin fest davon überzeugt, dass dieser Schritt, der jetzt gegangen wird, ein historischer und mutiger Schritt ist, der in die richtige Richtung geht.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dieses Gesetz hat durchaus Teile, die die Sozialdemokratie nicht unterschreiben kann. Das Büchergeld wurde genannt und manche anderen Punkte auch. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass das längere gemeinsame Lernen dazu führen wird, dass es mehr Bildungsgerechtigkeit in dieser Stadt gibt. Das brauchen wir dringend und deswegen stimme ich dem Gesetz zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rabe.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Der stimmt jetzt auch zu!)

Ties Rabe SPD:* Glaube und Hoffnung, das habe ich in jeder Rede gehört. Es ist schön, dass die CDU das immer anführt, es steht im Kolosserbrief, Paulus schreibt es: Glaube, Liebe, Hoffnung.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Das Größte ist die Liebe!)

Aber das Spannende ist doch, dass wir in diesem Haus sind, um nicht nur unseren Glauben zum Ausdruck zu bringen, sondern wir müssen versuchen, diesen Glauben oder diese Hoffnung auch zu übersetzen in konkrete Politik. Da muss etwas Konkretes passieren. Deswegen sind wir 121 bezahlte Parlamentarier gewählt worden von dieser

(Ties Rabe)

Stadt, um genau hinzugucken. Ab und zu vergessen wir das, wie wir wissen. Im Nachhinein könnte man sagen, war das so klug mit der Elbphilharmonie, da hätte man vielleicht einmal hingucken können. Oder bei der HSH Nordbank hätte man einmal hingucken können.

(Jens Kerstan GAL: Ach, hör doch auf!)

Deswegen sage ich auch hier, lieber Jens Kerstan, hingucken kann nichts schaden. Wenn ich in jedem dieser Redebeiträge Überzeugungen höre, ist das der richtige Anfang, aber das kann doch nicht alles sein. Wir können doch nicht aufgrund von Glauben sagen, so muss es gemacht werden, sondern es darf gestattet sein,

(Zuruf von der CDU: Das nennt man Vision!)

einmal genau hinzugucken.

Es werden Beispiele angeführt zum Elternwahlrecht, ich will das gerne aufgreifen. Wenn Herr Özdemir von seinen Lehrern nicht empfohlen worden ist, so ist das gemein. Aber genau das machen Sie jetzt. Wir haben im Schulausschuss gefragt, wie Sie das eigentlich umsetzen wollen, dass es in Zukunft gerechter zugeht und die Eltern nicht mehr entwischen können. Dann hieß es, das haben wir uns noch nicht überlegt. Wir haben gefragt, ob es irgendwelche Tests gibt, die genau belegen, ob jemand das oder das kann. Es hieß, die müssen wir noch erfinden. Dann haben wir gefragt, wie das mit den sozialen Kompetenzen sein soll, auch die sollen eine Rolle bei der Empfehlung für die weiterführende Schule spielen. Und da hieß es, auch darüber müssen wir noch nachdenken.

Hier wird eine große Wolke versprochen, die heißt, es wird eine gerechte Empfehlung geben, aber es gibt nichts, gar nichts. Es gibt keine Tests, es gibt keine Vorschläge, es gibt null. Wenn es aber so gerecht ist und wenn ich nun einfach einmal glauben würde, dass Sie das hinbekommen, was bisher in Europa noch nicht erfunden worden ist, nämlich einen Test, der das supergerecht macht, dann frage ich mich, warum Sie die Eltern trotzdem nicht mitreden lassen. Wenn Ihre Empfehlung so prima ist, dann kann man doch den Eltern auch vertrauen, dass sie in diesen Prozess mit eingebunden werden. An dieser Stelle wird aus meiner Sicht schon deutlich, wie fadenscheinig und brüchig es zugeht, wenn man bei diesem Schulgesetz ein Stück weit von Glaube, Liebe, Hoffnung weggeht und sich konkrete Details anschaut. Ihr wollt das alle nicht, das haben wir mitbekommen. Ich sage aber, dass uns das in den nächsten drei Jahren Schritt für Schritt auf die Füße fallen wird. Wenn man das so will, meinerwegen. Ich rate nur dazu, nicht nur zum Thema Glaube und Überzeugung zu sprechen, sondern sich Details anzugucken, und das unterscheidet uns Sozialdemokraten in der Tat von Ihnen in der CDU und der GAL. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zurufe bei der CDU: Oh!)

Präsident Berndt Röder: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4252. Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/4255. Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Weiter mit dem Antrag der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/4256. Wer möchte diesem folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zum Bericht des Schulausschusses aus der Drucksache 19/4150 und den darin aufgeführten Empfehlungen zum Zwölften Gesetz der Änderungen des Hamburgischen Schulgesetzes aus der Drucksache 19/3195. Die SPD-Fraktion möchte über die Paragraphen 12, 22a, 45 und 86 separat abstimmen lassen. Das betrifft die Ziffern 10, 20, 38 und 60 aus Artikel 1 des Gesetzesentwurfs.

Wer möchte nun den Ziffern 1 und 12 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte die Ziffern 2, 7, 9, 10, 11, 13 und 14 der Ausschussempfehlungen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer Stimmenthaltung einstimmig so beschlossen.

Wer möchte sich den Ziffern 3 und 8 der Ausschussempfehlungen anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Wer möchte den Ziffern 4 und 5 der Ausschussempfehlungen zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit bei einer großen Anzahl von Stimmenthaltungen so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 6 der Ausschussempfehlungen seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer Stimmenthaltung mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 15 der Ausschussempfehlungen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer Stimmenthaltung mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 16 der Ausschussempfehlungen mit Ausnahme der Ziffern 10, 20, 38 und 60 aus Artikel 1 des Zwölften Gesetzes zur Änderung des

(Präsident Berndt Röder)

Hamburgischen Schulgesetzes folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer Stimmenthaltung mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte nun die Ziffer 10, 20, 38 und 60 aus Artikel 1 des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur abschließenden Abstimmung in erster Lesung.

Wer möchte das Zwölfte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes aus Drucksache 19/3195 mit den soeben beschlossenen Änderungen in erster Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit derselben Mehrheit und demselben Abstimmungsergebnis wie in der ersten Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 36 auf, Drucksache 19/4114, ein Antrag der SPD-Fraktion: Beitragsfreie Kindertagesbetreuung im Jahr vor der Schulpflicht – auch für die Eltern sogenannter Kann-Kinder!

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Beitragsfreie Kindertagesbetreuung im Jahr vor der Schulpflicht – auch für die Eltern sogenannter Kann-Kinder!
– Drs 19/4114 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Veit hat es.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Carola Veit SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem die Vertreter aller Fraktionen und des Senats sich in dieser Debatte eben glaubhaft versichert haben, wie sehr ihnen Chancengleichheit, eine möglichst gleichberechtigte Bildungsbeteiligung und eine optimale Förderung aller Hamburger Kinder am Herzen liegen, könnten wir es uns jetzt eigentlich einfach machen und die Gleichbehandlung aller Hamburger Kinder auch im letzten Kita-Jahr gleich einmal beschließen. Aber

da sehen Sie und Sie leider einen entscheidenden Unterschied. Sie, meine Damen und Herren vom Senat und von den derzeitigen Mehrheitsfraktionen sind bereit, mehrere hundert Millionen Euro für Ihre Schulreform einzusetzen. Da kommt es auf die eine oder andere Million nicht an und so genau will man das alles auch gar nicht wissen. Aber Sie wollen zugleich kleinkariert und kleinkrämerisch den Eltern von etwa 1500 bis 2000 Hamburger Kindern Geld für eine Leistung abnehmen, die Sie rund 10 000 anderen Hamburger Kindern kostenlos gewähren. Das sind übrigens bis zu 2300 Euro im Jahr für die Familien. Finden Sie das richtig oder finden Sie das etwa gerecht? Wir tun das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben Hamburgs Eltern versprochen, dass das letzte Jahr vor Eintritt in die Schule kostenlos werden soll. Sie haben das allen Eltern versprochen, ohne Ausnahme. Sie haben immer wieder verkündet, die Betreuungs- und Kita-Angebote im Jahr vor der Einschulung und die Vorschule würden ab September dieses Jahres beitragsfrei sein. Das ist gefeiert worden und darüber haben wir uns hier gemeinsam mit Ihnen auch gefreut, weil wir nämlich finden, dass Bildung grundsätzlich kostenfrei gehört. Dann haben Sie bei der Formulierung Ihres Gesetzes aber gehandelt wie so ein windiger Verkäufer von Finanzdienstleistungen, der bei der Unterschrift das Kleingedruckte im Vertrag mit dem Hochglanzprospekt verdeckt. Sie haben die sogenannten Kann-Kinder, das sind die, die nach dem 30. Juni eines jeden Jahres sechs Jahre alt werden und trotzdem im August in die Schule kommen, von Ihrer Regelung ausgenommen. Tatsache ist, dass wir diese Ungleichbehandlung überhaupt erst bei der Beratung der Drucksache im Familienausschuss haben aufdecken können, weil sie nämlich sehr versteckt war, und die meisten betroffenen Eltern von Fünfjährigen haben natürlich erst jetzt mitbekommen, woran sie sind, wenn sie ihre neuen Kita-Gutscheine und Gebührenbescheide in den Händen halten. In letzter Zeit bekomme ich zu keinem anderen Thema so viele E-Mails von Eltern, die vor allem eines schreiben: So ein Beschiss – das war ein Zitat, Frau Präsidentin – und außerdem, warum hat uns das keiner gesagt, wir haben doch mit dem Geld geplant.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Veit, Sie sind lange genug im Parlament, um zu wissen, dass auch Zitate auf die parlamentarischen Gepflogenheiten hin überprüft werden müssen. Sie können sich nicht darauf zurückziehen zu sagen, das wäre ein Zitat. Ich bitte Sie, zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzukommen.

(Michael Neumann SPD: Richtig ist es trotzdem!)

Carola Veit (fortfahrend): – Vielen Dank für den Hinweis, Frau Präsidentin, ich werde ihn befolgen.

Die Eltern haben natürlich mit dem Geld geplant beziehungsweise ohne das Geld. Ich wollte in einer Kleinen Anfrage, die Sie gestern freundlicherweise beantwortet haben, gerne wissen, wie denn die Eltern von Kann-Kindern auf ihre Beitragspflicht hingewiesen worden sind. Da antworten Sie:

"Auf Nachfrage der Eltern wurde von den Bezirksämtern über die aktuelle Rechtslage informiert."

Das ist super, wenn das vorher so groß im "Hamburger Abendblatt" stand. Sie sagen außerdem, über die genaue Ausgestaltung der Beitragsfreiheit sei die Öffentlichkeit bereits am 5. Mai durch die gemeinsame Pressemitteilung der zuständigen Behörden informiert worden. Darin würde unter der Überschrift "Ab wann und für wen gilt die Beitragsbefreiung?" ausgeführt, dass die Beitragsbefreiung für fünfständige Betreuungsangebote im Jahr vor der regulären Einschulung gilt. Hat also die Presse wieder einmal gepennt und das Volk unzureichend informiert? Nein, bei genauerem Hinsehen stimmt dies nicht, denn in der Pressemitteilung heißt es:

"Die Beitragsbefreiung gilt für fünfständige Betreuungsangebote in Kita und Vorschule [...] im Jahr vor der regulären Einschulung."

Und jetzt kommt es:

"Stichtag ist der Beginn der Schulpflicht gemäß Paragraph 38 Hamburgisches Schulgesetz."

So haben Sie die Eltern informiert. Jetzt schauen wir einmal gemeinsam in Paragraph 38 des Hamburgischen Schulgesetzes. Das ist auch gar nicht kompliziert, dort gibt es zwei Absätze. Absatz 1 regelt, dass Kinder, die vor dem 1. Juli jeden Jahres sechs Jahre alt werden, im selben Jahr schulpflichtig werden. Absatz 2 regelt, dass auch Kinder, die nach diesem Tag sechs werden, in die Schule aufgenommen werden können und dass mit der Aufnahme die Schulpflicht beginnt. Wer also Ihre Pressemitteilung bis ins Kleingedruckte sorgfältig gelesen hat, der konnte sicher sein, dass auch sein Kann-Kind das kostenfreie Jahr bekommt, denn es wird auf die Schulpflicht Bezug genommen und diese beginnt mit der Einschulung. Alles super, dachte man.

Wir haben das Ganze hier schon zweimal ausführlich diskutiert. Damals haben Sie erklärt, das müsse so sein. Man brauche einen Stichtag, aber Sie können bis heute nicht begründen, warum das letzte Jahr vor Schuleintritt nicht eine vollkommen klare und eindeutige Regelung vorsieht. Ein Jahr, zwölf Monate, 52 Wochen, 365 Tage, wie klar wollen Sie es denn noch haben?

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Veit, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamann?

Carola Veit (fortfahrend): Klar.

Zwischenfrage von Jörg Hamann CDU:* Frau Veit, auch meine Tochter ist ein Kann-Kind. Sie wird jetzt werktags sechs Stunden betreut und bekommt ein Mittagessen. Dafür zahle ich den Höchstsatz, das sind ungefähr 130 Euro im Monat und das alles kann ich noch von der Steuer absetzen. Finden Sie das nicht angemessen?

Carola Veit (fortfahrend): Ich kann Ihnen einfach nur raten, weiter zuzuhören,

(Jörg Hamann CDU: Das ist keine Antwort!)

dann werden Sie möglicherweise den Sinn dieser Debatte verstehen und auch den unseres Antrages. Sie können das auch gerne noch einmal nachlesen, aber wenn Sie der Meinung sind, Kita-Gebühren seien in Hamburg in angemessener Höhe fällig, dann ist dies wunderbar, aber das ist nicht der Punkt, um den es geht. Herzlichen Glückwunsch, schön, dass Sie dem Senat in dieser Geschichte folgen, wir tun es nicht.

Wirklich peinlich ist auch, was Sie zur Abrechnung des letzten Jahres mit den Eltern vortragen. Sie sagen, man könne nicht vorher wissen, wer sein im Juli oder August geborenes Kind mit knapp sechs Jahren tatsächlich einschult und wer nicht. Dann kann man ganz einfach den Beitrag zurückzahlen, wenn das Kind in die Schule geht. Machen Sie doch unsere tüchtige Hamburger Verwaltung nicht so schlecht. Die kann das, und zwar genauso gut, wie es ihre Kolleginnen und Kollegen in Schleswig-Holstein tun, da funktioniert das nämlich so. Im Übrigen kennen Sie diese Schwierigkeiten beim Einziehen von Büchergeld oder Studiengebühren ja wohl auch nicht.

(Beifall bei der SPD)

Unvergessen ist auch der Auftritt des Kollegen Gwosdz, der uns vor drei Monaten begründen wollte, warum Eltern von Kann-Kindern angeblich übervorteilt würden, wenn sie auch das letzte Kita-Jahr kostenlos bekämen. Nur für den Fall, dass Sie heute wieder einen Versuch in diese Richtung unternehmen wollen, Herr Gwosdz: Drei Viertel der Kann-Kinder, die am 1. Juli noch nicht sechs waren und trotzdem eingeschult werden, sind Sommerkinder, also im Juli, August oder September geboren. Das sind 1 500 der betroffenen Kinder. Sie wollen doch nicht ernsthaft behaupten, dass ein Kind, das am 15. August Geburtstag hat, kürzer in der Kita gewesen sei als ein Kind, das am 15. Juli Geburtstag hat. Das ist wirklich hanebüchen.

(Carola Veit)

(Beifall bei der SPD)

Aber wer keine Argumente hat, erfindet sich bekanntlich welche und deshalb argumentieren Sie heute in Ihrer Pressemitteilung, mit der sich die GAL wieder einmal bei Senator Wersich beliebt machen möchte, dass dann diese Kinder alle zu früh eingeschult würden, was ihrer Entwicklung nicht förderlich sei, und dass man keinesfalls Anreize dafür schaffen dürfe, Kinder immer früher einzuschulen. Dazu vier Bemerkungen.

Erstens: Habe ich das richtig verstanden, dass Sie Hamburgs Eltern unterstellen, sie würden nicht auf das Wohl ihrer Kinder, sondern auf das Geld schauen?

Zweitens: Wenn Sie das unterstellen – Herr Hamann, jetzt hören Sie gut zu –, dann gibt es wohl keinen besseren Beleg, dass der Kindergarten in Hamburg etwas teuer ist.

Drittens: Gerade weil es ein sensibles Thema ist, halten wir die nachträgliche Erstattung für sinnvoll, da nämlich gerade nicht bei einem erst vierjährigen Kind entschieden werden soll, wann die Einschulung stattfindet, sondern ganz normal im Winter vor dem sechsten Geburtstag, wie bei allen Kindern. Je nachdem, welches Kita-Jahr das letzte war, gibt es das Geld zurück.

Viertens: Da will ich der Vollständigkeit halber einmal auf die Vorschule hinweisen. Wer sein Kind dort anmeldet, zahlt nämlich künftig grundsätzlich keinen Beitrag mehr im Vorschuljahr, ganz egal, wann das Kind Geburtstag hat. Dem müsste man doch Einhalt gebieten, denn somit wird für diese Kinder auch ein Anreiz zur früheren Einschulung geschaffen. Aber da schaffen Sie Abhilfe. Selbst wenn das Vorschulkind am Ende wegen fehlender Schulreife in der Vorschule bleibt und nicht eingeschult wird, wenn es also ein zweites Jahr in der Vorschule ist, dann kostet das immer noch nichts. Insofern haben Sie sogar zwei beitragsfreie Jahre vor der Schule, während Sie einem Teil der Kita-Kinder nicht einmal ein beitragsfreies Jahr gönnen. Wo bleibt da die Gleichbehandlung und wo bleibt die Gleichberechtigung von Kita und Vorschule, ganz abgesehen davon, dass die in diesem Jahr betroffenen Eltern kaum noch ihre Kinder auf die Vorschule ummelden können oder im Sinne des Kindeswohls wollen? Ich weiß nicht, Herr Wersich, ob Ihnen das bekannt ist, aber es gibt Eltern in Hamburg, die auf eine Ganztagsbetreuung angewiesen sind. Denen ist mit einem Vormittagsplatz in der Vorschule, die nicht einmal verlässlich ist, nicht gedient. Im Übrigen bekommen sie in vielen Kitas keinen Hortplatz, wenn das Kind dort nicht bis zum Schluss im Kindergarten war, und zwar auch im letzten Jahr. Gerade bei Kann-Kindern, die immer ein bisschen zwischen den Stühlen sitzen, ist es wichtig, die Schulentscheidung möglichst spät zu treffen und den Entwicklungsstand des Kindes zu berücksichtigen und das geht eben

in der Kita. In einer Vorschule haben Kinder sonst gleich das erste Versagenserlebnis, wenn sie diese wiederholen müssen.

Damit sind wir auch schon beim neuesten Akt in der Verteidigungsschlacht gegen die aufgebrachten Eltern und Betroffenen. Sie hatten dem Landeselternausschuss mitgeteilt – das haben Sie auch in der Pressemitteilung gesagt und werden es hier bestimmt auch heute noch einmal vertiefen –, dass für derlei Spielereien kein Geld da sei und man 500 Millionen Euro im Haushalt einsparen müsse. Immerhin ginge es jetzt noch einmal um etwa 300 000 bis 400 000 Euro. Frau Blömeke, schauen Sie ins Protokoll der Haushaltsberatungen. Dort hat Ihr Senat dezidiert versichert, dass das Geld jeweils für einen kompletten Jahrgang der Kinder eingeplant sei. Wir haben extra nachgefragt. Genau das Geld, von dem Sie behaupten, es würde fehlen, ist im Haushalt im Kita-Etat eingestellt. Das haben wir beschlossen und es ist nicht in Ordnung, dass Sie das in Abrede stellen.

(Beifall bei der SPD)

Nun geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie unserem Antrag zu. 1 500 Hamburger Eltern würden sich sehr freuen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Stephan Müller CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Veit! Ein bisschen ist die Luft jetzt raus nach dieser spannenden Schuldebatte.

(Andy Grote SPD: Geben Sie mal Gas!)

Auch aus diesem Antrag ist die Luft schon ein bisschen raus. Wir haben ihn hinlänglich diskutiert und unsere jeweiligen Argumente ausgetauscht. Ihre heutigen Argumente waren nicht neu und ich bedauere es sehr, dass Sie eher auf die Form eingehen als auf inhaltliche Bedenken, die wir Ihnen schon einmal vorgetragen haben, die Sie aber völlig ignorieren.

Sie werfen uns vor, wir würden Hamburger Eltern unterstellen, dass es ihnen nur ums Geld ginge. Aber Sie wollen doch bitte nicht abstreiten, dass ein nachträgliches Rückerstattungssystem einen gewissen Anreiz schafft, sein Kind möglicherweise trotz unzureichendem Entwicklungsstand mit einem kleinen Blick aufs Geld einzuschulen. Das finden wir unverantwortlich, das haben wir in der letzten Debatte schon einmal mitgeteilt und deswegen wollen wir dieses nicht und deswegen gibt es auch keinen Ruck in dieser Frage. Dieser Antrag wird von uns abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

(Stephan Müller)

Dabei schauen Sie wirklich nur auf das Geld und ich würde Ihnen empfehlen, einmal mehr auf die Kinder zu schauen.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, Herr Müller!)

Unser Argument, dass Kann-Kinder womöglich zu ihrem Nachteil vorzeitig eingeschult werden, haben Sie einfach vom Tisch gefegt und bestritten. Wie aber aktuelle Studien belegen, ist ein zu frühes Einschulen tatsächlich schädlich für die Kinder und kann letztendlich Langzeitschäden verursachen, wie zum Beispiel keine Empfehlung für den Übertritt aufs Gymnasium zu bekommen. Es hängt also schon eine ganze Menge vom Einschulungstermin ab und deswegen sollte man dieses Thema nicht einfach des schnöden Mammons wegen ignorieren.

Verwundert habe ich festgestellt, dass Sie die von uns angedachte veränderte Stichtagsregelung in Ihrem Beitrag gar nicht erwähnt haben. Aber auch über diese haben wir bereits intensiv diskutiert und festgestellt, dass eine Verschiebung des Stichtags im Grunde genommen nur neue Probleme schafft beziehungsweise neue vermeintliche kleine Ungerechtigkeiten. Solange wir dieses Schulsystem haben, brauchen wir eine Stichtagsregelung. Mit einer individuellen Einschulung hätten wir dieses Problem nicht, aber diese steht zurzeit überhaupt nicht zur Debatte und deswegen ist eine Stichtagsregelung sehr wichtig.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich habe mir gewünscht, dass wir dieses Thema möglichst genau so diskutieren wie die Schuldebatte, aber auch da hat sich die SPD bereits von einem Konsens verabschiedet, deswegen lasse ich das jetzt. Ich wollte Sie eigentlich auffordern, mehr an die Zukunft der Kinder zu denken.

(Carola Veit SPD: Welche!)

Klar ist, dass Sie dieses Thema nicht zu Ende gedacht haben. Den von Ihnen im Antrag angeführten Beispielen Niedersachsen und Schleswig-Holstein halte ich entgegen, dass Sie wieder einmal Birnen und Äpfel miteinander vergleichen. Das passt alles hinten und vorne nicht.

(Carola Veit SPD: Warum passt das denn nicht, Herr Müller!)

Deshalb wird dieser Antrag von uns abgelehnt und Frau Blömeke wird sicherlich noch das eine oder andere Argument finden, warum wir dieses tun sollten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt, wie gerade angekündigt, Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich komme der Aufgabe

gerne nach, Herr Müller. Zunächst möchte ich noch ein paar Worte zu Frau Veit sagen. Frau Veit, Ihr Antrag und Ihre Rede erwecken den Eindruck, als hätte der Senat in Bezug auf das beitragsfreie Jahr etwas bewusst verschleiert oder sogar verschwiegen.

(Dirk Kienscherf SPD: Natürlich hat er das!)

Auch wenn Sie es anders ausgeführt haben, sollten Sie wissen, dass das bei Weitem nicht so ist. Im Gesetzesentwurf war von Anfang an nachzulesen, dass die Beitragsbefreiung im letzten Jahr vor Beginn der Schulpflicht gemäß Paragraph 38 Absatz 1 für alle Kinder gilt, die vor dem Stichtag am 30. Juni sechs Jahre alt werden.

(Carola Veit SPD: Es macht es ja nicht besser, wenn es da drin steht!)

– Das macht es nicht besser, es macht es aber richtig. Es steht da drin und wer das nicht liest, kann das natürlich nicht verstehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie erwähnen immer wieder den Absatz 2. Absatz 2, Frau Veit, regelt lediglich die Ausnahme und nicht den Regelfall. Es kommt hier aber auf den Regelfall an und weil es von Anfang an im Schulgesetz stand, wurde weder etwas verschleiert noch verschwiegen. Richtig ist jedoch, da stimme ich Ihnen zu, dass in der allgemeinen politischen Diskussion oder im Wahlkampf oder in den Medien immer sehr verkürzt von dem letzten kostenlosen Kita- oder Vorschuljahr die Rede war. Damit wurde sicherlich bei einigen Eltern eine Erwartung geweckt, die in dieser konkreten Ausgestaltung nicht für alle Familien erfüllt werden konnte. Dieser berechtigten Kritik stellen wir uns als Fraktion. Hier hätte man eine genauere Wortwahl finden können. Das ändert allerdings wenig an den Fakten, die aus unserer Sicht gegen eine Ausweitung der pauschalen Beitragsfreiheit für diese Kann-Kinder sprechen und damit letztendlich auch zur Ablehnung Ihres Antrages führen. Frau Veit, zu Ihrem besseren Verständnis wiederhole ich für Sie noch einmal einige Argumente, da Sie eben gesagt haben, Sie könnten sie nicht nachvollziehen.

(Andy Grote SPD: Nein, wir sind alle doof, Frau Blömeke!)

Erstens: Selbst bei den Juli- und Augustkindern macht nur eine Minderheit der Eltern von dieser vorzeitigen Einschulung tatsächlich Gebrauch. Die von der SPD-Fraktion geforderte rückwirkende Gebührenerstattung würde die Mehrheit der Eltern, die ihre Kinder im Juli und August geboren haben, aber nicht einschulen lassen, benachteiligen. Diese Eltern würden im Vergleich ein Jahr länger Gebühren zahlen müssen. Ich würde mir wünschen, dass Sie bei Ihrem Vorwurf der Ungerechtigkeit den Blick auf die Gesamtheit aller Kinder und aller Eltern lenken würden. Ich sehe jetzt, wie es in Ih-

(Christiane Blömeke)

rem Kopf arbeitet, vielleicht, weil Sie jetzt erst einmal nachrechnen müssen, aber Sie werden ganz schnell zu dem Ergebnis kommen, dass es so ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Wilfried Buss SPD*: Dann macht es doch!)

Ohnehin fehlt mir – Herr Buss, dafür sind Sie ja eigentlich Experte – in der gesamten Diskussion die Perspektive der Kinder. Herr Müller hatte bereits erwähnt, dass es aktuelle Studien gibt, wie zum Beispiel vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsförderung oder die Hamburger LAU-Studie, die belegen, dass eine vorzeitige Einschulung der Kinder in vielerlei Hinsicht auch benachteiligen kann. Sie wiederholen in der Regel häufiger eine Klasse, wechseln seltener auf das Gymnasium als regulär eingeschulte Kinder, ihre Leistungen liegen oft hinter denen älterer Mitschüler zurück und sie können unter Umständen auch häufiger das Opfer von Mobbing und Gewalt sein. Solange wir die flexible Eingangsstufe nicht flächendeckend in den Grundschulen umgesetzt haben, lehnen wir auch aufgrund der Erkenntnisse aus den Studien finanzielle Anreize für eine vorzeitige Einschulung ab.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Die Finanzen – Frau Veit, es geht hier übrigens nicht um Peanuts – sind der dritte Aspekt, der zur Ablehnung einer Ausweitung der Beitragsfreiheit führt. "Die Welt" hat am 30. September ein Interview mit Ole von Beust geführt, in dem deutlich gemacht wurde, welche drastischen Sparmaßnahmen unsere uns in den nächsten vier Jahren ins Haus stehen.

(Zurufe von *Andy Grote* und *Dirk Kienscherf*, beide SPD)

Man sprach in der Tat von 500 Millionen Euro, also noch mehr als bisher angenommen. Sie können rumpöbeln, soviel Sie wollen, aber es ist verantwortungsbewusste Politik, wenn man das Geld nicht wie Sie einfach ausgibt, obwohl man es nicht hat, sondern genau überlegt, wofür man es ausgibt.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Friederike Föcking CDU*)

Noch mehr als jetzt werden wir also gezwungen sein, unsere Ausgaben zu begrenzen und vor allen Dingen in Einklang mit unserer politischen Schwerpunktsetzung zu bringen. Ich sage Ihnen ganz deutlich, dass wir als GAL-Fraktion eine Ausweitung der Beitragsbefreiung in der aktuellen Situation nicht verantworten können. Wie Frau Veit richtig gesagt hat, betragen die Mehrausgaben, die mit dieser Beitragsbefreiung einhergehen, schätzungsweise um die 300 000 bis 500 000 Euro. Das ist eine halbe Million, die an anderer Stelle fehlen würde, zum Beispiel bei der Förderung benachteiligter Kinder oder auch beim Erhalt der Qualität.

(Zuruf von *Carola Veit SPD*)

Ich gebe zu, der politisch bequemere Weg wäre – Frau Veit, diesen Weg gehen Sie –, sich dem Drängen der betroffenen Eltern oder auch der SPD und dem Ruf nach Mehrausgaben anzuschließen. Es wäre bequemer, aber es wäre nicht verantwortungsbewusst.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wenn Sie davon sprechen, dass im letzten Doppelhaushalt der Senator hier gesagt hat, man könne im Protokoll nachlesen, dass das Geld im Haushalt eingestellt wäre, dann möchte ich nur auf die aktuelle Entwicklung verweisen. Wie auch Sie wissen, haben wir den letzten Doppelhaushalt 2008 entworfen und beschlossen.

(*Carola Veit SPD*: Im März haben wir den beschlossen!)

Mittlerweile haben wir fast Ende 2009 und auch Ihnen sollte nicht entgangen sein, dass Hamburg gerade seit dem letzten Halbjahr vor allem von den drastischen Auswirkungen der Finanzkrise negativ betroffen ist. Politik lebt unter anderem auch davon, dass wir uns den aktuellen Bedürfnissen stellen und nicht, wie Sie es gerne tun, in der Vergangenheit herumwühlen.

(Zurufe von *Andy Grote SPD*)

Lassen Sie mich abschließend noch zu dem Vergleich mit den anderen Bundesländern kommen. Immer wieder fragen Sie, auch in Ihrem Antrag, warum Hamburg das, was andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein und das Saarland machen, nicht auch mache wegen dieser paar Euro. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass die anderen Bundesländer vielleicht einen anderen Schwerpunkt gesetzt haben. In Hamburg ist der Schwerpunkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Krippenausbau. Hamburg investiert laut Bertelsmann-Stiftung 2 300 Euro pro Kind. Das ist wesentlich mehr als das Saarland mit 1 500 Euro oder Schleswig-Holstein mit 1 100 Euro. Das heißt, in Hamburg wird viel Geld ausgegeben für die vorschulische Betreuung, auf die ein Schwerpunkt gesetzt wird, und die anderen Länder fallen beim Krippenausbau weit hinter die Hamburger Zahlen zurück. Wenn man den Krippenausbau nicht vorantreibt, wenn man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unseren hohen Rechtsanspruch nicht vorantreibt, wäre möglicherweise Geld für den Ausbau der Beitragsfreiheit übrig. Das ist aber nicht der Weg, den wir in Hamburg gehen wollen.

(Beifall bei *Horst Becker* und *Jenny Weggen*, beide GAL)

Wir sind uns alle, auch mit der SPD, darin einig, dass es ein langfristiges Ziel sein muss, die Kinderbetreuung komplett beitragsfrei zu gestalten. Aber in Zeiten der Finanzkrise ist die Ausweitung

(Christiane Blömeke)

der Beitragsfreiheit ein absolut falsches Signal und darum gibt es für Ihren Antrag keine Zustimmung, auch nicht von der Regierungsfraktion, von der GAL und von der CDU.

(Beifall bei der GAL und bei *Wolfgang Beuß* und *Jens Grapengeter*, beide CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir werden den Antrag der SPD unterstützen. Zu Beginn meiner Rede möchte ich meinen Kollegen Norbert Hackbusch zitieren. Als er auf unserer Fraktionssitzung am Montag den Antrag sah, sagte er, ich zitiere:

"Kann-Kinder gibt es nicht. Es gibt entweder Kinder oder keine Kinder."

Dem stimme ich vollkommen zu, denn es kann nicht angehen, dass Kinder aufgrund ihres um wenige Wochen oder Monate unterschiedlichen Geburtstermins gegeneinander ausgespielt werden. Deswegen halten wir es für richtig, dass alle Kinder gleichberechtigt das Recht auf Bildung haben. Wie auch aus dem Beitrag von Frau Blömeke deutlich geworden ist, dürfen unsere Kinder nicht als Sparschweine gesehen werden, sondern jedes Kind sollte das Recht auf Bildung haben.

Unabhängig vom vorliegenden Antrag verweise ich noch einmal auf die Drucksache 19/2993, die der Senat uns damals zur Verfügung gestellt hat. Ich zitiere die Überschrift:

"Entlastung der Eltern von Beiträgen und Gebühren im Jahr vor der Einschulung und Erweiterung des Kreises der beim schulischen Büchergeld entlasteten Familien."

Übersetzt man das in die Alltagssprache, so heißt das erstens, dass man einen Rechtsanspruch auf nur vier oder fünf Stunden Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr hat, mehr nicht.

Zweitens ist es im Vorschuljahr faktisch genau dasselbe. Man hat einen Rechtsanspruch auf vier oder fünf Stunden Beitragsfreiheit, Mittagessen und Büchergeld sind komplett beitragsgebunden.

Deswegen sehen wir hier eine erneute Benachteiligung der Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen, Hartz-IV-Empfänger und Migrantenfamilien. Dies führt dazu, dass gerade deren Kinder nicht gefördert werden, damit sie die deutsche Sprache besser erlernen. Deswegen fordern wir das Ende der Einsparungen an falscher Stelle.

Wir hatten gestern im Kinder-, Jugend- und Familienausschuss auch eine Anhörung zum Thema Inobhutnahme. Die Experten waren der Meinung, dass man sehr früh ansetzen muss, das heißt, mit der Förderung bereits in der Kita beginnen muss.

Wenn man die Kinder nicht sehr früh fördert, sollte man sich am Ende nicht darüber wundern, dass diese Kinder nicht erfolgreich sind, dass sie scheitern und nicht weiterkommen. Deswegen fordern wir, wie bereits in der Vergangenheit, die Abschaffung des Kita-Gutscheinsystems.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man die aktuellen Folgen der Wirtschaftskrise berücksichtigt und bedenkt, wie wichtig die Bildung unserer Kinder ist, dann muss Bildung von Kita über die Schule bis zur Uni umsonst sein, unabhängig vom Status der Eltern, egal ob sie arm sind, arbeiten gehen, arbeitslos sind oder irgendwelche hochkarätigen Posten besetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen unterstützen wir den Antrag der SPD und halten es für sinnvoll, dass somit fast 2 000 Eltern entlastet werden. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Blömeke, bei Ihrem Beitrag ist es einem besonders als Elternteil echt schwergefallen, ruhig zu bleiben. Wir reden hier über die HafenCity-Universität und darüber, wie viele Millionen Sie dafür mehr ausgeben. Wir reden darüber, dass Sie irgendwelchen Vorstandsmenschen der HSH-Nordbank sogar noch Geld hinterherschließen ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kienscherf, entschuldigen Sie, aber es ist im Plenum bedeutend zu laut und ich bitte alle Abgeordneten, sich auf ihre Plätze zu setzen. Wer es gar nicht mehr aushalten kann, kann draußen weiterreden.

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Überall in dieser Stadt, sei es bei der U4, sei es bei der Elbphilharmonie, sei es selbst bei dieser Schulreform geben Sie Geld aus, und zwar in Massen, und jetzt wollen Sie uns sagen, dass Sie die Beitragsbefreiung nicht schaffen, weil es keine 400 000 oder 500 000 Euro in diesem Haushalt gibt. Das können Sie doch keinen Eltern in Hamburg als richtig verklickern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was hier abläuft, ist doch irrwitzig und man könnte noch einiges dazu sagen. Warum ist denn in der Presse, aber auch bei den Hamburger Eltern angekommen, dass mit Beitragsbefreiung auch wirklich eine Beitragsbefreiung für alle gemeint ist? Ich

(Dirk Kienscherf)

kann Ihnen sagen, warum, weil Sie das erstens den Eltern so versprochen haben und weil das zweitens in allen anderen Bundesländern, wo es die Beitragsbefreiung gibt, der Fall ist. Niemand im Saarland, in Sachsen, in Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein ist auf die Idee gekommen, man könne den Eltern doch verklickern, dass für ein Kind, das einen Tag später geboren ist, über 2 300 Euro mehr gezahlt werden müssen. So etwas kann man auch keinem verklickern, Frau Blömeke.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen machen diese Länder das auch nicht und das ist auch gerechtfertigt. Dann führen Sie, Herr Müller, aber auch Frau Blömeke, das Thema Kinderschutz ins Feld. Die Kinder sollen nicht zu früh eingeschult werden. Dazu hat sich der Kollege Wersich, der kleine Wersich sozusagen,

(Zurufe von der SPD)

auch öffentlich bekannt, nachdem eine Bürgerin ihn angeschrieben hatte, und erklärt, dass die Kinder in der Tat vor einer frühzeitigen Einschulung geschützt werden müssen. Darin seien wir in Hamburg Spitzenreiter, hat er geschrieben. Wir haben das aufgenommen und ich habe den großen Wersich gefragt, wie es denn damit aussehe.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Also, Herr Kienscherf, einmal habe ich es Ihnen durchgehen lassen, aber ich finde, das kann man anders ausdrücken.

Dirk Kienscherf (fortfahrend): – Gut.

Wir haben also den Sozialsenator und die Schulse-natorin gefragt, ob wir in Hamburg tatsächlich Spitzenreiter seien, ob die Hamburger Eltern ihre Kinder besonders früh einschulen. Der Senat hat geantwortet, dass dies eine entsprechende Schulverlaufsstatistik und eine entsprechende Schüler-ID voraussetzen würde, die es in Hamburg nicht gäbe, und deshalb könne er zu dieser Thematik auch nichts sagen. Nur so viel dazu, dass Sie nach wie vor behaupten, Hamburger Eltern gingen unverantwortlich mit ihren Kindern um. Das stimmt nicht, Frau Blömeke.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist durch nichts belegt. Nehmen Sie das Beispiel Nordrhein-Westfalen. Natürlich können Sie herausfinden, dass 19 Prozent der sogenannten Kann-Kinder die Klasse wiederholen. Aber 16 Prozent der sogenannten Muss-Kinder wiederholen auch die Klasse; also haben Sie da keine großen Unterschiede. Das ist nicht der Grund. Ihnen geht es darum, Geld zu sparen und sich zulasten der Kinder zu sanieren. Wir halten das für den völlig falschen Weg und deswegen können wir Ihnen nur

raten, Ihre Haltung zu überdenken und mit uns für unseren Antrag zu stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie das nicht machen

(Klaus-Peter Hesse CDU: Was passiert dann?)

und wenn Sie wirklich der Ansicht sind, dass eine vorzeitige Einschulung ein Fehler ist – ich muss zum Schluss kommen –,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Was Besseres konnte uns gar nicht passieren!)

dann verstehe ich Ihren Verweis auf die Vorschulen überhaupt nicht. Dort geschieht das ja, dort wird entsprechend früh eingeschult. Ihre ganze Argumentation haut nicht hin und deswegen sollten Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Föcking.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, lieber Herr Kienscherf, ich kann mich eines Eindrucks einfach nicht erwehren. Wenn Sie ein großes Thema nicht kleinreden können, dann reden Sie ein kleines Thema groß. Das haben wir gerade wieder einmal mitbekommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Die Einführung eines kostenfreien Jahres in Kita, Vorschule oder in der Tagespflege vor der regulären Einschulung ist ein großes Thema für immerhin 15 000 Hamburger Familien.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Das fanden auch Ihre Fraktionskollegen im Übrigen so gut, dass sie bereits vor der Sommerpause dem entsprechenden Gesetz zugestimmt haben. Wenn man Sie jetzt hört, könnte man das fast vergessen. Aber getreu der Maxime, wenn wir etwas Großes nicht kleinreden können, dann reden wir Kleines eben groß, stürzen Sie sich seit Monaten mit Vehemenz auf eine vergleichsweise kleine Gruppe von Eltern, die von der neuen Regelung nicht in jedem Fall profitiert. Sie tun das so vehement, dass Sie einen bereits einmal in der Bürgerschaft eingebrachten und dort abgelehnten Antrag heute fast wortgleich noch einmal einbringen. Dabei hat sich die Lage seit Ihrem ersten Antrag eigentlich nicht geändert. Die Gründe, die gegen die Einbeziehung der Eltern der sogenannten Kann-Kinder gesprochen haben, sind die gleichen geblieben; ich will sie ganz kurz noch einmal nennen.

(Dr. Friederike Föcking)

Erstens: Aus praktischen Gründen brauchen wir eine eindeutige Stichtagsregelung. Sie gibt Eltern, Kitaträgern und den Jugendämtern Planungssicherheit.

Zweitens: Wir wollen keinen finanziellen Anreiz dafür schaffen, dass Eltern ihre Kinder vorzeitig einschulen. Es wäre ein finanzieller Anreiz, auch wenn Sie jetzt behaupten, wir würden den Eltern unterstellen, sie würden dem in jedem Falle folgen. Aber Sie scheinen aktuelle Studien – schauen Sie sich Jürgen Roth, Ludwig-Maximilians-Universität München an – und auch Hinweise zum Thema vorzeitige Einschulung einfach nicht zu berücksichtigen. Vorzeitig eingeschulte Kinder haben ein größeres Risiko, später soziale oder Verhaltensprobleme zu haben. Eines sollten wir nicht ganz vergessen, Eltern müssen ihre Kinder nicht vorzeitig einschulen. Selbst von den Eltern im Juli geborener Kinder, also von Kann-Kindern, entscheidet sich mehr als die Hälfte – Frau Blömeke hat es gesagt – gegen eine vorzeitige Einschulung und profitiert dann ebenfalls von dem kostenfreien letzten Jahr vor der Schule.

(Zuruf von *Carola Veit SPD*)

– Doch, es sind 47 Prozent, Frau Veit.

Und wenn bei einem Juli-Kind im Rahmen der Viereinhalbjährigen-Untersuchung festgestellt wird, dass es vermutlich in eineinhalb Jahren schulreif sein wird, dann können die Eltern, denen es vor allem um das Thema Kostenfreiheit geht, ihr Kind mit knapp fünf Jahren zur Vorschule anmelden und haben ebenfalls ein Jahr beitragsfrei.

(*Carola Veit SPD*: Und wenn sie das nicht machen?)

Drittens: Eine Beitragsrückerstattung für Kann-Kinder, die eingeschult werden, schafft neue Ungerechtigkeiten. Was ist denn mit den Eltern, die ihr Kann-Kind nicht einschulen? Wenn ihr Kind dann sieben Jahre alt ist, haben sie drei Jahre Beiträge gezahlt und ein Jahr kostenfrei gehabt, die anderen Eltern zwei Jahre bezahlt und dann ein Jahr Kostenfreiheit. Ist das gerechter? Das Thema Gerechtigkeit ist hier sehr wackelig.

Es bleibt dabei: Trotz der gewissen Ungleichbehandlung von Eltern von Kindern, die um den 1. Juli herum geboren wurden, die Einführung des kostenfreien Jahres für rund 15 000 Familien in Hamburg ist ein großes Thema, das auch mit noch so vielen Anträgen nicht kleingeredet werden kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, jetzt geht

es Ihnen ja schon wieder etwas besser. Ich war schon etwas in Sorge, dass Sie vielleicht den Wahlkampf noch nicht ganz überstanden haben, denn dies hier erinnerte stark an eine Wahlkampfreden. Ich finde das manchmal etwas schade, ich weiß, Sie können auch anders.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Nein, der kann nicht anders!)

– Kann er nicht? Okay.

Aber bei diesem Thema einen derartig undifferenzierten Wortbeitrag zu leisten, das versetzt mich in Erschrecken.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ich erwarte von einem Abgeordneten, dass er nicht dasselbe macht wie vielleicht manche Bürger aus Unwissenheit: Investitionskosten mit Betriebshaltungskosten ständig zu vermischen, ständig Investitionskosten für die Elbphilharmonie und der U4 ins Spiel zu bringen; das ist einfach schwach, Herr Kienscherf. Genauso schwach ist, dass Sie sich hier wieder hinstellen und behaupten, obwohl ich eben in aller Ausführlichkeit erzählt habe, warum die anderen Bundesländer möglicherweise das Geld übrig haben für die Kann-Kinder – ich habe Ihnen berichtet, wie hoch der Ansatz ist und wie viel in Hamburg ausgegeben wird, nämlich immerhin 2300 Euro pro Kind –, Kinder würden als Sparschweine benutzt. Das ist geradezu lächerlich, wenn man sich überlegt, dass das beitragsfreie Jahr allein rund 15 Millionen Euro kostet und dass wir für den Kitaetat etwa 460 Millionen Euro ausgeben. Es ist also sehr albern, wenn Sie sagen, jetzt seien diese 500 000 Euro nicht auch noch möglich. Man muss differenziert hinsehen und überlegen, wofür man sein Geld ausgeben muss und möchte.

Dann möchte ich noch etwas zu Herrn Yildiz sagen. Sie haben gesagt, jedes Kind solle das Recht auf Bildung haben. Das ist genau unser Ansatz, den wir auch stützen, aber ich möchte Sie bitten zu überlegen, woher diese Kinder kommen, die als Kann-Kinder eingeschult werden. In der Regel kommen sie nicht aus benachteiligten Elternhäusern, sie kommen nicht aus Elternhäusern, in denen es vielleicht an Geld mangelt, sondern sie kommen in der Regel aus Bildungselternhäusern und wenn wir ein gerechtes System schaffen wollen, dann müssen wir unseren Fokus doch auf die benachteiligten Kinder richten und die in die Kita und in die Schulen holen und dort Förderung betreiben.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Blömeke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Böwer?

Christiane Blömeke (fortfahrend): Nein, Herr Böwer. Ich freue mich, wenn ich Sie mal wieder hinter dem Pult sehe, aber ich habe jetzt keine Lust, mit Ihnen in einen Dialog zu treten.

(Beifall bei der GAL und bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Blömeke, mit Ihrem Beitrag haben Sie noch einmal deutlich gemacht, dass Sie den einen gegen den anderen ausspielen. Wenn Sie sagen, wer diese Kann-Kinder sind – ich kenne die Untersuchungen – und aus welchen Schichten sie kommen, ist das für mich völlig egal. Es sind Kinder und wir sollten den Eltern überlassen, ob sie ihre Kinder drei Wochen früher oder später zur Schule schicken wollen oder nicht.

Wenn Frau Föcking betont, dass man ein Kind nach einer Viereinhalbjährigen-Untersuchung im fünften Lebensjahr in die Vorschule schickt und dafür Beitragsfreiheit erhält, während sie unter schlägt, dass ein anderes, zufällig nach dem 30. Juni geborenes Kind als ein Kann-Kind klassifiziert wird und somit für die Eltern die Beitragsfreiheit entfällt, dann frage ich mich, wo wir überhaupt sind.

(Christiane Blömeke GAL: Ja, das frage ich mich auch!)

Sie reden diesen 500 000-Euro-Beitrag klein. Letztendlich müssen wir aber auch sehen, dass diese Beitragsfreiheit im letzten Vorschuljahr kein Ganztagsbeitrag ist, sondern sie bezieht sich nur auf vier oder fünf Stunden und die Familien, die schon benachteiligt sind, profitieren davon wenig. Es profitieren davon hauptsächlich die Familien, die gut verdienen. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen, ich bin sowieso dafür, dass Bildung komplett umsonst ist, egal, welchen Status die Eltern haben. In diesem Sinne teile ich Ihre Meinung nicht. Was die Kostenfreiheit betrifft, sagen Sie zwar, Sie seien dafür, aber in dieser wirtschaftlichen Situation müssten wir uns überlegen, was wir machen.

In der Wirtschaftskrise müssen wir mehr in die Bildung investieren, damit wir am Ende nachhaltig davon profitieren. Es geht nicht nur um das letzte Jahr, sondern auch um die ersten Jahre eines Kindes. Für uns ist ab dem ersten Lebensjahr eines Kindes das Recht auf Kita und dann das Recht auf Bildung wichtig und deswegen stimmen wir dem Antrag zu. Man sollte auch nicht ständig den Antrag kleinreden und der Opposition immer den Vorwurf machen, sie bringe keine sinnvollen Anträge. Auch wenn sinnvolle Anträge kommen, kommt für Sie am Ende immer etwas Unsinniges heraus.

Deswegen stimmen wir auch dem Antrag zu, vielleicht haben die Eltern etwas davon.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer den Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4114 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 37 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 19/4152, dem Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL: Gesetz zum Staatsvertrag über die Nutzung von Übertragungskapazitäten für privaten Rundfunk vom 19. Dezember 1995.

[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL: Gesetz zum Staatsvertrag über die Nutzung von Übertragungskapazitäten für privaten Rundfunk vom 19. Dezember 1995 (HmbGVBl. 1995, S. 426) – Drs 19/4152 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Müller, bitte.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu etwas späterer Stunde widmen wir uns jetzt noch dem Thema Radio. Es begleitet die meisten Menschen dieser Stadt in ihrem Tagesablauf und hat uns heute als Koalitionspartner veranlasst, Ihnen einen Vorschlag zu unterbreiten. Wie Sie vielleicht wissen, ist inzwischen in Hamburg und Schleswig-Holstein durch den Medienstaatsvertrag auf dem Papier und in vielen anderen Dingen ein gemeinsamer Medienraum entstanden. Über die Weiterentwicklung des Dritten Medienänderungsstaatsvertrags werden wir morgen noch sprechen.

Wir haben aber inzwischen festgestellt, dass wir auch noch andere Verträge haben, nämlich den Frequenzstaatsvertrag aus dem Jahre 1995, der auch im vorliegenden Antrag erwähnt wird und in diesen gemeinsamen Medienraum einfach nicht mehr passt. Der Senat hat in den letzten Monaten immer wieder Gespräche mit der Kieler Landesregierung geführt, um diesen alten Frequenzstaatsvertrag aus dem Jahr 1995 in die heutige Medienwirklichkeit Norddeutschlands zu bringen.

Ich möchte für diejenigen, die das verständlicherweise nicht so recht wissen, kurz erläutern, was dieser alte Medienstaatsvertrag beinhaltet. Er hat zum Inhalt, dass zwei volle Radiofrequenzen vom Heinrich-Hertz-Turm, die Hamburg komplett abdecken, an zwei Sender aus Schleswig-Holstein gehen. Wir sind der Überzeugung, dass das keine allzu gerechte Aufteilung der Frequenzen in Nord-

(Farid Müller)

deutschland ist. Wir haben die Situation, dass zwei schleswig-holsteinische Sender in Hamburg voll empfangbar sind, und zwar weit über die Grenzen hinaus, sogar nach Niedersachsen. Wir haben auf der anderen Seite die Situation, dass wir kleinere Radiosender haben wie Radio Energy, Oldie 95 und auch Klassik Radio, die Mühe haben, überhaupt das Hamburger Stadtgebiet ganz abzudecken.

Die Koalition und als Vertreter der Senat haben versucht, mit Kiel eine Übereinstimmung zu finden, diesen Zustand von fairer Verteilung der Frequenzen neu zu justieren. Kiel hat aus seiner Sicht natürlich verständlicherweise gesagt, das sei eine hübsche Idee, aber sie wüssten schon, was sie an dem Staatsvertrag hätten und sie würden eigentlich gern alles so belassen, wie es ist. Wenn man sich den Staatsvertrag anschaut, dann gibt es dort eine Kündigungsfrist, die zum Ende des Jahres genutzt werden kann. Wir haben jetzt als Koalitionsfraktion gesagt, wir würden gern dem Senat den Rücken stärken bei der Neuverhandlung einer fairen Frequenzverteilung in Norddeutschland und haben deswegen diesen Antrag auf den Weg gebracht. Wir glauben, dass Kiel dann auf jeden Fall mit uns eher über einen fairen Interessenausgleich reden möchte. Wir haben jetzt schon festgestellt, dass die gemeinsame Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein ein entsprechendes Gutachten, das wir heute als Antrag verabschieden möchten, bereits in Auftrag gegeben hat, um zu sehen, was im Hamburger Umland möglich ist an einer Neuverteilung der Frequenzen, sodass kleinere Sender die Gelegenheit haben, Hamburg voll abzudecken, aber darüber hinaus auch ein wenig ins Umland hineinzustrahlen, denn wir wissen, dass diejenigen, die im Speckgürtel Hamburgs wohnen, ihren Lebensmittelpunkt eigentlich in der Hansestadt haben. Dies hat sich dann im Radioalltag so nicht wiedergefunden und wir denken, das sollte geändert werden.

Ein Ziel ist, dass die kleineren Sender bessere Möglichkeiten haben, mehr Hörer und Hörerinnen zu erreichen, das andere Ziel ist, dass wir auch ein bisschen mehr Bewegung am Hamburger Radiomarkt brauchen. Wir Koalitionäre wollen im Rahmen der Musikstadt Hamburg auch Platz schaffen für ein redaktionelles Musikradio, das dann ganz zentral als Aufgabe hat, die Musik zu spielen, die wir in vielen Radiosendern so heute in Hamburg nicht hören.

Ein kleines Beispiel: Das Reeperbahn-Festival hat gerade stattgefunden, es war sehr erfolgreich. Leider haben die meisten Hamburgerinnen und Hamburger von dieser neuen Musik, die in den Clubs gespielt wird, tagsüber relativ wenig mitbekommen. Wir finden, das muss in Zukunft nicht so bleiben. Wir wollen deswegen auch solchen Newcomern neuer Musik, aber auch überhaupt Musik, die vielleicht bisher so in den Radios in Hamburg nicht

ausgestrahlt wird, eine Chance geben und wir hoffen, dass wir mit diesem Antrag dem Senat den Rücken stärken, einen fairen Interessenausgleich bei dieser Frage der Radio-Frequenzverteilung in Norddeutschland zu schaffen und wünschen uns Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Fraktionen der Regierungskoalition, das hat der Kollege Müller eben gesagt, werden heute unserem Antrag zustimmen, mit dem der Senat ersucht wird, zuerst einmal gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen Landesregierung und der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein die Versorgungssituation in und um Hamburg im Bereich der Übertragungskapazitäten für privaten Rundfunk auf Optimierungspotenziale untersuchen zu lassen. Aus den Ergebnissen sollen mögliche Handlungsoptionen für beide Länder gefunden werden im Sinne eines Gesamtinteressenausgleichs. Wir regen an, die damit eventuell erforderliche Kündigung fristgerecht zum Ende dieses Jahres mit Wirkung zum Ende nächsten Jahres auszusprechen. Da wird niemand Schaden nehmen, sehr geehrte Frau Artus, sondern Hamburg wird seine Position verbessern, ohne dass Schleswig-Holsteins Position damit verschlechtert wird. Das bisherige Gesetz, das die Beziehungen diesbezüglich regelt, stammt, wie gerade gesagt, aus dem Jahr 1995, ist mithin ein Dutzend Jahre alt und das sind in diesem Bereich Generationen.

Uns kommt es darauf an, Hamburg und diese Branche in Hamburg für künftige Generationen fit zu machen. Liebe Frau Artus, da hoffe ich auf das, was uns Frau Heyenn eben in der Schuldebatte attestiert hat, auf Ihre Lernfähigkeit. Mir fällt auf, dass im Medienbereich Ihre Fraktion leider zu oft zu den ewig Gestrigen gehört.

(Barbara Ahrons CDU: Nicht nur im Medienbereich!)

– Nicht nur im Medienbereich, da haben Sie recht, das stimmt.

Aber Sie haben uns eben Lernfähigkeit attestiert, vielleicht haben Sie sie in diesem Bereich auch.

Wir sind für die Stärkung der Metropolregion. Wir sind für ein faires und ausgeglichenes Miteinander mit Niedersachsen, vor allen Dingen aber mit Schleswig-Holstein. Und so kann es nicht angehen, dass schleswig-holsteinische Sender, wie insbesondere "radio delta" und Radio Schleswig-Holstein in ganz Hamburg zu hören sind, damit gewaltig am Hamburger Werbekuchen teilnehmen und Einnahmen generieren, die dem Hamburger Markt und der Stärkung der Medienwirtschaft in Hamburg

(Andreas C. Wankum)

verlorengehen, während die Hamburger Sender nicht einmal im Speckgürtel rund um Hamburg herum zu empfangen sind. Auch gehen in Hamburg dadurch Arbeitsplätze verloren.

Ich kann den Direktor der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein, Thomas Fuchs, gut verstehen. Er muss einfach auch auf die Belange Schleswig-Holsteins Rücksicht nehmen. Aber ich denke, nach einem Austausch hat er auch verstanden, warum wir das heute beschließen, was wir beschließen werden und ich bin mir sicher, dass die Ergebnisse der gutachterlichen Untersuchungen beide Seiten dazu bringen werden, vertragliche Regelungen für die Zukunft miteinander zu vereinbaren, die kleineren hamburgischen Veranstaltern eine adäquate Umlandversorgung ermöglichen.

Dass wir dieses ohne eine Kündigung des Staatsvertrages erreichen, hoffe ich, nur: Der kluge Hamburg baut eben vor.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Zum Abschluss darf ich uns alle daran erinnern, dass wir an dieser Stelle am 9. Juli dieses Jahres einstimmig unseren Antrag zum Masterplan Musik für die Musikstadt Hamburg angenommen haben. In diesem haben wir gemeinsam festgestellt, dass die vitale Hamburger Musikszene nachhaltig zu stärken ist, zum Beispiel durch ein redaktionelles Musikradio, das dann entsprechend ausgeschrieben wird. Die Voraussetzungen dafür, diesen einstimmig beschlossenen Antrag auch in die Realität umsetzen zu können, werden wir mit der Annahme des heutigen Antrags schaffen. Ich hoffe im Sinne Hamburgs auf Ihrer aller Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Grund.

Uwe Grund SPD:* Meine Damen und Herren! Hamburg und Schleswig-Holstein sind eine medienpolitische Ehe eingegangen. Wir haben richtig viel gemacht, nämlich einen gemeinsamen Medienstaatsvertrag, wir haben eine gemeinsame Landesmedienanstalt. Nun wollen Sie uns erzählen, dass es notwendig ist, wenn man sich in dieser Ehe verständigen will, sich gegenseitig mit der Zaunlatte zu winken und mit Kündigung zu drohen. In einer anständigen Partnerschaft ist so etwas nicht notwendig, Herr Wankum. Ich glaube, das kann man anders machen. Wenn es notwendig wäre, verstehe ich diesen Senat nicht. Morgen reden wir über den Medienstaatsvertrag in der dritten Änderungsfassung. Was hätte den Senat daran gehindert, mit den Schleswig-Holsteinern über die Probleme zu reden. Was haben Sie sich gedacht,

haben Sie da geschlafen oder was ist jetzt passiert?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Warum muss man jetzt eigentlich mit der Kündigung winken? Über die Sache brauchen wir nicht zu streiten, da gibt es Anlass genug, nachzudenken. Wenn Sie prüfen lassen, Herr Wankum und Herr Müller, dann seien Sie doch so freundlich und lassen Sie auch einmal prüfen, wie es denn mit den Doppelbelegungen Hamburger Privatsender auf dem Stadtgebiet Hamburg aussieht, ob das alles so notwendig ist, und was man mit den Frequenzen macht. Darüber hinaus – ich komme zum Schluss – wird die Frequenzdebatte immer unwichtiger.

(Beifall bei Gabi Dobusch SPD)

Die Digitalisierung wird voranschreiten, in ein paar Jahren werden wir nicht mehr so lange über das Thema reden müssen. Das Ganze ist ziemlich aufgeblasen, Herr Müller, ich glaube, von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich fasse mich ähnlich kurz wie mein Vorredner Uwe Grund. DIE LINKE ist dagegen, diesen Rundfunkstaatsvertrag vorsorglich zu kündigen. Grundsätzlich finden wir es nicht verkehrt, kleineren privaten Veranstaltern eine Umlandversorgung zu ermöglichen, aber es ist mir zumindest überhaupt nicht klar, ob die überhaupt daran interessiert sind. Ich möchte darauf verweisen, dass es auch in anderen Städten wie zum Beispiel in Berlin nicht so ist, dass alle Berlin-sender auch in Brandenburg zu empfangen sind. Raumgewinn würde auch bedeuten, Reichweitenverluste in Kauf zu nehmen, weil die Zielgruppe nicht mehr adäquat erreicht wird. Und wer wie ich aus den Medien kommt, weiß, welche Probleme entstehen können, wenn man zu große Reichweitenstreuung hat. Dies wirkt sich auf die Preisgestaltung beim Verkauf von Werbeplätzen aus, und zwar negativ. Zusätzliche Kosten, die durch die Verbreitung und möglicherweise Erweiterung der Programme entstehen können, können unter Umständen gar nicht aufgefangen werden.

Den Staatsvertrag nun angeblich vorsorglich zu kündigen, um freiwerdende UKW-Frequenzen für redaktionelles Musikradio zu verwenden, wie es in den Pressemeldungen vom 5. Oktober 2009 von der CDU, ich glaube, auch von der GAL, heißt, kann ich nur als Verschleierung bezeichnen. Es ist für mich auch ein Indiz, dass hier geschlafen wurde; da gebe ich Uwe Grund vollkommen recht. Der Bedarf und die nötigen Schritte dazu hätten nämlich schon lange festgestellt werden können und

(Kersten Artus)

auch müssen und es hätte auch festgestellt werden können und müssen, zu welchen Veränderungen Schleswig-Holstein überhaupt bereit ist. Nun wird die Landesmedienanstalt und das Nachbarland Schleswig-Holstein mit der angekündigten Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages regelrecht brüskiert. Sie haben mit Ihrem Antrag der Nachbarschaft wirklich keinen guten Dienst erwiesen.

Ich kann den Ärger von Medienanstaltsdirektor Thomas Fuchs gut verstehen, den er gestern in seiner Pressemeldung deutlich machte. Was hat Sie hier eigentlich dazu getrieben, eine derartige Aktion machen zu wollen und dann in der Pressemeldung auch noch so zu tun, als sei die Kündigung bereits beschlossene Sache, denn so kommen Ihre – verzeihen Sie mir diese Begrifflichkeit – undemokratischen Formulierungen bei unbedarften Lesern und Leserinnen an. Wir beschließen das morgen. Warum melden Sie überhaupt noch eine Plenardebatte an, wenn Sie sowieso schon in der Presse ankündigen, dass Sie das hier beschließen wollen?

Ich hätte zumindest von den Medienpolitikern von CDU und GAL folgende Schritte zur Prüfung erwartet: Welche Sender wollen sich überhaupt erweitern, welche technischen Möglichkeiten gibt es für die realen Anforderungen und welche gesetzgeberischen Änderungen wären dann nötig. Eine Pro-forma-Kündigung könnte nur dazu führen, dass der alte Staatsvertrag in einem Jahr möglicherweise wieder neu beschlossen werden müsste. Und wer sagt, dass ein neuer Staatsvertrag besser für uns aussehen würde?

Im Übrigen, lieber Herr Kollege Wankum – zur Lernfähigkeit gebe ich den Ball dann zurück –, möchte ich das Parlament noch darüber informieren, dass die Lizenzen der von Ihnen angesprochenen Sender für Radio Schleswig-Holstein erst 2011 und für "delta radio" sogar erst 2012 auslaufen. Was wollen Sie insofern mit der Kündigung?

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin, welche Sender gemeint sind, habe ich vorhin erwähnt, das sind die drei kleinen Sender Radio Energy, Oldie 95 und Klassik Radio. Wenn Sie mit denen bisher noch keinen Kontakt hatten, sodass Sie hätten erfahren können, dass da Probleme sind, dann würde ich Ihnen jetzt raten, das zu tun, denn es gibt diese Probleme, die sind auch schon länger bekannt. Sie haben die Stilfrage kritisiert, ob wir mit der Kündigung eines Vertrages einem Land dro-

hen sollen, mit dem wir momentan immer weiter zusammenwachsen wollen.

(Zuruf von Uwe Grund SPD)

Das ist eine berechtigte Frage, aber dazu sind auch Ausführungen gemacht worden. Es gab diese Verhandlungen. Übrigens wurde der Frequenzstaatsvertrag 1995 zulasten Hamburgs ausgestellt, wahrscheinlich mit einem anderen Tauschgeschäft im Hintergrund. Da hat natürlich Schleswig-Holstein ganz klar das Interesse beibehalten, was ihm und auch den Schleswig-Holsteiner Sendern momentan sehr nützt. Ich fände es nicht nett, wenn wir bei der Beschließung des Medienstaatsvertrages ein Junktim machen mit einem anderen Staatsvertrag und eine Erpressung begehen; das finde ich nicht richtig. Wir sind dagegen den normalen Weg gegangen. Im Staatsvertrag ist damals vereinbart worden, dass es eine Kündigungsfrist gibt. Die gibt es jetzt zum Ende des Jahres, wirksam zum Ende nächsten Jahres, zum ersten Mal. Wenn man in Verhandlungen nicht weiterkommt, dann hält man sich an den Vertrag und sagt, wir finden, dass der Vertrag aus heutiger Sicht so nicht mehr die Interessen Hamburgs widerspiegelt, lasst uns dann neu verhandeln, wenn wir ihn kündigen. Das hat nichts mit den Lizenzen zu tun, Frau Kollegin, die die beiden schleswig-holsteinischen Sender haben. Die haben sie auch weiterhin, die Frage ist nur, ob sie weiter vom Heinrich-Hertz-Turm in Hamburg ausgestrahlt werden, das ist die schlichte Frage.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann kommen wir zur Abstimmung. Die SPD-Fraktion möchte dieses ziffernweise tun.

Wer Ziffer 1 des Antrags aus Drucksache 19/4152 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist bei nicht durchgängiger Beteiligung einstimmig angenommen.

Wer sich Ziffer 2 anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es wäre zur Urteilsfindung für mich etwas hilfreicher, wenn sich mehr beteiligen würden.

Wer Ziffer 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ziffer 3 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Punkt 42 der Tagesordnung, Drucksache 19/4164, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Menschenwürdige Bedingungen im Alter sicherstellen – Personalschlüssel in der Pflege verbessern.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)**Menschenwürdige Bedingungen im Alter sicherstellen - Personalschlüssel in der Pflege verbessern****- Drs 19/4164 (Neufassung) -]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/4253 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:**Qualität der Pflege sichern – angemessene und ausreichende Personalausstattung in der Altenpflege****- Drs 19/4253 -]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Artus hat das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Mein Kollege Hackbusch hat mich aufgehalten.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Das musste ich einmal petzen.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Pflegefachkräfte in Hamburg haben sich auf diesen Tag gefreut. Sollte die Hamburgische Bürgerschaft der Bundesratsinitiative heute zustimmen und damit auf die Reise nach Berlin senden, hätten sie seit langem das Gefühl, dass wirklich einmal etwas für ihre Arbeitsbedingungen und für die Aufwertung ihres Berufes getan und vorangebracht wird.

Ich zitiere aus einer Studie, die die Universität Witten/Herdecke im April 2009 durchgeführt hat. Demnach seien die Hälfte aller Altenheimbewohner und -bewohnerinnen von Mangelernährung bedroht. Grund sei unter anderem der Personalmangel; den Pflegebedürftigen fehle zum Beispiel die notwendige Hilfe beim Halten eines Trinkgefäßes oder beim Zerkleinern des Essens. Besonders Demenzkranke seien der Hilfe einer mangelhaften Ernährung ausgesetzt.

Nun stellen Sie sich vor, wenn schon die medizinische Pflege zu kurz kommt, wie sieht es dann erst mit der sozialen aus. Gespräche gibt es dann gar nicht mehr, sondern nur noch Fließbandarbeit.

Sehr geehrte Herren und Damen und auch liebe Kollegen und Kolleginnen, die hier heute zuhören! Ich habe selten so engagierte Menschen getroffen, die mit einer derartigen Leidenschaft und Liebe zum Beruf tätig sind, wie die Altenpfleger und Altenpflegerinnen. Sie leisten einen unglaublich wertvollen und unersetzlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Würde des Menschen im Alter.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wie furchtbar muss es für sie sein, wenn dann solche Studien herauskommen und man sich viel-

leicht selbst eingestehen muss, dass man aufgrund von Zeitnot und Personalmangel oder weil man auch am Ende der eigenen Kräfte war, schon ähnliche Erfahrungen erlebt oder selbst gemacht hat. Das Schlimme daran ist, dass sich aus Sicht dieser Berufsgruppe die Politik weiter über Kompetenzen und Zuständigkeiten streitet, statt dass endlich etwas passiert.

Die Arbeitsbedingungen der Altenpfleger und Altenpflegerinnen – wir haben im Sozialausschuss viel und lange darüber diskutiert und viele Experten und Expertinnen gehört – müssen sich dringend verbessern. Der Beruf muss aufgewertet werden, was unter anderem durch bessere Bezahlung, vernünftigeren Arbeitsbedingungen und höhere Aufstiegschancen erreicht werden kann. Die Anzahl der Pflegebedürftigen steigt, doch dieser Entwicklung stellt sich Hamburg unzureichend. Auch wenn schon viel auf den letzten Sitzungen zu diesem Thema gesagt wurde und sich alle der Problemlage bewusst sind, habe ich nachhaltig den Eindruck, dass letztendlich doch wenig passiert.

Das Personal muss dringend aufgestockt werden, doch aus verschiedenen Gründen stehen keine ausreichenden Fachkräfte zur Verfügung. Dies hängt unter anderem mit der Privatisierung der Altenheime von ehemals PFLEGEN UND WOHNEN und des Landesbetriebs Krankenhäuser inklusive des dazugehörigen Bildungszentrums für Gesundheitsberufe zusammen. Es gibt nur eine staatliche Schule für Gesundheitspflege in Hamburg und viele private Altenpflegesschulen verlangen Schulgeld. Diese Situation haben wir bereits ausführlich im Sozialausschuss besprochen. Die derzeitigen Versorgungslücken in der Pflege müssen mit Hilfe von Personalbemessungsinstrumenten, die den tatsächlichen Bedarf feststellen, ermittelt und mit verbesserter Bezahlung abgedeckt werden.

Die Pflegeversicherung müsste dringend dahingehend verändert werden, dass eine ganzheitliche Pflege möglich ist, die dem individuellen Bedarf der Pflegebedürftigen entspricht.

Wir meinen auch, dass die Privatisierung der stationären Pflege dringend auf den Prüfstand gehört und rekommunalisiert werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten nicht vergessen, dass die Altenpflege ein Zukunftsberuf ist. Auch das sollte man wissen, wenn derzeit ganze Industriezweige wegbrechen und man sich fragt, wohin mit den Jugendlichen, die in fünf oder zehn Jahren einen Arbeitsplatz benötigen.

Daher nun unser Vorschlag, dass im Elften Sozialgesetzbuch einheitliche Standards und Kriterien für den Einsatz von Personalbemessungssystemen gesetzlich festgelegt werden. Es müssen endlich landesweite Personalrichtwerte vereinbart werden,

(Kersten Artus)

die sich am tatsächlichen pflegerischen Bedarf der Bewohnerinnen und Bewohner orientieren.

Was den Antrag der SPD betrifft, so habe ich persönlich es als unangenehm empfunden, lesen zu müssen, wie die eigene Gesundheitspolitik auf Bundesebene über eine DIN-A4-Seite lang gelobt wird. Außerdem werden Teile des Elften Sozialgesetzbuches abgeschrieben und die SPD wendet einen Trick an, indem sie die Phrase "nach Ansicht vieler Experten" verwendet, die ich übrigens aus vielen Frauenzeitschriften kenne.

(Christiane Blömeke GAL: Das gibt es bei Männerzeitschriften auch!)

– Die lese ich nicht, deren Zielgruppe bin ich nicht.

Wenn Sie sich selbst als Experten bezeichnen, dann sagen Sie das. Ich weiß um Ihre Erfahrungswerte und auch um Ihr Engagement in der Pflegepolitik, aber ich befürchte, Sie stellen sich mit Ihrer Angst, unsere Bundesinitiative könnte die vergangene Politik der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt kritisieren, selbst ein Bein.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist die mit dem Dienstwagen!)

Irgendwelche Experten als Alibi für Ihre Befürchtung anzugeben, erscheint mir zumindest nicht glaubwürdig.

Kurzum, wir befürworten es, wenn unser Antrag zusammen mit dem SPD-Antrag an den Sozialausschuss überwiesen wird, um noch bessere Daten zu sammeln und um dann ein gemeinsames Vorgehen zu verabreden. Ich halte Vergleichsanalysen, wie von der SPD gefordert, für gar keine schlechte Idee. Sollten sich jedoch CDU und GAL dem verschließen, so behindern sie das Thema leider massiv und dann müssen wir auch den Antrag der SPD ablehnen, weil er alternativ zu unserem Antrag steht.

(Zurufe bei der CDU: Oh, oh! – Olaf Ohlsen CDU: Das ist ja grausam, bitte nicht!)

Das fände ich wirklich sehr schade, denn dann wird der Tag, der für die Altenpflegerinnen und Altenpfleger in Hamburg heute gut begonnen hat, zu keinem guten Ende führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag ist sicherlich gut gemeint und Ihren Beitrag und die Problemschilderung fand ich zum Teil richtig. Dagegen ist nichts sagen, wobei gut gemeinte Worte und eine hilfreiche Vorstellung allein das Problem nicht lösen. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass der uns

vorliegende Antrag in meinen Augen nicht unbedingt weiterhilft.

(Beifall bei der CDU)

Ganz kurz zur Lage. In Hamburg gibt es 20 000 Beschäftigte in 500 Einrichtungen, Heimen und Dienstleistungsunternehmen, wobei darunter mittlerweile 8 456 Pflegefachkräfte sind, das sind gut 2 000 mehr als 2001. Wir verzeichnen also durchaus eine deutliche Steigerung und auch das Verhältnis Pflegekraft/Patient hat sich verbessert, nämlich im ambulanten Bereich um 25 Prozent und im stationären Bereich um 15 Prozent. Auch die Zahl der Auszubildenden ist um 17 Prozent gestiegen. Wir sprechen also durchaus bei einem wachsenden Bedarf auch über wachsende Zahlen und es stimmt mitnichten, dass alles im Argen läge, wie es hier gerne behauptet wird. In Hamburg arbeiten heute so viele Menschen in der Pflege wie noch nie, das sollte man sich klarmachen, bevor man den Sachverhalt falsch darstellt.

Nun zum Antrag selbst. Der Paragraph 75 im SGB XI nennt die Landesverbände der Pflegekassen, die Vereinigungen der Träger, die örtlichen Sozialhilfeträger und die Umsetzung wird auf Landesebene geregelt, was ich für ein sinnvolles Verfahren halte. Es geht meiner Meinung nach um die grundsätzliche Frage, ob man einen zentralistischen Ansatz favorisiert, weil es einem womöglich unheimlich ist, wenn etwas auf Landesebene geregelt wird. Ich bin eher ein Freund des föderalen Ansatzes, auch wenn es dadurch etwas schwierig sein mag, die gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Auch im Ausschuss haben wir uns über viele Details Punkt für Punkt unterhalten und es ist unsere Aufgabe, dieses Problem hier zu klären. Ich glaube nicht, dass der Ruf nach dem Bund wirklich weiterhilft. Oft weiß man nicht recht weiter und dann sagt man, der Bund solle es richten. Das halte ich nicht für sinnvoll.

Der Antrag widerspricht auch der Systematik des SGB XI, die auf die Eigenverantwortlichkeit der Beteiligten und auf Verhandlungen setzt. Ich finde, in Hamburg läuft es im Großen und Ganzen unter den Vertragspartnern recht gut und insofern sehe ich keine Notwendigkeit, nach dem Bund zu rufen. Natürlich haben wir Probleme, deswegen reden wir auch darüber und suchen nach Lösungen. Das sollten wir aber schon auf Landesebene tun. Der Antrag hilft uns nicht weiter und ich halte ihn für die falsche Lösung. Wir werden ihn ablehnen und auch einer Überweisung nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU und bei Antje Möller GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrte Frau Artus, auf der einen Seite steht Ihr Gefühl, auf der anderen Seite stehen die Taten. Es ist ganz wichtig, nicht nur um das Gefühl herumzureden, sondern auch Taten zu präsentieren und das hat die schwarz-grüne Regierung unter anderem schon mit der Vorlage für das neue Wohn- und Betreuungsgesetz getan, aber auch mit dem Bündnis für Altenpflege, das Sie in Ihrem Antrag erfreulicherweise sehr gelobt haben.

Das Personalbemessungssystem, das Sie jetzt fordern, ist aus grüner Sicht grundsätzlich ein geeignetes Instrument, um sich einen Überblick zu verschaffen, wenn es um personelle Fragen geht. Von daher sind wir in diesem Punkt durchaus einer Meinung. Aber es ist wichtig, nicht nur auf das Instrument zu schießen, sondern auch den geeigneten Zeitpunkt im Blick zu haben wie auch die aktuellen Umstände und die Auswirkung, die ein derartiges Instrument haben kann. Wenn man das macht, dann kommt man schnell zu dem Entschluss, dass man dem vorliegenden Antrag der LINKEN nicht zustimmen kann, weil verschiedene Aspekte nicht berücksichtigt sind.

Wegen der knappen Zeit will ich im Folgenden kurz drei Aspekte aufzeigen. Erstens gibt es kein geeignetes Verfahren für eine Personalbemessung. 2003 wurde das kanadische System PLAISIR in Hamburg erprobt, jedoch wieder verworfen und sogar auch von der Pflegegesellschaft als nicht geeignet abgewiesen.

Da es zweitens kein geeignetes Instrument zur Personalbemessung gibt, hat sich Hamburg darauf verständigt, den Stellenschlüssel in den Rahmenvereinbarungen zu fixieren, wobei dieser auch schon nachgebessert wurde. In den Jahren 2004 und 2007 wurde in Verhandlungen mit den Trägern der Personalschlüssel um fünf beziehungsweise zwei Prozent angehoben. Ich halte eine derartige gemeinsame Verständigung zwischen Landesbehörde und den Trägern für sehr viel sinnvoller als eine politisch von oben diktierte Lösung, die uns ein bundesweiter Personalschlüssel vorgeben würde. Hamburg liegt übrigens mit dem Personalschlüssel im Bundesvergleich über dem Mittelwert. Frau Artus, ein direkter, bundesweit diktiert Personalschlüssel könnte für Hamburg sogar einen gegenteiligen Effekt haben, weil er in bestimmten Bereichen zu Personaleinsparungen führen könnte, insbesondere im Dementenprogramm. Das kann von der LINKEN im Ernst nicht gewollt werden. Ich verstehe nicht, dass Sie pauschal einen bundesweiten Personalschlüssel fordern, ohne sich zuvor die Auswirkungen auf Hamburg bewusst zu machen. In diesem Punkt bin ich ganz bei der SPD, die in ihrem Zusatzantrag eine ähnliche Kritik geäußert und gesagt hat, eine Bundesratsinitiative mit bundesweiter Lösung sei hier nicht richtig, da

sie möglicherweise zur Herabsenkung der Hamburger Standards führt.

Einen ganz entscheidenden dritten Punkt möchte ich noch anführen. Den Antrag der LINKEN, aber auch den der SPD halte ich für nicht mehr zeitgemäß. Sie fokussieren sich bei dem Erhalt des Personalschlüssels nur auf die Fachkraftquote. Doch schon seit längerer Zeit und vor allen Dingen auch bei unserer Expertenanhörung, in der die Experten einstimmig das neue Wohn- und Betreuungsgesetz gelobt haben, hören wir, dass allein der Rat der Sachverständigen nicht mehr der richtige Weg sei, sondern dass wir eine Reformierung der Berufsbilder in der Pflege zu erwarten haben. Mehr Personal kann auf Dauer nicht nur heißen, ausschließlich hoch qualifiziertes Personal, sondern ein Personalmix. In diesem Personalmix arbeiten neben Fachkräften, die wir im Übrigen auch im Wohn- und Betreuungsgesetz mit einer Quote von 50 Prozent festgeschrieben haben, auch Angehörige oder sogenannte ehrenamtliche Bürgerhelfer mit. Dieser Ansatz ist äußerst wichtig, weil es nicht nur um die gesetzliche Betreuung der alten Menschen geht, sondern auch um die Teilhabe, für die, wie alle Experten bestätigt haben, auch Familienangehörige oder eben die sogenannten Bürgerhelfer benötigt werden.

Diese drei wichtigen Argumente sollten ausreichen, um einen bundesweiten Personalschlüssel nicht übers Knie zu brechen. Ich würde den LINKEN raten, sich zunächst mit den Vertretern der Bundespartei oder den Hamburger Pflegeträgern auszutauschen. Dann würden Sie wahrscheinlich Ihren Antrag zurückziehen, weil er in dieser Art und Weise eher an Aktionismus erinnert als an einen bewusst durchdachten Lösungsansatz.

Auch den SPD-Antrag lehnen wir ab, Herr Kien-scherf. Sie sind, wie so manches Mal, noch schnell auf diesen Zug aufgesprungen und wollten auf jeden Fall mitreden, was ich verstehen kann. Wir lehnen Ihren Antrag hauptsächlich aus dem Grund ab, weil man die von Ihnen geforderten Punkte sehr gut in eine Große Anfrage kleiden, sie dann bewerten und gemeinsam noch einmal debattieren kann. Jetzt hintenrum noch schnell einen Antrag reinschieben, in dem sich die SPD – das empfand ich ähnlich wie Frau Artus – mit den Relikten aus der letzten Bundesregierungsfraktion lobt, das brauchen wir hier nicht. Unbestritten ist, dass wir weiter an dem Thema arbeiten müssen, wie wir die Personalsituation in den Pflegeheimen verbessern. Aber dann lassen Sie uns gemeinsam auch moderne Wege gehen und überlegen, wie man neben einer Fachkraftquote auch den Personalmix steigern und fördern kann. Dafür ist ein bundesweit aufgedruckter Personalschlüssel für Hamburg ganz bestimmt nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Lob im ersten Teil Ihrer Rede, Frau Blömeke, macht einen fast schon skeptisch. Der Grund für unseren Zusatzantrag, Frau Artus, liegt in der Tat darin, dass man selbstverständlich einen einheitlichen Personalbemessungsschlüssel oder ein einheitliches Personalbemessungsverfahren fordern kann. Allerdings sollte man dann auch vorgeben, an welchem Standard sich dieses zu orientieren hat. Wir haben Gespräche mit diversen Experten geführt, die uns sagten, man wüsste noch gar nicht, wohin die Reise gehen wird. Genau das wollen wir verhindern. Das Ziel der SPD ist es, auch in Zukunft einen gewissen Standard in Hamburg zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Dabei berücksichtigen wir natürlich auch die besonders problematische Personalsituation in den Altenheimen. Dies belegt auch die Bilanz der Arbeitsagentur, die aufzeigt, dass es mehr als 200 offene Stellen in diesem Bereich gibt und dass mit weiteren dramatischen Steigerungen zu rechnen ist.

Wir sind gut beraten, uns mit diesem Thema in Hamburg zu befassen und es nicht einfach auf Bundesebene abzuschieben, da wir doch wissen, dass man es im Rahmen der Pflegeversicherung auf Bundesebene nicht schafft, sich auf ein einheitliches System zu verständigen. Deshalb sind unserer Meinung nach die Länder gefordert. Wir als SPD-Fraktion möchten den Senat weiterhin antreiben, wir möchten, dass darüber in Hamburg entschieden wird, weswegen wir diesen Zusatzantrag gestellt haben, und wir möchten darüber auch im Sozialausschuss weiter debattieren. Schade, dass Sie sich dieser Diskussion verweigern, Frau Blömeke. – Vielen Dank.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Ich kann natürlich Vorwürfe, von wegen unser Antrag sei aktionistisch und ein einheitliches Verfahren wäre von oben diktiert, so nicht stehen lassen. Da zweifle ich allerdings wirklich an der qualifizierten fachlichen Diskussion zu dem Thema im Ausschuss, die ich ansonsten sehr schätze.

Ein bundesweit einheitliches Verfahren gewährleistet einheitliche Lebensverhältnisse pflegebedürftiger Menschen und insofern die Einhaltung des Gleichbehandlungsgrundsatzes. Es entspricht also dem Verfassungsgrundsatz, liebe Kollegin Blömeke, wenn bei der Personalausstattung bundesweit nach den gleichen methodischen Maßstäben ver-

fahren wird und keine Willkür und Beliebigkeit herrscht.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das hat doch nichts mit Willkür zu tun!)

Auch bei einer gleichen Methode werden sich regionale Unterschiede niederschlagen. Dann kommt es allerdings auf objektive Unterschiede an, die sich aus dem individuellen Bedarf ergeben, und gerade nicht mehr auf die herrschenden Machtverhältnisse, wie wir sie oft in den Landesregierungen haben, die kein Maßstab für die Gestaltung der Lebensverhältnisse pflegebedürftiger Menschen sein dürfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/4164 in der Neufassung und 19/4253 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 19/4253. Wer diesem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 19/4164 in der Neufassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 13 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 19/3997, der Großen Anfrage der CDU-Fraktion: Wirtschaftszentrum Hamburg: Zentrale Anlaufstelle für Hamburgs Wirtschaft.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU: Wirtschaftszentrum Hamburg: Zentrale Anlaufstelle für Hamburgs Wirtschaft – Drs 19/3997 –]

Wird das Wort gewünscht? – Frau Ahrons, bitte.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So ganz nach dem Motto "Tue Gutes und rede darüber" haben wir zum Thema Wirtschaftszentrum Hamburg die Große Anfrage an den Senat gestellt. Die Antwort zeigt, dass sich das Hamburger Wirtschaftszentrum, bestehend aus den sechs Hamburger Wirtschaftsförderungsgesellschaften, tatsächlich zu einem Kompetenznetzwerk entwickelt hat und heute die zentrale Anlaufstelle für die Hamburger Wirtschaft ist.

(Beifall bei der CDU)

(Barbara Ahrons)

Wir wissen alle, dass die Wirtschaftspolitik die stetige Aufgabe hat, immer wieder die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu überprüfen und so zu gestalten, dass kleine und mittlere, aber auch größere Unternehmen ihr Potenzial entfalten und nutzen können. Es war und ist stets das Ziel der CDU, eine Wirtschaftsförderung für Hamburger Unternehmen entlang der gesamten Wirtschaftskette aufzubauen. Das Spektrum reicht von der Förderung von Existenzgründungen über die Bestandssicherung von Unternehmen bis hin zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie auch zur Verbesserung des Zugangs für Betriebe zu Kapital.

Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, inzwischen eine vielfältige, umfassende, effektive und effiziente zentrale Wirtschaftsförderungsstruktur in Hamburg mit dem Wirtschaftszentrum in der Habichtstraße auf- und auszubauen. So sichert die Bürgerschaftsgemeinschaft unter anderem die Bereitstellung von zinsgünstigen Krediten durch die Gewährung von Bürgschaften mit einem Volumen von rund 450 Millionen Euro bis vorerst 2012. Existenzgründer und Unternehmer aller Branchen können darauf zurückgreifen. Die Beteiligungsgesellschaft übernimmt stille Beteiligungen für die gleiche Zielgruppe bis zu 6 Millionen Euro jährlich, was der Erhöhung der Eigenkapitalquote in den Unternehmen dient.

Die Hamburger Existenzgründungsinitiative H.E.I. ist die erste Anlaufstelle für angehende Jungunternehmer, denen sie Information, Beratung, Weiterbildung und ein Netzwerk anbietet. Die uns hoffentlich allen bekannte HWF wiederum ist die zentrale Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle für die gesamte Wirtschaft in Hamburg bei der Verwirklichung von Unternehmensprojekten und -ansiedlungen. Hier erhält man kostenlose Unterstützung, von der Standortberatung über Gewerbeimmobilienservice bis hin zu Genehmigungsverfahren. Die Innovationsstiftung hingegen konzentriert sich auf F&E-Projekte Hamburger Unternehmen zur Realisierung innovativer Projekte, Prozesse und Dienstleistungen. Sie berät zudem über die Förderprogramme Hamburgs, des Bundes und der EU und ist mit ihrem Projekt Mittelstandsförderinstitut der zentrale Ansprechpartner in Sachen Beratung für Förderprogramme.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Als Letztes nenne ich die Gesellschaft MAZ level one, die sich auf die Finanzierung und Betreuung sehr junger Technologieunternehmen in Norddeutschland spezialisiert hat.

Mit unserem Programm und durch unser Wirtschaftszentrum stärken wir den Hamburger Wirtschaftsstandort und sichern somit Arbeitsplätze. Wichtig ist für uns die Tatsache, dass Unternehmen immer einer Förderung und einer am tatsäch-

lichen Bedarf ausgerichteten Unterstützung bedürfen. Darum müssen wir stets evaluieren, ob die Förderinstrumente und -programme der aktuellen Situation entsprechen, und sie gegebenenfalls neu ausrichten.

Derzeit stehen viele kleine und mittlere Betriebe in der Finanz- und Wirtschaftskrise vor riesigen neuen Herausforderungen. Ein großes Problem besteht in mangelnder Liquidität und erschwelter Kapitalbeschaffung. Das Wirtschaftszentrum ist hierfür ein ganz wichtiger Ansprechpartner und bietet Beratung, Kompetenz, passende Förderprogramme und ein gut funktionierendes Netzwerk und das alles unter einem Dach, was sich gerade in Krisenzeiten als äußerst positiv herausstellt. Darüber hinaus bestehen ein enger Kontakt und eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Kammern. Das alles hilft unseren Unternehmen am Standort.

Wie groß das Bedürfnis nach Beratung und Information ist, zeigt allein schon der starke Anstieg an nachgefragten Informationsveranstaltungen, an denen die Innovationsstiftung teilgenommen und in denen sie Hunderte von Unternehmen über das Angebot der Förderung in Hamburg informiert hat. Die Antwort des Senats zeigt zudem die erfreuliche schnelle Reaktion auf die derzeitige wirtschaftliche Situation. Bürgschaftsvolumina wurden aufgestockt, Bürgschaftsvergaben beschleunigt, statt vier Wochen dauert es oft nur noch eine, manchmal sogar nur einen Tag und die Eigenrisikoquoten wurden gesenkt.

Aufgrund der höheren Nachfrage wurden für die Existenzgründer zusätzliche Scheckhefte zur Weiterbildung und Qualifizierung bewilligt und der Bereich Unterstützung ansässiger Unternehmen bei der HWF wurde aufgestockt. Die Innovationsstiftung wird ihre Projektförderung zugunsten der Unternehmen umstellen, das heißt, die Förderungen sind nur noch bedingt rückzahlbar. Gerade in Krisenzeiten ist es für die Unternehmen wichtig, über Innovationen nachzudenken und in die Qualifikation ihrer Mitarbeiter zu investieren. Wer am Markt nicht up to date bleibt und dadurch die Trends verpasst, geht natürlich ein hohes Risiko ein.

Gerade vorgestern wurde uns mitgeteilt, dass der Hamburger Schiffsbauzulieferer SAM Electronics trotz der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in Hamburg mehrere Millionen Euro in die Entwicklung eines neuen Systems zur Navigation von Schiffen investiert oder dass das Unternehmen tesa, ein Unternehmen der Beiersdorf-Gruppe, derzeit unwahrscheinlich viele Patente anmeldet, das heißt, stark in Forschung und Entwicklung investiert. Viele unserer kleinen und mittleren Unternehmen tun das natürlich derzeit auch, nur landen sie wesentlich seltener damit in der Presse.

Es zeigt sich, wie wichtig Investitionen sind, und wir, die CDU, werden weiterhin dafür sorgen, dass

(Barbara Ahrons)

solche Unternehmen, Existenzgründer, das Handwerk und viele andere Unternehmen mehr in Hamburg dafür die richtige Unterstützung durch uns erfahren.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Mittelstand wird in den üblichen Sonntagsreden immer gerne gelobt und seine Bedeutung ganz allgemein gewürdigt. Ich bedauere, dass dabei aber immer wieder der Fokus aufgrund der vorherrschenden Definition im Wesentlichen auf die größeren mittelständischen Firmen gerichtet wird und der sehr viel größeren Anzahl von Klein- und Kleinbetrieben und dem Handwerk nicht der ihnen gebührende Stellenwert zugebilligt wird, wo doch gerade bei ihnen sehr viele Arbeits- und Ausbildungsplätze angesiedelt sind. In Hamburg gibt es über 80 000 solcher Unternehmen und über 500 000 Arbeitnehmer.

Meine lieben Kollegen von der CDU-Fraktion!

(Beifall bei *Bernd Capeletti CDU*)

Ich möchte kurz auf Ihre uns heute vorliegende Große Anfrage zum Wirtschaftszentrum Hamburg eingehen. Die Beratungsangebote sind an sich verdienstvoll, und zwar deshalb, weil ich Ihnen ganz einfach unterstelle, dass Sie sich mit diesem Teil der Realität ernsthaft auseinandersetzen wollen. Vielleicht kann auch Ihr neu gegründeter Parlamentskreis Mittelstand dazu beitragen, denn die aktuelle Lage vieler kleiner mittelständischer Betriebe, vieler Handwerksbetriebe ist viel zu ernst und wird sich höchstwahrscheinlich noch verschärfen.

Die Beantwortung der Großen Anfrage wirkt zunächst einmal auf den nicht sachkundigen Leser so, als gäbe es in Hamburg schlichtweg für jedes Problem ein passgenaues Förderprogramm. Wenn man jedoch genauer hinschaut, Herr Capeletti, dann stellt man fest, dass in der Beantwortung dieser Anfrage im Wesentlichen die bereits vorhandenen Informationen über die existierenden Angebote zusammengetragen und nur um einige aktuellere Zahlen ergänzt wurden. Natürlich ist jedes Unternehmen, das in den letzten Jahren mit Unterstützungsmaßnahmen gesichert werden konnte, für sich genommen ein großer Erfolg, gar keine Frage. Wenn man sich aber die Anzahl der in Hamburg erteilten Bürgschaftsbewilligungen ansieht, dann kann man sich des Verdachts nicht erwehren, dass auch in normalen Zeiten jenseits der Wirtschaftskrise ein weit höherer Bedarf vorgelegen hat, der jetzt natürlich noch viel höher ist.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist es kein Geheimnis, dass bereits in der Vergangenheit die Frage der Liquidität, die Frau Ahrons angesprochen hat, oftmals das größte Problem von Klein- und Kleinstunternehmen war. Bereits die durch die Wirtschaftskrise ausgelöste Verschärfung der Kreditbedingungen beispielsweise hat eindeutige Verschlechterungen gebracht. Diese Situation ist besonders ärgerlich, weil schließlich bekannt ist, dass wesentliche Innovationen von diesen Klein- und Kleinstbetrieben ausgehen. Bei einer Vielzahl der existierenden Hamburger Unterstützungsmaßnahmen handelt es sich um die Umsetzung von Programmen des Bundes, KfW-Kredite oder von der EU geförderte Projekte oder die Telefon-Hotline; das ist ja nicht unbedingt alles auf Hamburger Mist gewachsen.

(Barbara Ahrons CDU: Das muss auch gesagt werden!)

– Das muss auch gesagt werden.

Insofern hoffe ich, dass die neue Bundesregierung die Nöte der kleinen Betriebe ernst nimmt und die im September von Bundesarbeitsminister Scholz unterbreiteten Vorschläge hinsichtlich der Schaffung eines neuen Garantiefonds im Kampf gegen die Kreditklemme einsetzen wird. Dieser Garantiefonds würde vor allem kleine Unternehmen berücksichtigen, die von der Krise besonders betroffen sind, insbesondere junge, von Frauen und Migranten geführte Unternehmen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eines hinzufügen. Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen müssen rechtzeitig angeboten und die betroffenen Betriebe möglichst umfassend über die Hilfsangebote informiert werden. Hier ist vor allem wichtig, dass auch eine aufsuchende Arbeit geleistet wird und man nicht wartet, bis die Betriebe in Not zum Mittelstandsförderinstitut rennen. Insbesondere die Mittelstandslotsin sollte die Betriebe aufsuchen.

Wenn man sich nämlich einmal in den Betrieben umhört, dann merkt man ganz einfach, dass die vielfältigen Förderprogramme gar nicht alle bekannt sind.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen. Der Staat handelt dann vernünftig, wenn er Arbeits- und Ausbildungsplätze dort unterstützt, wo diese in großer Menge vorhanden sind, bei den Klein- und Kleinstunternehmen.

Wir werden auch in Zukunft notwendige Verbesserungen in diesem Bereich mittragen, aber auch weiterhin auf unumgänglich zu beseitigende Schwächen der vorhandenen Unterstützungsmaßnahmen hinweisen. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist manchmal so, dass man bei Debatten über Große Anfragen nicht nur zu völlig unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommt, sondern sich auch neue Fragen ergeben. Frau Rugbarth, Sie haben bemängelt, dass in der Antwort des Senats ausschließlich darlegt wird, welche Fördermaßnahmen es gibt. Genau das war aber die Frage der Großen Anfrage. Es wurde erfragt, welche Wirtschaftsfördermaßnahmen es in Hamburg für Unternehmen gibt.

Die einzelnen Angebote des Wirtschaftszentrums Hamburg hat Frau Ahrons hier schon sehr detailliert dargestellt. Ich werde das nicht wiederholen, sondern näher auf andere Aspekte eingehen.

Zunächst einmal teile ich die Einschätzung der SPD-Kollegin, dass das vorhandene Angebot der Wirtschaftsfördereinrichtungen nicht ausreichend sei, nicht. Frau Ahrons hat bereits ausgeführt, dass in einigen Bereichen aufgestockt wurde; so ist zum Beispiel die Vergabe von Bürgschaften erleichtert worden. Ich mache mir eher Gedanken, warum das vorhandene Angebot eigentlich nicht ausgeschöpft wird. Die Frage, der wir uns stellen müssen, ist, ob das Angebot des Wirtschaftszentrums möglicherweise nicht den Kern der Nöte der kleinen und mittelständischen Betriebe in Hamburg trifft. Ist es nicht flexibel genug, um der Krise gerecht zu werden? Solche Fragen drängen sich mir eher auf. Die sind aber nicht gestellt worden und von daher konnte der Senat auch nicht darauf antworten. Es würde uns sicher weiter führen, wenn wir uns mit diesen Fragen beschäftigen würden.

Eindeutiges Fazit aus dieser Großen Anfrage ist: Es gibt ein breites Angebot mit vielen unterschiedlichen Schwerpunkten. Wirtschaftsförderung funktioniert insgesamt recht gut. Hamburg steht in den Bereichen Existenzgründung, Fördernetzwerke und Patentanmeldung gut da; all dies wird durch das Wirtschaftszentrum Hamburg unterstützt.

Eine Frage nehme ich aus dieser Großen Anfrage mit. Die Innovationsstiftung Hamburg mit ihrem sehr umfangreichen Angebot an Förderprogrammen hat im Jahr 2009 6,7 Millionen Euro zu vergeben. In den vergangenen vier Jahren wurden aber jeweils nur rund 2 Millionen Euro an Fördermitteln abgefragt, mehr konnte also gar nicht ausgezahlt werden. Sind die 4 Millionen Euro, die die Stiftung, flapsig formuliert, in diesem Jahr voraussichtlich übrig haben wird, an dieser Stelle richtig eingesetzt oder sollten wir sie stattdessen besser an anderer Stelle einsetzen? Das sollten wir noch einmal versuchen zu klären.

Nach meiner Einschätzung ist der Fokus im Haus der Wirtschaft nicht auf die größeren Betriebe ausgerichtet; der Fokus in diesem Hause ist übrigens gerade nicht bei der Debatte, wenn ich das einmal feststellen darf. Der Wirtschaftsausschuss hat sich im Wirtschaftszentrum getroffen und wenn man

einmal das Protokoll nachliest, dann liegt ein Fokus zum Beispiel auch auf dem Bereich Kreativwirtschaft. Sie wissen, wie wichtig uns die Kreativwirtschaft ist. Es gibt da eine sprachlich recht interessante Formulierung in dem Protokoll, die ich mir einmal erlaube, Ihnen vorzulesen. Herr Dr. Eifert von der Innovationsstiftung Hamburg sagt:

"Von den 46 laufenden Projekten der Stiftung sind sechs der Kreativwirtschaft zuordenbar, und zwar in dem Sinne, dass die Kreativwirtschaft natürlich Tools, Werkzeuge, bestimmte Software und so weiter benutzt, um Kreativität zu machen."

Das finde ich hübsch. Das zeigt, dass das Thema vielleicht noch ein bisschen fremd ist, aber der Mut, sich in die Ideen der Kreativwirtschaft hineinzuversetzen, sollte auch uns Mut machen. Wir sollten uns die Effizienz der Förderprogramme genau ansehen und prüfen, ob Sie den Kern der Bedürfnisse und Bedarfe der Betriebe treffen. Ansonsten ist Hamburg an dieser Stelle schlicht und einfach gut aufgestellt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Keine Frage, diese Große Anfrage ist verdienstvoll. Wir haben in der Antwort noch einmal eine Zusammenstellung der Wirtschaftsförderung in Hamburg und ihren Hintergrund bekommen. Es ist sicherlich so, Frau Ahrons hat es hier bereits gründlich interpretiert, dass die uns vorliegende Antwort durchaus eine gute Referenz ist.

Frau Möller, ich will jetzt nicht alles schlecht reden, aber ich wäre dennoch ein wenig zurückhaltender mit der Schlussfolgerung von Frau Ahrons; Sie haben das auch angedeutet. Frau Ahrons hat über Gutes gut geredet, was in Ordnung ist, aber die Frage ist doch, ob man wirklich nicht mehr tun kann. Muss nicht doch das eine oder andere im Detail verändert werden, wäre es nicht lohnenswert, ein wenig nachzubohren und Umschichtungen vorzunehmen, nicht, weil wir es nicht ertragen könnten, dass Hamburg hier gut aufgestellt ist, sondern aus der Logik heraus, das noch ein Stück besser zu machen.

Ich habe dieselben Überlegungen angestellt und finde – gestatten Sie mir, das zu sagen – es ein bisschen schade, dass ihre Anregung einfach nur zur Kenntnis genommen und nicht gemeinsam überlegt wird, welche Vorschläge man machen kann, das umzuschichten.

Auf einen Punkt möchte ich näher eingehen, da Frau Ahrons in ihrer Interpretation ausgeführt hat, man könne aus den vorliegenden Daten ablesen,

(Dr. Joachim Bischoff)

dass auf die Krise reagiert worden sei. Vielleicht nicht alle, aber die wesentlichen Programme sind aufgestockt worden. Die beteiligten Beratungsunternehmen und die Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg sind nun flexibler. Das ist sicherlich ein positiver Ansatz, das sehe ich auch so.

Ich bin aber, da ich auch an anderer Stelle mit dem Alltag dieser Unternehmen konfrontiert bin, ein bisschen skeptisch, ob das ausreichen wird für den Krisenprozess, den wir vor uns haben.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Dr. Bischoff, ich wollte Ihnen nur helfen. Es ist erstaunlich, dass dieses Haus zu so später Stunde noch so lebendig sein kann, aber es wäre besser, man wäre etwas leiser und würde Herrn Dr. Bischoff zuhören.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): – Man muss schon zur Kenntnis nehmen, dass die ökonomischen Grundbedingungen für Teile der Abgeordneten nicht so interessant sind, aber das ist einfach so.

Ich sehe also durchaus, dass auf die Krise reagiert wurde. Frau Ahrons, die in diesem Bereich sicher genauer Bescheid weiß, sagte, dass in dem Netzwerk nicht nur die sechs Kompetenzunternehmen seien, sondern auch Querverbindungen zu den Kammern mit ihren zusätzlichen Beratungsangeboten bestehen. Auch das nehme ich zur Kenntnis.

Wir stehen aber vor so großen Herausforderungen, dass wir trotzdem darüber nachdenken sollten, wie wir das Förderprogramm noch stärker machen können. Wir sollten auch die Unternehmen, die eine Förderung bekommen, weiter kontinuierlich und dicht begleiten. Das würde die regionale Ökonomie stärken. Zusammen mit dem Aspekt der Umschichtung sind das alles Punkte, an denen man weiter arbeiten kann. Dann hätten wir nicht nur über Gutes gut geredet, sondern vielleicht auch noch ein paar weiterführende Schlussfolgerungen gezogen. – Danke.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Stemmann.

Hjalmar Stemmann CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat ist es der CDU und dem Senat mit dem Wirtschaftszentrum Hamburg in der Habichtstraße gelungen, alle relevanten Fördergesellschaften unter einem Dach zu vereinen und eine zentrale Anlaufstelle für die Hamburger Wirtschaft zu schaffen. Als Mitglied des großen Bewilligungsausschusses der Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg und als in Innovationen investierender Unternehmer möchte

ich Ihnen direkt aus der Praxis in der Habichtstraße berichten. Ich kann Ihnen bestätigen, wie wichtig unsere Förderungen für die Hamburger Unternehmen sind.

Lassen Sie mich darum ein wenig genauer auf die Arbeit der Bürgerschaftsgemeinschaft und der Innovationsstiftung eingehen.

(Uwe Grund SPD: Das kennen wir alles!)

Die Bürgerschaftsgemeinschaft Hamburg, kurz BG, fungiert als Hamburger Bürgschaftsbank. Ihre Kernbotschaft ist, dass betriebswirtschaftlich sinnvolle Investitionen im Hamburger Mittelstand nicht an fehlenden Sicherheiten scheitern dürfen. Dies gilt insbesondere in der Krise, in der – Frau Ahrons sagte es bereits – Innovationen besonders wichtig sind. Die BG ersetzt insoweit fehlende Kreditsicherheiten, indem sie in der Regel sechzigprozentige Ausfallbürgschaften für Hausbankkredite oder öffentlich refinanzierte Darlehen übernimmt.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Der Bürgschaftsanteil ist aber als Antwort auf die Finanzkrise auf bis zu 80 Prozent erhöht worden. Damit ist die BG insbesondere ein Förderer von kleineren und mittleren Unternehmen, die, wie Frau Rugbarth zu Recht betonte, die Mehrzahl der Betriebe in Hamburg stellen.

Die BG ist nach dem Gesetz ein Kreditinstitut, durch das die kreditgebenden Primärbanken werthaltige Sicherheiten erhalten. In der derzeitigen Krise hat ihre Arbeit an Bedeutung noch zugenommen, denn Unternehmensfinanzierungen werden zunehmend schwieriger und teurer. Laut einer Handelskammerumfrage unter Unternehmen führen höhere Anforderungen an Kreditsicherheiten und gestiegene Zinsen zu dieser schwierigen Situation und genau an diesem Punkt setzt die Hilfe der BG an.

Die Zahlen sprechen für sich: 2008 wurden mehr als 500 Anträge mit einem Volumen von rund 72 Millionen Euro bewilligt. Mit dem Eigenanteil der Banken oder Unternehmen ergibt das ein Kreditvolumen von insgesamt 100 Millionen Euro, weil auch noch der Eigenanteil der Banken oder Unternehmen dazu kommt.

Der Bürgschaftsbestand der BG umfasst rund 3000 Kunden; Herr Bischoff, das ist kein kleiner Kreis, auch nicht für Hamburg. Infolge der Krise boomt die Nachfrage. Wir haben in diesem Jahr bereits einen Zuwachs von 17 Prozent; einen so hohen Zuwachs hat es in keinem anderen Jahr gegeben.

Ich möchte kurz auf die Anmerkung von Frau Rugbarth eingehen. 63,6 Prozent der genehmigten Bürgschaften liegen in der Größenklasse eins, in der maximal 100 000 Euro bewilligt werden. Von diesen Bürgschaften lagen rund 20 Prozent bei bis

(Hjalmar Stemann)

zu 25 000 Euro. Es werden also durchaus auch sehr kleine Unternehmen gefördert.

Neu und besonders wichtig im Portfolio der BG ist die sogenannte Express-Bürgerschaft – Frau Ahrons ist bereits kurz darauf eingegangen –, da bei Standardprozessen innerhalb von 24 Stunden eine Bürgerschaft genehmigt werden kann. Ebenfalls neu und für die Krise geschaffen ist der Feuerwehrfonds, der Unternehmen, die mit seiner Inanspruchnahme Arbeitsplätze erhalten können, eine Chance gibt. Beide Programme sind wichtige und richtige Reaktionen auf die Krise.

Die Innovationsstiftung wiederum hat drei Tätigkeitsschwerpunkte. Sie trägt erstens durch die Förderung von innovativen Projekten Hamburger Unternehmen aktiv zur Innovationspolitik bei und unterstützt die Unternehmen bei Forschung und Entwicklung.

Zweitens hat sie die Trägerschaft für bestimmte Hamburger Förderprojekte wie das Life-Science-Programm der Behörde für Wissenschaft und Forschung oder künftig für das Förderprogramm Energie und Innovation der BSU, das in Vorbereitung ist.

Drittens kümmert sie sich um das Projekt Mittelstandsförderinstitut, um die Förderberatung Hamburger Unternehmen. Das heißt, sie informiert und berät Unternehmen über Förderprogramme der Hansestadt, des Bundes und der EU. Wer einmal an einer Ausschreibung der EU teilgenommen oder auch nur einen Blick auf eine solche Ausschreibung geworfen hat, der weiß, was Bürokratie bedeutet und wie wichtig es ist, Unternehmen zu unterstützen, damit diese ein solches Förderprogramm überhaupt in Anspruch nehmen können.

Dass unsere Förderprogramme dabei helfen, Arbeitsplätze zu schaffen, zeigen zwei Beispiele der Innovationsstiftung. Zunächst ein Beispiel aus der Kreativwirtschaft. 1997 wurde CoreMedia mit 100 000 Euro unterstützt. Zum Zeitpunkt des Projektstarts hatte das Unternehmen fünf Mitarbeiter, Ende vergangenen Jahres waren es sage und schreibe 162.

Als zweites Beispiel ein Unternehmen aus dem Bereich der Gesundheitsberatung, die Indivumed GmbH. Sie wurde 2002 mit 500 000 Euro gefördert. Bei Projektstart gab es nur den Geschäftsführer, heute sind rund 65 Mitarbeiter bei diesem Unternehmen beschäftigt. Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können.

Wichtig ist aus Sicht der CDU-Fraktion zukünftig eine zielgerichtete und ausreichende Förderung der Unternehmen. Wir müssen kontinuierlich überprüfen, ob und wie die bereits bestehenden Programme angenommen werden und ob es möglicherweise Bereiche oder Unternehmenszweige gibt, die aus der Förderung herausfallen, obwohl sie ihrer dringend bedürfen.

Neben der eigentlichen Förderung ist es zweitens wichtig, dass Unternehmen schnell und zentral, ohne viel Bürokratie, Hilfe bekommen können. Mit dem Wirtschaftszentrum Hamburg und dem Mittelstandsförderinstitut unter einem Dach sind wir hier bereits auf dem richtigen Weg. Dazu muss eine weiterhin gute und enge Zusammenarbeit aller Fördergesellschaften mit den Behörden, Bezirken, Kammern und gegebenenfalls auch den Verbänden kommen. Besonders wichtig ist, dass wir nicht beginnen, Parallelstrukturen aufzubauen, sondern die vorhandenen Strukturen stärken und bestmöglich nutzen.

Drittens müssen wir, wenn Bedarf besteht, die Wirtschaftsförderung stärker an den bereits vorhandenen und neuen Clustern in Hamburg ausrichten. So haben wir zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft neu in unserem Portfolio. Bürgschaften im Bereich der Medien- und Informationswirtschaft sind ebenfalls stark nachgefragt. Die BG hat für Unternehmen aus dem Bereich der Medien und der Kreativwirtschaft 2007 57 Bürgschaften, 2008 53 Bürgschaften und 2009 bislang 39 Bürgschaften bewilligt. Als Beispiele für branchenbezogene Sonderprogramme nenne ich die AVALE für die Filmwirtschaft oder das Barkassenprogramm, mit dem die bei den Touristen beliebten Hafenbarkassen sicherer gemacht wurden.

Hamburg hat den Anspruch, die mittelstandsfreundlichste Stadt Deutschlands zu werden. Das Wirtschaftszentrum Hamburg ist ein wichtiger Baustein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Diese Ausführungen geben mir Gelegenheit, dem Redner und allen anderen Angehörigen des Plenums die Lektüre von Paragraph 41 Absatz 1 der Geschäftsordnung an das Herz zu legen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/3997 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 4, Drucksache 19/3286, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Situation der Hamburger Museen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Situation der Hamburger Museen
– Drs 19/3286 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss überweisen.

(Präsident Berndt Röder)

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Oldenburg bekommt es.

Dr. Christel Oldenburg SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es steht schlecht um die Hamburger Museen. Das wissen wir nicht erst durch unsere Große Anfrage. Inzwischen hat sich dazu auch der Direktor des Harburger Helms-Museum, Professor Weiss, in der Presse geäußert.

Die erst 2008 gegründete Stiftung Historische Museen Hamburg hat im ersten Jahr ihres Bestehens 3,5 Millionen Euro Schulden angehäuft. Damit ist der Konsolidierungskurs, den die Kulturbehörde mit der Zusammenlegung der vier historischen Museen angestrebt hat, gründlich misslungen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Kunsthalle versucht noch, ihr Defizit aus dem Jahr 2007 abzubauen. Ob dieser Versuch erfolgreich sein wird, kann man derzeit überhaupt nicht beurteilen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Darf ich zunächst einmal das Plenum um mehr Ruhe bitten, das beschleunigt das Verfahren. Den Abgeordneten Stemann darf ich darauf hinweisen, worauf ich auch alle anderen hinweise. – Vielen Dank.

Fahren Sie bitte fort.

Dr. Christel Oldenburg (fortfahrend): Jetzt gestört als Vorschlag durch die Medien, den freien Eintritt für Kinder und Jugendliche abzuschaffen oder ein oder mehrere Museen zu schließen. Das sind Vorschläge, deren Umsetzung der Kulturmétropole Hamburg schweren Schaden zufügen würde. Museen sind und bleiben nach wie vor Bildungseinrichtungen; der Zugang muss frei bleiben, zumindest für Kinder.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Schließung von Museen oder Stiftungen, sei es komplett oder einzelne Teile, bedeutet eine ernsthafte Museenkrise. Das Museum für Kommunikation wird in diesem Monat geschlossen, weil die Museumsstiftung Post und Telekommunikation nicht mehr bereit ist, die im Vergleich zum Gesamtumsatz ihrer Unternehmen geringe Summe für den Betrieb des Museums aufzubringen. Das darf mit einem staatlichen Museum nicht passieren.

(Beifall bei der SPD)

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass die Hamburger Museumsstiftung eine riesige Baustelle geworden ist. Da wird analysiert, da werden die verschiedensten Expertengruppen und Unternehmensberater eingesetzt – was sicherlich auch nicht ganz billig ist –, da wird umstrukturiert. Alles scheint irgendwie im Fluss zu sein. Konkrete

Ergebnisse liegen aber nicht vor, geschweige denn, dass erste Erfolge dieser Maßnahmen sichtbar wären.

Wir wissen bereits seit 2001, dass es um die finanzielle Situation der Museen nicht gut bestellt ist. Es wurden 13,6 Millionen Euro Schulden angehäuft, die der Senat dann getilgt hat. Diese Tilgung haben wir ausdrücklich begrüßt und mitgetragen. Seitdem hat sich aber am strukturellen Defizit überhaupt nichts verändert. Es ist doch so, dass die Stiftungen insgesamt zu wenig Geld haben für die Unterhaltung der Häuser – Stichwort Heizkosten –, eine angemessene Personalausstattung, Restaurierung und Inventarisierung. Ausstellungsetats gibt es so gut wie gar nicht mehr; Ausstellungen müssen überwiegend von Sponsorengeldern finanziert werden und die sind eingebrochen. So kann das nicht weitergehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* **DIE LINKE**)

2007 hat der Senat ein verbessertes Controlling angekündigt, aber heute, im Herbst 2009, kann er noch immer keine Jahresbilanzen für 2008 vorlegen. Da frage ich, wo denn jetzt das verbesserte Controlling ist, sodass jederzeit umgesteuert werden kann, wenn die ersten Defizite auftauchen.

In der Stiftung Historische Museen Hamburg sollte erstmals im Juli 2009 das monatliche finanzielle Berichtswesen eingeführt werden; das war viel zu spät. Jetzt müssen wieder Konsolidierungsprogramme aufgelegt werden. Das Ganze wird zu einer Dauerkonsolidierung ohne Perspektive. Das ist erschreckend, wenn man bedenkt, wie lange sich die Stadt schon mit diesem Problem herumschlägt.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* **DIE LINKE**)

Die SPD-Fraktion hat die Zusammenlegung der vier stadthistorischen Museen Hamburgs kritisch gesehen. Uns war nicht einsichtig, wie das funktionieren soll, die übergreifende Zusammenarbeit einerseits und die Profilierung der einzelnen Häuser andererseits. Das klingt wie eine Quadratur des Kreises. Ein Defizit von 3,5 Millionen Euro bestätigt unsere kritische Haltung. Von Synergieeffekten kann überhaupt keine Rede sein.

Wir wollen einräumen, dass es auch einige gute Ideen gibt. Wir begrüßen außerordentlich, dass im Museum für Hamburgische Geschichte für 2011 eine große Ausstellung zum Themenbereich "Der Norden" geplant ist, die Besucher aus ganz Deutschland anlocken soll.

Auch bei diesem Plan steckt wieder der Teufel im Detail. Die Finanzierung ist noch nicht gesichert. Für die drei anderen Museen, das Museum der Arbeit und die Museen in Harburg und Altona bedeutet das, dass es 2010 und 2011 kaum eine Sonderausstellung geben wird. Wie soll da eine Profi-

(Dr. Christel Oldenburg)

lierung der einzelnen Häuser gelingen? Das sieht überhaupt nicht nach einer guten Lösung aus.

Kommen wir zu einem weiteren Schwachpunkt. Natürlich ist es erfreulich, dass zwischen 1999 und 2008 die Besucherzahlen gestiegen sind. Allerdings ist das kein Hamburger Phänomen. Auch in anderen Metropolen wie Berlin sind die Besucherzahlen gestiegen.

Erstaunlich ist weiterhin, dass der Senat keinerlei Auskünfte über die Besucherstruktur geben kann. Er weiß nicht, wie viele Erwachsene, Studenten oder Rentner die Museen besuchen oder, was besonders wichtig wäre, welchen Bildungshintergrund die Besucher haben, weil die Daten nicht einheitlich erhoben werden.

Wir glauben, dass ein Pisa-Schock, wie ihn die Schulen erlebt haben, bei den Museen noch aussteht. Möglicherweise gehen gar nicht mehr Menschen in Museen, sondern Menschen mit höherem Bildungshintergrund gehen einfach öfter hin. All das weiß der Senat aber nicht und dass jetzt eine Besucherbefragung geplant ist, macht das nicht besser. Wenn man über Besucherstrukturen nichts weiß, dann kann man auch keine gezielte Ausstellungspolitik machen.

Ein letzter Punkt, einer unter vielen, die wir kritisch beurteilen. Das Projekt der digitalen Inventarisierung in den stadthistorischen Museen ist nur auf den ersten Blick ein Erfolg. Es werden zwar mehr Museumsstücke inventarisiert, als ursprünglich dafür vorgesehen waren, das ist natürlich sehr gut, aber es bleiben Millionen von Exponaten, die nach Abschluss des Projektes Ende 2009 noch nicht erfasst worden sein werden. So werden die Museen nie erfahren, welche Schätze in ihren Kellern liegen und eigentlich ausgestellt werden könnten. Wir würden uns freuen, wenn die Senatorin heute mit positiven Nachrichten zur Fortführung des Projektes aufwarten könnte.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Alle seit 2001 unternommenen Versuche des Senats, die staatlichen Museen in Hamburg auf eine solide Grundlage zu stellen, sind fehlgeschlagen. Wir brauchen jetzt, analog zu dem Masterplan für Musik, dringend einen Masterplan für die Hamburger Museen. Die Ursachen für die Defizite müssen endlich klar herausgearbeitet werden. Will der Senat die bunte Museenlandschaft Hamburgs zumindest erhalten, dann führt kein Weg an einer finanziellen Neubewertung vorbei. Der Senat darf Hamburgs Museen nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen, das ist einer Kulturmetropole unwürdig. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Martens.

(Dirk Kienscherf SPD: Mal was Inhaltliches!)

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Oldenburg, ich wollte Sie erst loben, ob des Verdienstes der Großen Anfrage, aber angesichts dieser ewigen Untergangsszenarien, die Sie immer in allen Politikfeldern an die Wand malen, finde ich das Lob einfach nicht mehr angebracht.

(Ingo Egloff SPD: Wir weisen darauf hin und Sie gehen unter!)

– Das ist miesepetrig, Herr Egloff. Man kann wirklich alles schlechtreden.

(Ingo Egloff SPD: Genau! Wir sind Miesepe-ter! Alles wird gut! Wie bei der Elbphilharmonie, da ist auch alles gut!)

– Immerhin wächst es.

Der Museumsentwicklungsplan ist jetzt fast drei Jahre alt. Wir haben im Haushalt 2007 13,5 Millionen Euro zur Entschuldung der Hamburger Museen aufgewendet.

Der ganzheitliche Auftrag eines Museums heißt: Beschaffen, bewahren, erforschen, bekanntmachen und ausstellen. Und das machen die Hamburger Museen sehr gut.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vergleiche mit einer Tutanchamun-Ausstellung, die nur Kopien ausstellt, greifen nicht. Die Ausstellung hat in München 350 000 Besucher angezogen und ist jetzt auch in Hamburg zu besichtigen. Die Hamburger Museen sind aber keine derartigen Event-Maschinerien, die à la Disneyland Geschichten erzählen. Hamburger Museen sind, wie generell jedes Museum, dem Original verpflichtet und das funktioniert auch. Interessieren Sie sich denn nicht dafür, welche guten Leistungen unsere Museen erbringen? 2006 hat die Caspar-David- Friedrich-Ausstellung 325 000 Besucher angezogen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es kommt nicht auf das Interesse an, aber auf den Lautstärkepegel. Der ist im Moment zu hoch.

Brigitta Martens (fortfahrend): Dass die Hamburger Museen auch gegenwärtig erfolgreiche Arbeit leisten, zeigt sich darin, dass die Sigmar-Polke-Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle "Wir Kleinbürger! Zeitgenossen und Zeitgenossinnen" als Ausstellung des Jahres 2009 ausgezeichnet worden ist.

(Brigitta Martens)

Ich möchte angesichts der fortgeschrittenen Zeit gar nicht weiter diskutieren. Das Interesse ist hier im Plenum sowieso recht gering. Ich denke, wir sollten das unter uns Fachleuten im Ausschuss diskutieren und das Ergebnis dann dem gesamten Plenum vorstellen. Wir haben zu der Großen Anfrage noch keine Abschlussbilanz vorliegen; wir können hier jetzt sowieso nicht über konkrete Zahlen reden. Das sollten wir im Ausschuss machen. Ein Punkt dabei wäre mir ganz wichtig, dass wir nicht nur den Jahresabschluss von 2008 heranziehen, sondern auch die monatlichen Abschlüsse der Stiftungen in 2009. Mein Vorschlag wäre, im Ausschuss eine Anhörung zu machen, dazu die Experten von vor drei Jahren heranziehen und zusätzlich die Gutachter Birnkraut und Richter sowie die Direktoren der Museen dazu bitten. Man muss kein Prophet sein, um zu sagen, dass wir die Lösung für die Hamburger Museen nur im Schulterschluss mit Herrn Dr. Freytag schaffen werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Oldenburg, eines ist klar: Hamburg braucht seine Museen. Sie sind das kulturelle Gedächtnis der Stadt und der Ort der kulturellen Selbstvergewisserung. Hamburg muss aber auch von seinen Museen erwarten können, dass sie als verlässlicher Partner agieren. Als gutes Beispiel, das konnten wir aus der Großen Anfrage, die Sie gestellt haben, ersehen, geht das Museum für Kunst und Gewerbe voran. Hier gelingt die Umsetzung dessen, was der Neuausrichtung der Hamburger Museumslandschaft zugrunde gelegt wurde.

Vorausgegangen war ein Diskurs in den Neunzigerjahren. Bundesweit wurde überlegt, wie die Strukturen der Museen verändert werden müssen, damit sie ihre Aufgaben besser, wirksamer und wirtschaftlicher wahrnehmen können. Man versprach sich von der Umwandlung der Rechtsnorm, also der Entlassung der Museen in größere Autonomie, dass sich bei den handelnden Personen das Kostenbewusstsein und die Dienstleistungsorientierung verstärken würden. Das ist im Grunde das, Frau Oldenburg, was Sie angesprochen hatten.

Als Ausdruck dieser Überzeugung wurde 1998 die rechtliche Verselbstständigung der Hamburger Museen beschlossen. Da sich aber auch neun Jahre später der Kostendeckungsgrad nicht wesentlich verändert hatte, beschloss man 2007, noch einen Schritt weiter zu gehen und die vier stadt- und kulturhistorischen Museen zusammenzulegen. Ziel war wiederum eine Bündelung der fachlichen und der finanziellen Ressourcen. Verbunden mit der

Zusammenlegung der vier historischen Museen, also dem Museum für Hamburgische Geschichte, dem Altonaer Museum, dem Helms-Museum und dem Museum der Arbeit zu der Stiftung Hamburgische Museen für Stadt- und Kulturgeschichte, war eine Entschuldung aller städtischer Museen vorgesehen und realisiert worden. Dafür hat die Stadt 2007 13 Millionen Euro zur Entschuldung in die Hand genommen.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD – Dr. Andreas Dressel SPD*: 2007 haben Sie noch nicht regiert!)

Wir Grüne haben in der letzten Legislaturperiode aus den oben genannten Gründen die Zusammenführung der historischen Museen für richtig befunden. Durch diesen großen Schritt hat sich seit 2007 schon viel bewegt; auch das haben die Kolleginnen bereits angesprochen. Ich erwähne es noch einmal kurz: Die Abstimmung der Ausstellungs- und Sammlungspolitik wurde verbessert, eine museumsübergreifende Programmkommission eingesetzt, die digitale Inventarisierung der Sammlungsbestände organisiert und die Objekte wurden deutlich schneller als geplant erschlossen. Die Entwicklung eines prägnanten museumspädagogischen Profils der Museen wurde auf den Weg gebracht und eine verbesserte Zusammenarbeit aller sieben Museen in der Öffentlichkeitsarbeit erfolgreich aufeinander abgestimmt.

Im Gegensatz zu diesen Entwicklungen zum Positiven blieb die finanzielle Situation der Museen unbefriedigend.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! So geht es wirklich nicht. Die frei vorgetragene Rede nach Paragraph 41, Absatz 1 bringt natürlich auch mehr Aufmerksamkeit; auch darauf weise ich gerne hin.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Fahren Sie fort.

Dr. Eva Gümbel (fortfahrend): – Da haben Sie vielleicht recht.

Seit Jahren wurde also mit unterschiedlichen Maßnahmen versucht, die Museen auf einen tragfähigen Konsolidierungskurs zu bringen. Dies ist aber bis heute noch nicht gelungen; die Kollegin Oldenburg hat dies auch gesagt. Die aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise wegbrechenden Einnahmen bei Spenden und Sponsoring belasten die finanzielle Situation der hamburgischen Museen zusätzlich. Sondereffekte durch die Baumaßnahmen, etwa im Altonaer Museum und im Helms-Museum, belasten ebenfalls die Etats.

(*Sören Schumacher SPD*: Das ist doch zu!)

(Dr. Eva Gümbel)

– Das Helms-Museum ist zu? Da wurde gebaut, das hat wieder aufgemacht.

Umso wichtiger wird es auch weiterhin sein, darauf zu drängen, dass das Controlling in den Häusern funktioniert. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der auf die Stadt zukommenden zusätzlichen Belastungen im Betriebshaushalt ist klar, dass alle...

(Zuruf von der SPD – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Kollege, das ist zwar laut, aber hier nicht verständlich.

(Zuruf von der SPD: Er hat gesagt, dass das Museum für Harburger Stadtgeschichte zu war!)

Jetzt haben wir es verstanden, auch die Rednerin.

Bitte.

Dr. Eva Gümbel (fortfahrend): – Darf ich jetzt fortfahren?

Wir sind gespannt auf das Konsolidierungskonzept für die historischen Museen, zu dem wir im vierten Quartal eine Senatsdrucksache erhalten werden.

Bei der Weiterentwicklung der Hamburger Museenlandschaft wird es darauf ankommen, die Balance zu halten zwischen dem besonderen Kulturauftrag, den die Museen erfüllen, und den wirtschaftlichen Gegebenheiten, die den Handlungsspielraum abstecken.

Ich persönlich wünsche mir, dass auch in den anderen Museen das gelingt, was im Museum für Kunst und Gewerbe gelungen ist, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, denn – und da komme ich auf den Anfang zurück – Hamburg braucht seine Museen.

Und wenn ich noch ein Wort zu der Kollegin Oldenburg sagen darf. Frau Oldenburg, Herr Professor Weiss hat zwar diesen Vorschlag in die Debatte eingebracht, aber die Senatorin hat doch sehr deutlich gesagt, dass der Eintritt für Kinder weiterhin kostenlos ist. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

(Zuruf aus dem Plenum: Hacki, mach' dich nicht unbeliebt!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: – Ja, vielen Dank.

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Herr Hackbusch hat maximal 23 Minuten Redezeit zur Verfügung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Vielen Dank, dass ich das jetzt auch erfahren habe. Wir werden einmal sehen, wie wir damit umgehen.

Erstens erfreut mich, dass wir diese Drucksache an den Ausschuss überwiesen bekommen und dementsprechend dort einige Diskussionen genauer führen können. Das scheint mir auch der Situation angemessener als das, was wir gegenwärtig an Debatte hier erleben. Deshalb werde ich mich auf einige wichtige Punkte konzentrieren.

Ich freue mich über die Große Anfrage, weil sie im Zusammenhang mit den wichtigsten Fragen, die das Museum angehen, sehr fleißig und sehr gut organisiert ist. Bei den Antworten habe ich einige Schwierigkeiten, die sind zum Teil etwas veraltet. Ich hoffe, dass, wenn wir das im Kulturausschuss behandeln, wir einiges nachgelegt bekommen. Dann kann man das, was im vierten Quartal noch berichtet werden soll, wie wir gerade erfahren haben, gleich noch mitnehmen.

Natürlich habe ich eine Frage im Zusammenhang mit der sozialen Situation im Museum vermisst, gerade von der SPD. Eine der richtigen Katastrophen in den Museen ist dieser hohe Einsatz – ich betone das jedes Mal wieder – von Ein-Euro-Kräften, die unter anderem in Bibliotheken eingesetzt werden und für viele andere Bereiche. Es ist ein kulturpolitischer Skandal, dass so etwas geschieht und das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte, dass wir diese Frage, auch wenn sie in der Großen Anfrage nicht gestellt worden ist, trotzdem behandeln und sie ein wichtiges Thema ist.

Es sind nicht so viele hier, die die Anfrage gelesen haben, das weiß ich, deshalb will ich es für alle kurz zusammenfassen:

(*Olaf Ohlsen* CDU: Lass nach!)

Die Museen stecken in einer Krise, und zwar in einer kräftigen Krise. Im Gegensatz zu dem, was man sich von den vier Hamburger Museen, die man zusammenfasste, erhofft hat, gibt es weiterhin ein strukturelles Defizit dieser vier zusammengeschlossenen Hamburger Museen. Das wird aus der Anfrage deutlich und dementsprechend muss dort etwas geschehen. Die Reform von vor zwei oder drei Jahren – da waren wir noch nicht dabei, deswegen will ich nicht sagen, dass sie deswegen schlecht war – ist einfach gescheitert. Das strukturelle Defizit ist immer noch da und man muss sich Gedanken darüber machen, wie man das löst.

(Norbert Hackbusch)

Ein zweiter sehr wichtiger Punkt ist, dass die Äußerungen im Zusammenhang mit dem freien Eintritt für Kinder nicht eindeutig sind. Die Frau Senatorin hat darauf hingewiesen, dass sie es gerne möchte, Frau Dr. Gümbel, aber sie hat gesagt, sie müsse noch Sponsoren dafür suchen. Wir alle wissen, dass im kulturellen Bereich im Moment Sponsoren eher wegbrechen und dies deshalb keine tatsächliche Zusicherung ist, sondern die Frage bisher noch offen bleibt. Dementsprechend finde ich es für uns alle gemeinsam eine wichtige Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen freien Eintritt in Hamburger Museen zu geben. Das sollte eine Aufgabe aller Parteien sein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte außerdem noch darauf hinweisen, dass ich mich im Zusammenhang mit dieser Debatte an einen, wie ich damals fand, etwas peinlichen Antrag von CDU und GAL erinnern kann als Antwort auf unseren Antrag "Kultur für alle". Sie haben damals einen Antrag gestellt, der auch "Kultur für alle" hieß – das hat mich sehr gefreut, sogar ein bisschen geehrt –, worin Sie den Senat ersucht haben, anhand des Vergleichs der Kulturpolitik anderer Städte zu berichten, welche Maßnahmen möglich sind, um sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten an das kulturelle Leben heranzuführen und ein Konzept vorzulegen, um diese kulturelle Teilnahme zu erhöhen.

Bisher sehe ich immer noch keine Antwort darauf und befürchte, dass dort nicht gearbeitet worden und dieser Antrag damals zur Beruhigung gestellt worden ist.

(Wilfried Buss SPD: Genau!)

Und der Senat hat es bisher nicht als Aufgabe gesehen, dies zu erfüllen. Das ist eine Ohrfeige für die CDU und für die GAL. Diese Ohrfeige sollten Sie bitte spüren und nachfragen, was der Senat in Ihrer wichtigen Anfrage unternommen hat.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Kulturelle Teilhabe für alle ist wichtig und damit verbunden ebenso das Thema Eintrittspreise. 90 Prozent der Ausgaben insgesamt für Museen werden sowieso steuerlich bezuschusst und nur höchstens 10 Prozent über Eintritte erwirtschaftet. Dementsprechend bedeutet das für jeden, der das Museum betritt, dass 90 Prozent von allen Steuerzahlern bezahlt werden. Wir merken doch, welche soziale Differenz und soziale Problematik dort auftreten. Deswegen halte ich Eintrittspreise in Museen für die normalen Sammlungen sowieso für einen Fehler.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten das aber noch einmal gemeinsam diskutieren. Es ist entscheidend dafür, eine lebendige Kultur mitzubekommen. Wir wissen alle, dass wir

kulturell im Zusammenhang mit den Museen schlechter dastehen als Berlin, München oder Dresden.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Oder Köln!)

Das ist nun mal historisches Pech.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Farid Müller?

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Gerne.

Zwischenfrage von Farid Müller GAL:* Herr Hackbusch, wir hatten bei der letzten Debatte, als wir über Kultur für alle gesprochen haben, eigentlich sehr eindeutig gesagt, dass der finanzielle Aspekt bei den Eintrittspreisen nicht alleine dafür herhalten kann, auch sozial benachteiligte Schichten in die Museen zuzulassen. Das hat gerade Berlin gezeigt. Deswegen finde ich es blöd, dass Sie es wieder darauf reduzieren. Das Petitum ging ganz eindeutig dahin, ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Müller.

Farid Müller (fortfahrend): ... es mit anderen Mitteln noch zu versuchen. Das haben Sie jetzt ausgeblendet.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Müller, ich habe Sie nicht ausgeblendet, ich habe nur Ihren parlamentarischen Sprachgebrauch einmal ein wenig auf die Probe gestellt.

(Michael Neumann SPD: Und das bei einem ehemaligen Vizepräsidenten!)

Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Ich glaube das Wort, das er benutzt hat, spricht für ihn selbst.

(Beifall bei der SPD und bei Mehmet Yildiz DIE LINKE – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das dürfen Sie nun auch nicht.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): – Schade. Ich dachte, nun wäre ich elegant, habe es aber nicht hingekriegt.

(Norbert Hackbusch)

Wir werden dann im Ausschuss sehen, wie wir diese Frage weiter behandeln. Ich will nicht die gesamte Debatte wiederholen, das wäre ein bisschen lächerlich an diesem Punkt. Von daher stellen wir noch einmal fest, dass die Frage der Kultur für alle absolut notwendig ist. Wir sind in einer krisenhaften Situation in den Museen, das muss gelöst werden. Es darf keinerlei weitere Kürzungen geben im Zusammenhang mit der Frage der Kulturspeicher, wo ich immer etwas Derartiges befürchte. Leider sitzt Herr Freytag, der für Frau Martens so wichtig ist – und für mich auch –, nicht hier und verfolgt die Debatte. Als engagierte Kulturpolitiker werden wir ihm trotzdem die Ergebnisse zutragen. – Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Professor von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann Sie trösten, ich werde jetzt keine Grundsatzrede halten, obwohl es mir natürlich sehr am Herzen liegt, das zu tun.

(*Michael Neumann SPD:* Machen Sie keine Mördergrube!)

Ich bin natürlich froh, dass das Thema Museen das Parlament erreicht hat und vieles, was heute gesagt wurde, ist richtig. Wir tun aber alle gut daran, das im Ausschuss noch einmal genau und ausführlich zu besprechen,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

nicht nur, weil Sie nach Hause gehen wollen, sondern weil es der Sache dienlich ist.

Trotzdem möchte ich noch einmal sagen, dass es keinen Eintritt für Kinder in Museen geben wird. Das ist eine Verabredung, die die Direktoren getroffen haben, und es war die Meinung eines Einzelnen, die in der Presse stand. Wir haben alle zusammen eine andere Anschauung. – Jetzt wünsche ich Ihnen einen schönen Feierabend.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Senatorin, wir nehmen gerne gleich den schönen Feierabend in Anspruch. Vorher gehe ich aber noch auf zwei Dinge ein.

Erstens: Wir haben gestern über die Presse vernommen, dass die CDU-Abgeordneten wünschen, dass der Kulturetat aufgestockt wird, und Sie haben da sowohl die Symphoniker erwähnt, Herr Kruse, als auch die Museen. Da kann ich Sie nur nachdrücklich unterstützen. Herr Kruse hat gestern davon gesprochen, dass die Museen in dem Nachtragshaushalt, den Sie jetzt beschließen, einen Schirm brauchen. Das kann man nur deutlich unterstreichen, weil die Unterfinanzierung, auf die Frau Oldenburg hingewiesen hat, nicht knapp ist, sondern wirklich sehr erheblich.

Zweitens zu einer Bewertung: Vor zwei Jahren haben wir über die Museen beschlossen und nicht nur die 13,6 Millionen, Frau Gümbel, sondern wir haben damals weitaus mehr Mittel für die Museen beschlossen. Wir wussten schon, dass es ein strukturelles Defizit gibt sowohl bei der Kunsthalle als auch bei den anderen Museen. Jetzt lesen wir in den Antworten auf unsere Große Anfrage, dass die Ergebnissituation bei den historischen Museen bedeutet, dass es zu einer kontinuierlichen Ergebnisverschlechterung gekommen ist.

In diesen zwei Jahren ist strukturell bei den Museen in Wirklichkeit nicht viel passiert – ich habe mir Ihre Antworten genau angesehen –, sondern das, was wir damals schon als kritische Punkte herausgearbeitet haben, hat sich leider bestätigt. Nur Controllingberichte anzufordern, auch wenn sie monatlich kommen, aber daraus keine Konsequenzen zu ziehen, macht wirklich gar keinen Sinn, sondern es kommt jetzt darauf an, dass man die Museen deutlich ausfinanziert, so wie die CDU das selbst vorgeschlagen hat. Wenn Sie die Möglichkeit haben, das vor der Anhörung Ende des Monats mit Ihren Beratern im Senat zu machen, dann tun Sie das bitte. Dafür haben Sie unsere Unterstützung. – Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wer stimmt nunmehr einer Überweisung der Drucksache 19/3286 an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so überwiesen.

Meine Damen und Herren! Es ist noch ein wenig Zeit, einen wunderschönen Abend zu verbringen, jedenfalls wünsche ich Ihnen das. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 21.19 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Gunnar Eisold, Jens Grapengeter, Nebahat Güclü, Rolf Harlinghausen, Wolfgang Joithe - von Krosigk, Wolfhard Ploog und Stefan Schmitt